Abbau demokratischer Rechte S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

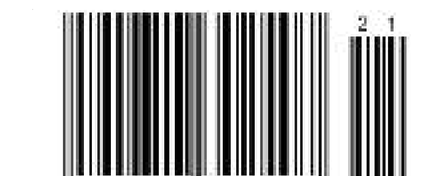
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 21 – 26. Mai 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Jedes Niveau unterschritten: Protest gegen den Auftritt von Thilo Sarrazin (SPD) in der Sendung „Günther Jauch“ Bild: A. Berry/dapd

Sarrazin entzaubert Mythos

Heftige Reaktionen zeigen, dass Ex-Bundesbanker Kern des Euro offenbart hat

Obwohl Thilo Sarrazin inhaltlich das Gleiche sagt wie zahlreiche prominente Politiker vor ihm, kommt er zu anderen Schlüssen, die seine Gegner bekämpfen.

„Sie sind ... getrieben von jenem sehr deutschen Reflex, wonach die Buße für Holocaust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben.“ Diese Behauptung von Thilo Sarrazin, dass ein historisch bedingter Schuldkomplex vor allem SPD, Grüne und Linke bei ihrer Euro-Politik treibe, wird selbst von der angesehenen „Wirtschaftswoche“ verurteilt. Das Wirtschaftsmagazin verwirft diese These Sarrazins als „Exzess“, der „indiskutabel“ sei.

FDP-Generalsekretär Patrick Döring nennt die Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart sogar „unzulässig“, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schwankt, ob der Autor aus Überzeugung oder aus „verachtenswertem Kalkül“ seinen „himmelschreienden Blödsinn“ geschrieben habe, Grünen-Fraktionschefin Renate Künast schimpft über „nationalistischen Unsinn“.

Rechnung für Instrumentalisierung der Geschichte folgt

Die Empörungswelle überrascht vor dem Hintergrund älterer Aussagen prominenter Politiker, die seinerzeit unwidersprochen blieben. So sagte der frühere stellvertretende Präsident der EU-Kommission, der SPD-Politiker Günter Verheugen, im Dezember 2010 bei der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner: „Der politische Hintergrund wird in Deutschland völlig übersehen. Wir sollten bitte nicht vergessen: Dieses Projekt Europäische Einheit ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es geht immer dabei [darum], Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr für andere wird.“ Der frühere Außenminister Joschka Fischer (Grüne) erhob Auschwitz gar zum „Gründungsmythos“ der Bundesrepublik, also zum Angelpunkt der deutschen Politik, an dem alles andere auszurichten sei. Damit stellten beide die gleiche historische Verknüpfung her wie Sarrazin. Damals gab es keine Empörung. Warum heute?

Erstens, weil Sarrazin einen entgegengesetzten Schluss zieht: Er fordert die Deutschen nicht auf, „wegen Auschwitz“ jede Zumutung hinzunehmen, er warnt sie davor. Zweitens, weil zu Zeiten von Verheugen und Fischer die praktischen, rechtlichen wie finanziellen Konsequenzen der „Instrumentalisierung der Geschichte zu aktuellen Zwecken“ (Martin Walser 1998) für die Deutschen nur wenig spürbar waren. Das dürfte sich dramatisch ändern. Insofern fürchten Politiker die Reaktionen der Deutschen, die um die von Sarrazin aufgezeigten Zusammenhänge wissen.

Akribisch entzaubert der Ex-Bundesbanker in „Europa braucht den Euro nicht“ einen Propaganda-Mythos nach dem anderen – auch die angeblich friedensstiftende Kraft einer gemeinsamen Währung. Die Balkankriege seien alle auf dem Gebiet des gemeinsamen jugoslawischen Dinar ausgebrochen, erinnert Sarrazin. „Himmelschreiender Blödsinn“? Eher eine Warnung angesichts wachsender Spannungen innerhalb der Euro-Zone. *H. Heckel*

Jan Heitmann:

Nur mit Mandat

Kriege sind teuer. Das wissen vor allem die USA. Nach jahrelangen blutigen Kriegen ist ihre Kriegskasse leer. Deshalb will US-Präsident Barack Obama die Nato-Mitgliedsstaaten stärker an den Bündniskosten beteiligen. Da seine Bündnispartner kaum tiefer in die Tasche greifen würden, nur um den US-Haushalt zu entlasten, schlägt er ihnen „Smart Defense“ vor, was wörtlich übersetzt etwa „kluge Verteidigung“ heißt. Gemeint ist die Zusammenfassung von Ressourcen, konkret die Schaffung neuer, gemeinsam genutzter Waffensysteme und Rüstungsprojekte.

Grundsätzlich ergibt es Sinn, auf diesem Wege mehr Effizienz zu erzielen. Das setzt allerdings voraus, dass die multinational betriebenen Waffensysteme verlässlich eingesetzt werden können. Dabei geht es nicht nur um die Bereitstellung des Geräts, sondern auch um die schnelle Verfügbarkeit der Bedienungsmannschaft. Um dies zu gewährleisten, fordern einige Nato-Mitglieder, die Mitspracherechte von Parlamenten bei Militäreinsätzen einzuschränken. Damit steht die Bundesregierung vor einem Dilemma. Weicht sie den Parlamentsvorbehalt auf, droht ihr eine innenpolitische Grundsatzdiskussion. Tut sie es nicht, steht Deutschland innerhalb des Bündnisses isoliert da. Zu Unrecht, denn es ist noch nie vorgekommen, dass ein Einsatz durch die Beteiligung des Bundestages verzögert wurde. Sicherlich würde es keinen Sinn ergeben, einzelne deutsche Soldaten auf Kommandoebene oder im Bereich der Logistik und Ausbildung abzuziehen, weil sich unser Land nicht an einer Mission beteiligen will. Aber ansonsten ist unser Grundgesetz eindeutig: Kein Kampfeinsatz ohne Bundestagsmandat.

Westerwelle umgarnt Türkei

Außenminister stellt neue Verhandlungen über EU-Beitritt in Aussicht

Noch während Bundeskanzlerin Angela Merkel mit sich rang, ob sie Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) feuern sollte, lieferte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) der CDU-Chefin eigentlich auch einen Grund, ihn gleich mit aus dem Amt zu jagen. Doch zur Freude Merkels wurde von den Medien und somit von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, dass Westerwelle bei seinem Besuch in Istanbul Mitte Mai versucht hatte, ein Thema neu zu beleben, was seine Regierungschefin derzeit so gar nicht gebrauchen kann: den EU-Beitritt der Türkei.

Obwohl Westerwelle weiß, dass in der CDU/CSU ein Beitritt der Türkei in die EU absolut umstritten ist, begrüßte dieser in Istanbul die Abwahl des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, Merkels engem Partner auf EU-Ebene, und feierte diese als gutes Zeichen für

Mit Sarkozy sei Hindernis weg

die Wiederaufnahme der seit eineinhalb Jahren ruhenden Beitrittsverhandlungen. Da Sarkozy gleich in fünf Themenbereichen die Verhandlungen aus Westerwelles Sicht blockiert habe – genauer gesagt fünf Forderungen an die Türkei gestellt hatte, die diese bisher nicht erfüllt hat –, sei nun wieder „Bewegung möglich“, so der deutsche Außenminister zu seinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu.

Westerwelle beschrieb die Türkei als ein „neues Kraftzentrum“ und einen dynamischen Markt, der für die EU äußerst attraktiv sei. Probleme wie die Zypernfrage *(s. S. 6)*, den Disput mit Israel und Verstöße gegen die Menschenrechte erwähnte der FDP-Politiker bei seiner Lobesrede nicht, dafür betonte er, dass er mit der Türkei den arabischen Frühling unterstützen wolle.

Zu Merkels Erleichterung dürfte aber der Drang der Türkei in die derzeit instabile EU gering sein, so dass Davutoglu Westerwelle nicht beim Wort nehmen dürfte. *Bel*

Timoschenko pro-russisch?

Medien spekulieren über stilles Übereinkommen mit Putin

Immer wieder hatte Wladimir Putin in den vergangenen Monaten Kritik am Verfahren gegen Julia Timoschenko, der inhaftierten Ex-Premierministerin der Ukraine, geübt, der Amtsmissbrauch vorgeworfen wird, weil sie 2009 während der Gaskrise den von Moskau diktierten höheren Gaspreisen für Gaslieferungen in die Ukraine zugestimmt hatte. Putin selbst war Verhandlungspartner und als solcher bestreitet er jede Unrechtmäßigkeit des Vertrags. „Timoschenko ist für uns und für mich persönlich weder Freundin noch Verwandte. Sie ist vielmehr eine politische Opponentin, weil sie immer eine Politikerin war, genauer gesagt, eine westlich orientierte“, wird Putin zitiert.

Dass Timoschenko westlich orientiert sei, halten russische und ukrainische Medien inzwischen al-

Janukowitsch wird als Fehler gesehen

lerdings für fraglich. Sie haben eine ganz andere Vermutung: Timoschenko könnte den Gasverträgen unter der Voraussetzung zugestimmt haben, dass Putin sie nach seiner Rückkehr als Präsident unterstützt im Kampf gegen Janukowitsch, den Moskau schon seit langem als Fehler sehe. Taras Tschernowol, Rada-Abgeordneter in Kiew, hält Timoschenko für eine 100-prozentige Partnerin Putins, was dieser auch gar nicht verhehle. Timoschenko sei der einzige Mensch in der Ukraine, den er unterstützen würde, soll Putin gesagt haben. Der Abgeordnete sieht den Fall Timoschenko als Inszenierung, die dem Kreml dazu diene, Druck auf die Ukraine auszuüben.

Auch ein Journalist von „Rosbalt“ hält Timoschenko aufgrund langjähriger Geschäftsbeziehungen mit Russland für pro-russisch. Er glaubt, dass Putin bei der Präsidentenwahl 2015 deshalb auf Timoschenko setzen werde.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Erneuter Tabubruch

Thilo Sarrazins neues Buch „Europa braucht den Euro nicht“ ist in dieser Woche auf den Markt gekommen. Man wird Sarrazin bei Geld und Währungsthemen Kompetenz nicht absprechen können; er war Finanzsenator in Berlin und danach Bundesbankvorstand.

Am vergangenen Sonntag waren der ehemalige Finanzminister und mögliche Kanzlerkandidat der SPD Peer Steinbrück und Sarrazin zu Gast bei Günther Jauch bei der ARD-Sendung um 21.45 Uhr. Sie stritten kontrovers über den Inhalt des Sarrazin-Buches. Hier der Einzelkämpfer und Widersacher der politischen Korrektheit, dort der ehemalige Bundesfinanzminister, für den ein Infragestellen des Euro bereits ein nicht zu akzeptierender Tabubruch ist. Ein Ärgernis bei dieser Sendung war – und das ist meistens bei den politischen Talkrunden so –, dass das Publikum überwiegend aus Anhängern der politischen Korrektheit bestand. Also aus Steinbrück-Fans.



In der Diskussion nannte Sarrazin nachprüfbare Fakten und Zahlen zum Euro; er widerlegte die Auffassung, dass Deutschland der größte Nutznießer des Euro sei. Steinbrück konnte dem wenig entgegensetzen. Er argumentierte mit persönlicher Glaubensüberzeugung, er forderte die Solidarität Deutschlands mit den ökonomisch schwachen EU-Partnern ein, er warf Sarrazin Geschichtsvergessenheit vor. Bei diesem Streitgespräch war Sarrazin deutlich überzeugender als Steinbrück. Dieser erhielt allerdings durch das Publikum mehr Beifall. Stimmungsmache nennt man das. Im Nachgang zur Jauch-Sendung wurde am Montag im „heute-Journal“ (ZDF) Thomas Mayer, Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, zum Sarrazin-Buch befragt. Sein Resümee: Der Inhalt des Buches sei sauber recherchiert, die gesamten Fakten seien richtig und seit langem bekannt.

Mit einem Tag Verzögerung eine schallende Ohrfeige für Steinbrück wegen seines überheblichen Auftritts bei der Jauch-Sendung.

Wilhelm v. Gottberg

Die Schulden-Uhr:

Spitzenreiter bei Sorgen

Mittlerweile fürchten die Deutschen nichts so sehr wie ein Ansteigen der Schulden ins Immense. Das ist das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im Auftrag des „Stern“. 23 Prozent haben sehr große Angst, 39 große, 25 etwas und nur zwölf gar keine. Auf Platz 3 des sogenannten Sorgenbarometers folgt nach der Sorge um die Sicherheit der Renten mit 58 Prozent bereits mit 54 Prozent die Befürchtung, dass die Preise beziehungsweise Lebenshaltungskosten steigen. *M.R.*

2.037.505.342.505 €

Vorwoche: 2.036.688.595.584 €
Verschuldung pro Kopf: 24.908 €
Vorwoche: 24.898 €

(Dienstag, 22. Mai 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Abbau demokratischer Rechte

Entwurf zum Jahressteuergesetz enthält verfassungsrechtlich bedenkliche Neuregelungen

Das Bundesfinanzministerium hat einen Entwurf für das Jahressteuergesetz 2013 vorgelegt. Darin geht es nicht nur um Anpassungen an das EU-Recht sowie Maßnahmen zur Sicherung des Steueraufkommens und zur Verfahrensvereinfachung. Versteckt im Dschungel technischer und redaktioneller Änderungen findet sich vor allem ein Passus mit weit reichenden Folgen: Künftig soll schon die bloße Erwähnung eines Vereins im Verfassungsschutzbericht genügen, um zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit führen.

Die in Artikel 10 des Gesetzentwurfes vorgesehene Änderung von Paragraf 51 Absatz 3 Satz 2 der Abgabenordnung ist so unscheinbar, dass sie trotz ihrer Brisanz erst auf den zweiten Blick auffällt. Es wurde lediglich ein Wort gestrichen: widerlegbar. Bisher wurde „widerlegbar“ davon ausgegangen, dass Vereinigungen, die im Verfassungsschutzbericht als extremistisch erwähnt wurden, nicht gemeinnützig sein konnten. „Widerlegbar“ bedeutete, dass betroffene Vereine dies durch Einspruch oder Klage vor dem Finanzgericht anfechten konnten, indem sie den Nachweis erbrachten, trotz Erwähnung im Verfassungsschutzbericht gemeinnützig zu sein. Zudem konnten sie vor dem Verwaltungsgericht gegen die Nennung im VS-Bericht klagen.

So einfach geht das nun nicht mehr. In dem Gesetzentwurf heißt es: „Körperschaften, die sich aktiv gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden und den Bestand, die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines der Länder beeinträchtigen oder beseitigen wollen, können nicht als gemeinnützige Körperschaft anerkannt werden und von Steuervergünstigungen profitieren. Dies gilt auch, wenn eine Körperschaft dem Gedanken der Völkerverständigung zuwiderhandelt. Ist deshalb eine Körperschaft im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Landes als verfassungsfeindlich aufgeführt, ist ihr die Anerkennung als gemeinnützige Körperschaft zu versagen.“ Damit sind Finanzämter und Finanzgerichte in diesen Fällen nicht mehr für die Überprüfung der Gemeinnützigkeit zuständig. Den betroffenen Organisationen ist dadurch ein ganzer Rechtsweg verwehrt. Sie können sich nur noch wehren, indem sie in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren feststellen lassen, dass sie zu Unrecht in einem VS-Bericht aufgeführt werden. Dies ist allerdings eine hohe Rechtsschutzhürde.

Missliebige Organisationen ausschalten

Das Versagen der Gemeinnützigkeit und der damit verbundenen Steuervorteile kann einen Verein in den finanziellen Ruin stürzen und damit seine Existenz vernichten. Kritiker des Gesetzes befürchten daher, dass der Staat die neue Klausel gezielt nutzen könnte, um politisch missliebige Organisationen durch Erwähnung im Verfassungsschutzbericht auszuschalten. Der Verdacht der Willkür erhält vor allem dadurch Nahrung, dass sich die Verfassungsschutzämter auf den Quellenschutz berufen können und daher die Grundlage, auf der die Erwähnung eines Vereins erfolgt, nicht offenlegen müssen. In der Praxis würde das bedeuten, dass eine kaum zu kontrollierende Behörde über die Gemeinnützigkeit von Organisationen entscheidet. Dabei würde schon die Nennung in einem einzigen der 17 Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern ausreichen, unabhängig vom Vereinssitz. Die Verfassungsschutzberichte würden damit von einem informellen Bericht und Mittel der Öffentlichkeitsarbeit der Bundes- und der Landesregierungen zu einem hoheitlichen Entscheidungsinstrument aufgewertet.

Ein weiterer Passus des Gesetzentwurfes ruft ebenfalls Kritiker auf den Plan. Nach der bisherigen Regelung in der Abgabenordnung mussten die Finanzämter im Besteuerungsverfahren zunächst ein Auskunftsersuchen an den Steuerpflichtigen richten, bevor sie die Vorlage von Unterlagen verlangen konnten. Diese aus dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebotene und auch vom Bundesfinanzhof 2010 bestätigte Beweismittelfolge soll nun aufgehoben werden. Zukünftig sollen Auskunftsersuchen und Vorlageverlangen als gleichwertige Instrumente nebeneinander stehen. Das Bundesfinanzministerium begründet die Änderung damit, das alte Verfahren sei „unnötig verwaltungsaufwändig“ gewesen. Tatsächlich dürften sich die Finanzämter künftig kaum noch mit Auskunftsersuchen aufhalten, sondern gleich ihren Vorlageanspruch durchsetzen. Diese geplante Ausweitung des Zugriffs der Finanzämter auf persönliche und personenbezogene Daten bei gleichzeitiger Einschränkung der Schutzvorschriften würde, so der Deutsche Steuerberaterverband, tief in die Persönlichkeitssphäre und das Grundrecht auf informelle Selbstbestimmung der Steuerpflichtigen sowie in den Datenschutz eingreifen. *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar S. 8)

Willkür droht: Verfassungsschutzberichte sollen zum Entscheidungsinstrument werden Bild: M. Gottschalk/dapd

Nach Abzug droht Rache

Taliban wollen jene Afghanen bestrafen, die dem Westen dienten

Wenn die Ausländer erst mal weg sind, werden die Kollaborateure den Preis für ihren Verrat zahlen.“ An Offenheit lässt die Ankündigung des Taliban-Sprechers Sabihullah Mudschahed kaum zu wünschen übrig. Je konkreter die Abzugspläne der westlichen Truppen werden, desto mehr rückt das absehbare Schicksal der einheimischen Hilfskräfte der westlichen Truppen in den Blick der Verantwortlichen. Bereits seit einigen Jahren gibt das US-Außenministerium an ehemalige Helfer der US-Truppen jährlich rund 500 Visa aus. Anlass für das Programm dürften Erfahrungen sein, die nach dem Abzug der US-Truppen im Jahr 1973 aus Vietnam gemacht wurden. Den Fernsehbildern der Flucht des US-Botschafters per Hubschrauber aus Saigon, die 1976 um die Welt gingen, folgte die systematische Verfolgung von Sympathisanten der US-Amerikaner und regimetreuer Südvietnamesen durch die siegreichen nordvietnamesischen Behörden. Geschätzt wird, dass mehrere Millionen Südvietnamesen umgesiedelt wurden und einige Hunderttausend in Arbeits- und Umerziehungslagern inhaftiert gewesen sind. Verlässliche Zahlen, wie viele Südvietnamesen nach der kommunistischen Machtübernahme getötet wurden, Selbstmord begingen oder die Arbeitslager nicht überlebt haben, sind nicht erhältlich.

Einem Bericht der „Stuttgarter Nachrichten“ zufolge beschäftigt sich inzwischen auch die deutsche Bundesregierung mit der Frage, was aus afghanischen Hilfskräften

Teil der Hilfskräfte soll nach Deutschland geholt werden

werden soll, wenn die Bundeswehr wie geplant Ende 2014 Afghanistan verlassen haben wird. Den Angaben des Blattes zufolge soll es sich um mindestens 1600, maximal aber 3000 Afghanen handeln, die beim deutschen Regionalkommando Nord im Dienst der Bundeswehr, des Auswärtigen Amtes, des Bundesinnenministeriums oder des Entwicklungshilfeministeriums stehen. Laut den „Stuttgarter Nachrichten“ soll sich das Bundesverteidigungsministerium dafür einsetzen, dass zumindest ein Teil seiner 1500 afghanischen Hilfskräfte nach Deutschland gebracht wird, wenn ihr Leben bedroht sein sollte. Einem Sprecher des Verteidigungsministeriums zufolge sei es aber „ausdrücklich nicht unser Ziel, grundsätzlich alle betroffenen afghanischen Mitarbeiter nach Deutschland zu holen“.

Noch offen zu sein scheint ebenso die Frage, was mit den Familienangehörigen der Hilfskräfte geschehen soll und ob die Betroffenen nach ihrer Übersiedlung wieder in den Dienst deutscher Behörden treten sollen. Fraglich ist allerdings, ob den Betroffenen mit der Unterstützung einer Existenzgründung in einem muslimischen Land in der Region – etwa in Usbekistan oder dem Iran – langfristig nicht mehr geholfen wäre als mit einer Umsiedlung in die Bundesrepublik. Absehbar ist allerdings, welche verheerende Wirkung davon ausgehen würde, wenn im Internetzeitalter Bilder gelynchter Hilfskräfte der westlichen Truppen weltweit Verbreitung finden würden. Für Deutschland könnte der Umgang in der Frage darüber entscheiden, ob bei zukünftigen Auslandseinsätzen der Bundeswehr überhaupt noch Einheimische zu einer Zusammenarbeit mit deutschen Dienststellen bereit sein werden. *Norman Hanert*

Arsen und Babypulli

Gift-Grenzwerte: Berlin und Brüssel im Clinch

Strenge nationale Grenzwerte für Giftstoffe im Kinderspielzeug sollen auf Druck der EU abgeschafft werden. Was in Großbritannien in den Medien oder dem Parlament einen Proteststurm ausgelöst hätte, wurde in der deutschen Öffentlichkeit bisher kaum beachtet. Tatsächlich ist aber Deutschland in einen Streit mit der EU-Kommission verwickelt, bei dem es darum geht, wie hoch die Belastung mit Giftstoffen bei Kinderspielzeug sein darf.

EU findet deutsche Richtlinien zu streng

Nach EU-Spielzeug-Richtlinie sollen ab 2013 mehrere Grenzwerte höher sein, als beim bisher geltenden deutschen Recht. Bereits im Januar hatte die Bundesregierung bei der EU-Kommission den Antrag gestellt, die nationalen Grenzwerte für fünf Elemente – Blei, Barium, Arsen, Quecksilber und Antimon – sowie für Nitrosamine und nitrosierbare Stoffe beibehalten zu können. Stattgegeben hat Brüssel dem deutschen Antrag nur in Bezug auf die krebserzeugenden und erbgutschädigenden Nitrosamine. Anzuwenden wäre die neue EU-Richtlinie ab dem 20. Juli 2013, falls die Bundesregierung mit der nun geplanten Klage gegen die EU-Kommission scheitern sollte.

Laut einer Statistik von Rapex, dem Schnellwarnsysetm der EU, wurden 2011 EU-weit immerhin 1803 Produkte vom Markt genommen, weil sie als gefährlich eingestuft wurden. In 423 Fällen wurden Textilien – unter anderem auch Kinderbekleidung – beanstandet. Bereits an zweiter Stelle stand Kinderspielzeug, das 324 Mal aus dem Handel genommen wurde, weil es sich als gefährlich herausgestellt hatte. Bei 54 Prozent aller Warnmeldungen war das Herkunftsland der Waren China.

Während die EU-Kommission den leichten Rückgang der Zahl von Warnmeldungen 2011 gegenüber dem Jahr 2010 als Erfolg ihrer Verbraucherpolitik feiert, sehen Kritiker einen anderen Grund. In Zeiten der Finanznot haben einige EU-Mitgliedsländer die Zahl der Warenkontrollen einfach heruntergefahren – immer öfter bleiben gefährliche Produkte auf dem europäischen Markt einfach unentdeckt. *N.H.*

Absturz und Abstieg

Von Vera Lengsfeld

Berlin ist, wenn man nicht mal einen Flughafen braucht, um rauszufliegen“, lautet der häufigste Spott der Berliner in diesen Tagen. Die Stadt hatte einen Doppelschlag innerhalb einer Woche zu verkraften. Erst wurde der Eröffnungstermin des Berlin-Brandenburg-Flughafens auf unbestimmte Zeit verschoben, dann verlor Hertha BSC im eigenen Stadion vor 70000 Fans das Relegationsspiel gegen Fortuna Düsseldorf.

Das Doppel-Debakel weitete sich zu einer formidablen Pechsträhne aus. Auch das Rückspiel ging für Hertha schief. Die Niederlage war schon besiegelt, da stürmten Düsseldorfer Fans die Spielfläche, weil sie glaubten, das Match sei schon beendet. Für Hertha ein Grund, mit einer Klage auf Wiederholung des Spiels dem verdienten Abstieg doch noch zu entgehen. Peinlicherweise kam vor dem Sportgericht heraus, dass Hertha-Spieler sich ebenfalls daneben benommen und den Schiedsrichter tätlich angegriffen hatten.

Eine ähnliche Chuzpe legte der Regierende Bürgermeister von Berlin an den Tag, als er die Blamage der verschobenen Flugplatz-Eröffnung zu vertuschen suchte mit dem Hinweis, die Sicherheit der Passagiere habe oberste Priorität. Damit lenkte er von der Tatsache ab, dass er den Flugplatz zur Chefsache erklärt hatte und in seinem Büro eine Arbeitsgruppe unterhielt, die sich nur mit dem Flughafenbau beschäftigte. Was haben diese Leute getrieben? Warum haben sie Wowereit nicht rechtzeitig auf die drohende Blamage hingewiesen? Wieso konnte die Bauleitung den Regierenden erfolgreich hinters Licht führen?

Tatsächlich ist die Geschichte der Planung und des Baus des Flughafens Berlin-Brandenburg eine Illustration für die Unfähigkeit der Politik, die in unserer Hauptstadt längst zur Norm geworden ist. Es dauerte fast fünf Jahre, bis der Senat nach dem Bundestagsbeschluss, den Regierungssitz nach Berlin zu verlegen, sich dazu durchringen konnte, einen Flughafen zu bauen, der dem neuen Status von Berlin entsprechen würde. Es dauerte weitere acht Jahre, ehe der Planfeststellungsbeschluss verabschiedet wurde. Zwei Jahre vergingen, bis das Bundesverwaltungsgericht den Bau mit Auflagen genehmigte. Vier Jahre später wurde der erste Eröffnungstermin verschoben. Es folgte die zweite Verschiebung.

Nach vielem Hin und Her wurde nun der 17. März 2013 als neuer Termin genannt. Kaum war er verkündet, zweifelten die ersten Insider, ob er zu halten sei. Zum Vergleich: In diesem Zeitraum hat das von Deutschland nach wie vor mit Entwicklungshilfe bedachte China mehr als ein Dutzend Flughäfen gebaut und in Betrieb genommen. Berlin ist arm dran, aber ist das sexy?

Restlos transparent, restlos zerredet

Die »Piraten« zerschellen an ihren eigenen Ansprüchen – Warum Berlin-Chef gehen musste



Hat den Grundsatz der „Offenheit“ wohl zu ernst genommen: Berlins „Piraten“-Chef Hartmut Semken nach seiner Wahl im vergangenen Februar

Bild: H. Knosowski

Hartmut Semken, bis vergangenen Mittwoch Vorsitzender der Piratenpartei Berlin, ist angeblich zurückgetreten, weil er auch solchen Parteimitgliedern das Recht auf freie Meinung einräumen wollte, die von anderen als „rechtsextrem“ eingestuft werden. Die wirklichen Auslöser sind jedoch Indiskretionen, Lügen und der dauernde Konkurrenzkampf bei der neuen Partei. Der Personalverschleiß, die schlechte Presse und das Ausbleiben eigener Programmatik nerven die Parteibasis.

„Das Schöne ist ja, dass die ‚Piraten‘ Berlin keinen Vorsitzenden brauchen, um zu arbeiten. Von Krise keine Spur“, ließ der parlamentarische Geschäftsführer der Abgeordnetenhaus-Fraktion, Martin Delius, Parteianhänger über Twitter wissen. Doch so einfach lässt sich der Rücktritt von Hartmut Semken vom Vorsitz des wichtigen Landesverbandes Berlin kaum abtun.

Der Entwicklungs- und Projektingenieur hatte seit seiner Wahl Feinde. Erst im Februar hatte sein Vorgänger kurzfristig erklärt, nicht weiterarbeiten zu wollen. Für die gezielte Suche nach neuen Kandidaten blieb seither kaum Zeit und es sieht nicht so aus, als würde es den „Piraten“ nach Semkens Rück-tritt gelingen, sich aus der personellen Flaute zu manövrieren. Eine offizielle Krisenkonferenz gibt es nicht, doch eine Aussprache stünde dringend an. In einer Internetrunde sagte Semken nach jüngsten Äußerungen zu „Rechtsextremen“, er selbst würde heute vermutlich als Linksextremist eingeordnet.

Doch diese Aussagen des 45-Jährigen sind nicht Grund seines Rücktritts. Eine „gezielte Indiskretion“ Semkens brachte das Fass zum Überlaufen, so die „Piraten“-Internetpostille „Pirat Aktuell“. „Hartmut hätte nicht unabgesprochen während der nichtöffentlichen Vorstandssitzung am Donnerstag mit der Presse kommunizieren sollen“, so die Piratenpartei Berlin im Netz.

Auf diesem parteiinternen Treffen hatte Semken seinen Rücktritt angeboten, den der Parteivorstand ablehnte. Doch bestand Einigkeit, dabei „keine persönlich gefärbten Aussagen mehr an die Presse zu geben“. Entgegen der Absprache schickte Semken noch aus der Sitzung eine Botschaft an Journalisten des „Spiegel“: „Der König ist nicht tot. Und weigert sich weiterhin, zurückzutreten.“ Das Magazin verbreitete die Nachricht, Semken leugnete, „gepetzt“ zu haben. Schließlich wurde Semken unglaubwürdig und ihm blieb nur noch der Abgang. Ihm und den Berliner „Piraten“ wird so ausgerechnet jene zum Selbstbild gehörende „Transparenz“ (Durchschaubarkeit) zum Verhängnis: Sie versprachen, die Öffentlichkeit immer über alle Parteivorgänge zu informieren, statt (wie die anderen Parteien) im Verborgen zu mauscheln. Semken musste eingestehen, „Fehler gemacht, den Landesvorstand belogen“ zu haben.

> Nun herrschen auch hier die Kungelrunden

Semken ist nicht der einzige „Pirat“, der in den gefährlichen Zwiespalt von Anspruch und Wirklichkeit geraten ist. Bernd Schlömer, neuer „Piraten“-Bundeschef, zeigte sich am Wochenende überraschend zu Zugeständnissen beim Urheberrecht bereit – einem der wenigen Themen, zu dem die „Piraten“ bisher einen klaren Kurs fuhren. Das schafft Ärger an der Basis. In Berlins Landesverband steht indes das elitäre „LQFB“ statt der eigenen strukturellen Probleme auf der Tagesordnung. Das Kürzel verbirgt ein „Alleinstellungsmerkmal“, so das Eigenlob der Partei. Es geht um jene flüssige Rückmeldung („Liquid-Feedback“ oder kurz LQFB) von der Basis, mit der die Piraten andere Parteien auszustechen hoffen.

Die Voraussetzung ist totale Transparenz. Leider kann so kaum noch etwas entschieden werden, Politik gerät zur endlosen Selbstbeschäftigung, denn: Entscheidungsprozesse werden von den Führungspersonen lange vor dem Ergebnis öffentlich restlos zerredet. Nötig wären nichtöffentliche Kreise, in denen verschiedene Beschlussmöglichkeiten vorbereitet würden. Das würde das Piratenkonzept aus den Angeln heben. Dennoch: „Wir müssen uns anders organisieren“, fordert Semkens bisherige Stellvertreterin Christiane Schinkel. Die Landespartei weicht nur vorsichtig von der alten Linie ab, versucht den Spagat: „Nur gute Organisation und intensive Kommunikation – zwei Faktoren, die bisher offensichtlich zu kurz kamen – können den Landesverband Berlin weiter auf Kurs halten.“ Doch nutzen bundesweit nur 3600 von 30000 Piratenpartei-Mitgliedern LQFB.

So treten immer mehr die Probleme der vermeintlichen Sofortdemokratie ans Licht. Neumitglieder warten Monate auf ihren Zugang. Zudem können sich die „Piraten“ von dauernden Konkurrenzkämpfen und dem Mitteilungsdrang einzelner Spitzen nicht frei machen. „Die letzten Wochen haben uns viel Arbeit gemacht, die jetzt wegfällt“, beschwichtigt indes Schatzmeister Enno Park die Basis. Der „schreckliche Druck“, mit dem Semken sein Amt charakterisierte, verfliegt aber nicht so schnell.

Ein vorgezogener Landesparteitag im September soll die Fronten klären. Bis dahin will der Landesvorstand weiterarbeiten, „um in Ruhe Kandidaten für eine neu zu wählende Führung zu finden“, meldet „Pirat Aktuell“. Bezeichnenderweise kam diese Überzeugung im „informellen und somit nicht beschlussfähigen Treffen“ zustande. Dort entschied die Parteispitze (ganz still im Hintergrund, wie in den etablierten Parteien) auch, dass es zunächst im Viererteam weitergehen soll.

Sverre Gutschmidt

Polizisten vorverurteilt

Vorwurf einer Immigrantin reicht für Kampagne

Anlässlich eines aktuellen Strafprozesses um eine Verkehrskontrolle werfen Immigrantenorganisationen Berlins Polizei vor, Menschen nach ethnischen Kriterien wie Hautfarbe und Herkunft zu kontrollieren.

Zivilfahnder hielten eine Franko-Afrikanerin und ihren Bruder, beide mit einem Baby im Auto unterwegs, an. Der Mann hatte beim Fahren telefoniert. Was dann geschah, muss die Justiz klären, Polizisten und Kontrollierte stehen vor Gericht. Die Polizisten sagen, die Frau habe sie als „Rassisten“ beschimpft. Sie sagt hingegen, mit „Halt die Klappe, du mit deinem Affenbaby“ von den Beamten angeredet worden zu sein.

Das Ereignis liegt bereits zwei Jahre zurück. Für den „Migrationsrat Berlin Brandenburg“ (MRBB), die „Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt“ sowie den Verein „Reach Out“ stehen die Polizisten bereits jetzt als Schuldige fest: „Lasst uns nicht müde werden im gemeinsamen Kampf gegen Rassismus. Lasst uns zusammenstehen gegen Racial Profiling“, so der Aufruf der Organisationen. Sie sammeln Fälle, in denen sich Menschen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit schikaniert fühlen. Die Gruppen

> Lobbyisten mischen kräftig mit

laden ihre Presseerklärungen emotional auf: „Diesmal aber ließ der vorsitzende Richter die Beobachtung zu“, schreiben sie zur jüngsten Verhandlungsrunde – indes: Auch vorher war die Öffentlichkeit keinesfalls ausgeschlossen.

Der Jubel darüber, dass die „Verhandlung vertagt: kein Urteil gegen Betroffene von Racial Profiling“ gefällt worden sei, kommt indes verfrüht: Der Bruder, der am Steuer saß, erschien nicht als Zeuge. Die Frau sprach zudem zum Tatzeitpunkt nur Französisch, will aber trotzdem Beleidigendes verstanden haben: „Als Ausländer kennt man die Bedeutung von ‚Ausweis bitte‘, weil man diese Frage sehr oft zu hören bekommt.“ Unklar ist jedoch, wie sie etwas von „Affenbaby auf dem Arm“ verstanden haben will.

Die Aussage der Frau dient der Gruppen dennoch zur Untermauerung ihres Vorwurfs, die Polizei kontrolliere besonders Ausländer und müsse jetzt „ihre Kriterien offenlegen“. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) widerspricht dem Vorwurf ethnisch motivierter Kontrollen. Er sei schlicht falsch. „Der große Teil der Straftaten wird von Menschen mit Migrationshintergrund begangen“, sagt GdP-Sprecher Klaus Eisenreich. Doch laut GdP beschweren sich auch Deutsche über ungerechtfertigte Kontrollen.

SV

Streit um Museum

SPD und CDU ringen um Mauergedenken

Berlins Koalitionäre SPD und CDU hadern um ein geplantes Museum des Kalten Krieges. Die SPD will es am Checkpoint Charlie, CDU und Bundesregierung lieber beim Alliiertenmuseum im einstigen Flughafen Tempelhof einrichten.

Das Museum an Berlins einst exklusiv den „Vier Mächten“ vorbehaltenem Grenzkontrollpunkt Checkpoint Charlie soll im Rahmen des „Gesamtkonzepts Berliner Mauer“ aufgewertet werden. Das sieht eine Skizze der Senatskanzlei für kulturelle Angelegenheiten vor. Drei Millionen Besucher kommen jährlich an den Ort, 300000 weitere kalkuliert die Skizze für ein neues Museum sowie einen Gesamtertrag von 600000 Euro monatlich. Kulturstaatssekretär André Schmitz hält für seine Partei, die SPD, am Favoriten Checkpoint Charlie als Standort fest. Die CDU lehnt das jedoch ab. Sie befürwortet Tempelhof und unterstützt damit neueste Pläne des Bundes, der das Alliiertenmuseum ebenfalls dorthin verlegen will – aus Platzgründen.

> Friedrichstraße oder Tempelhof?

Die Bundes-CDU will zudem eine inhaltliche Umgestaltung dieses Museums, „dass es nicht allein ... zur Erinnerung an die Präsenz der Westalliierten wahrgenommen wird, sondern als ein Museum, das den Ost-West-Konflikt, den Kalten Krieg und die deutsche Frage von der Teilung bis zur Wiedervereinigung zum Thema hat“, so Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) gegenüber Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Der Bund gibt jährlich 1,2 Millionen Euro für das Alliiertenmuseum. Berlins CDU will im Gegenzug das private Mauermuseum an der Friedrichstraße aufwerten.

S.F.

Stadtschloss lockt Tausende

Am 12. Mai war Tag der offenen Baustelle in Potsdams Stadtschloss: 21500 Besucher bekundeten reges Interesse am Wiederaufbau des preußischen Kulturdenkmals. Der Bau entsteht gerade neu als Quartier für Brandenburgs Landtag. Von der Fassade ist noch wenig zu sehen, dafür viel Beton und etwas vom lange umkämpften Kupferdach. Der Veranstalter sprach von „sehr großem Publikumsinteresse“. Durch das Fortuna-Portal kamen Tausende, um die Innenräume der Baustelle zu erkunden. Von denen wird nur das repräsentative Treppenhaus rekonstruiert, derzeit im Rohbau. Um den Andrang zu bewältigen, wurde eine halbe Stunde früher geöffnet als geplant. Architekt Peter Kulka wertet den Bau als Initialzündung für den Wiederaufbau von Potsdams Zentrum. Die Fertigstellung musste inzwischen erneut verschoben werden: statt Herbst 2013 Frühjahr 2014. So dürfte das Schloss zeitgleich mit den Kolonnaden des Neuen Palais fertig werden.

S.F.

Zeitzeugen



Lech Walesa – Der Führer der „Solidarnosc“, der den Friedensnobelpreis erhielt und von 1990 bis 1995 Staatspräsident Polens war, über Danzig: „Vor Jahrzehnten bin ich auf Besuch hergekommen, und die Stadt gefiel mir so gut, dass ich sie nie gegen eine andere austauschte. ... Tausend Jahre Christentum, europäische Wurzeln und Kultur mehrerer Völker. Hier habe ich große Geschichte erlebt, Menschen mit Initiative, wie ich auch selber hier startete. Danzig bietet Möglichkeiten, wie man sie nicht überall findet, es ist verurteilt zu Erfolg, Intellekt, Geschäften, Tourismus. Auf nach Danzig, um über Zukunftschancen zu reden.“

Andrzej Jaworski – Der Abgeordnete der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) gehört zu Walesas Erzfeinden: „Ich schäme mich immer, wenn ich die Ansage höre: Das Flugzeug landet auf dem Danziger Flughafen ‚Lech Walesa‘.“



Donald Tusk – Polens Premier ist Kaschube: „Ich bin in Danzig zur Welt gekommen, einer Stadt, deren Vergangenheit, insbesondere des letzten Jahrhunderts, eine Lektion in Geschichte ist. Das Epos der Solidarnosc ist nicht nur Teil meiner Biografie. Die Ereignisse sind Bestandteil der kollektiven Biografie einer Generation, die diese große Volksbewegung mit begründet hat, eine Bewegung, die den Niedergang des Kommunismus auslöste. Die Proteste vom August 1980 begannen in Danzig.“

Józef Borzyszkowski – Der ehemalige Vize-Gouverneur von Danzig und Sprecher der Kaschuben meint: „Danzig hat drei Wurzeln – kaschubisch, polnisch, deutsch. In unse-rer Realität sind sie immer vor-handen, und in Zukunft wird unsere multikulturelle Spezifik für alle Menschen eine ganz natürliche Sache werden. Danzig war immer eine offene Stadt an der Ostsee von europäischer Bedeutung.“



Günter Grass – Der 1927 in Danzig geborene Literaturnobelpreisträger: „Ich habe gehört, dass in dem Danziger Vorort Langfuhr, der heute Wrzeszcz heißt, in der Mietskaserne Nummer 13, wo ich als Kind aufgewachsen bin, die Bewohner dieses Hauses, als die Nachricht von dem Nobelpreis kam, sofort eine Eingabe an die Stadtverwaltung gemacht haben: Das Haus müsse augenblicklich renoviert werden – jetzt kämen Besucher aus aller Welt und so, mit abblätterndem Putz, könne man es niemandem zumuten.“

Gekonnt kopiert

Polen profitiert bei Fußball-EM von deutscher Vergangenheit

Was wäre Borussia Dortmund ohne „seine“ Polen Robert Lewandowski, Łukasz Piszczek und Jakub Błaszczykowski? Bestimmt nicht deutscher Meister und Pokalsieger, sagt unisono die polnische Presse, das Wochenblatt „Wprost“ findet sogar: „Polska mistrzem Niemiec“ (Polen ist deutscher Meister). Und bei der Fußball-Europameisterschaft, die im Juni in Polen und der Ukraine ausgetragen wird, bleibt alles in der Familie?

Die polnischen Dortmunder stehen im polnischen Nationalteam, im deutschen spielen der Gleiwitzer Lukas Podolski und der Oppelner Miroslav Klose. Stammquartier der Deutschen ist Danzig, wo zwei deutsche Firmen das Stadion „PEG Arena“ gebaut haben. Das Stadion in Danzig werden die Deutschen allerdings frühestens im Viertelfinale Ende Juni von innen sehen. Von 16 beteiligten Teams wohnen 13 in Polen, spielen aber oft in der Ukraine. So leben die Deutschen im Luxus-Hotel „Oliwa-Hof“ und müssen zu ihren ukrainischen Spielorten Charkow und Lemberg vom Danziger „Lech-Walesa-Airport“ einfliegen. Anderen geht es ähnlich, denn die EM mutet wie ein Wanderzirkus an. Europa kann so neue Stadien, Bahnhöfe und Flugplätze bewundern, die Polen in Danzig, Posen, Breslau und Warschau in den letzten fünf Jahren gebaut hat und nun „versilbern“ will – um weit größere Vorhaben zu realisieren, die man noch verfehlte: 71 Bahnhöfe, Eilzuggleise und 900 Kilometer Autobahn. Uefa-Chef Michel Platini ist auch so „überzeugt, dass das eine wunderbare Meisterschaft wird“.

Polnisches Dortmund – deutsches Danzig

Hauptnutznießer der neuen Infrastruktur sind die rund 710 000 Fans, die aus dem Ausland erwartet und von der Bahn durch ganz Polen kutschiert werden – in Expresszügen, deren 16 Lokomotiven in den Landesfarben der 16 EM-Teilnehmer koloriert sind. Das aufwändige Programm zur Fanbetreuung hat man von der WM in Deutschland 2006 kopiert und sich von der Uefa finanzieren lassen: Sicherheit plus Profit – Polen sind praktische Leute.

EM-Pechvögel sind die Journalisten, die immer den Teams hinterher hecheln müssen. Für sie hat Danzigs „Prezydent“ Paweł Adamowicz ein Programm initiiert, das Danzigs deutsche Geschichte, polnische Gegenwart und kaschubische Folklore demonstriert – in der Woiwodschaft Pommern, die mit Hafen, Europa-Verkehrskorridor IV, 23 Kilometer Strände, zahlreichen Kulturstätten und Baudenkmälern, dazu 225 000 Unternehmen, 60 000 allein in Danzig, die vermutlich wohlhabendste Region Polens ist. Das Einkommen der 2,2 Millionen Küsten-Polen liegt deutlich über polnischem Durchschnitt, das Bildungsniveau auch, wofür in Danzig 21 Hochschulen mit 64 000 Studenten sorgen. Die Zeiten, da die Strände der „trojmiasto“ – Dreistadt Danzig, Gdingen, Zoppot – wegen Wasserverseuchung gesperrt waren, sind vergessen, wie alljährlich 1,3 Millionen einheimische und fremde Touristen bezeugen können. Sollte noch etwas fehlen, sagt Zbigniew Weinar vom Danziger Präsidialbüro, dann „sind wir offen für Vorschläge von Funktionären und Gästen aus der Bundesrepublik“.

Polen räumen ohne Verlegenheit ein, dass sie bei der EM und anderweitig gerne von deutschen WM-Erfahrungen profitiert haben. Sie wissen, dass sich deutsche Methoden auszahlen, wie bereits ersichtlich. Kurz: Wenn deutsche Medien Polen den „ökonomischen Tiger Europas“ nennen (was Polen stolz zitieren), dann konnten sie nur in Danzig zu diesem Urteil gelangen. Und wenn die EM vorüber ist, können alle sich wieder „Deutsch-Polnischen Medientagen“ und anderem widmen, das Danzig mit seiner Partnerstadt Bremen und ganz Deutschland verbindet.

Wolf Oschlies

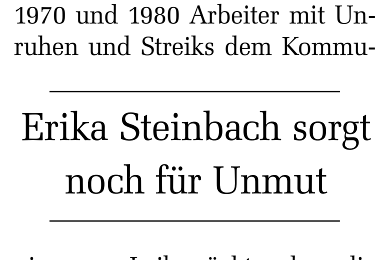


Dwór Oliwski City Hotel und Spa: Hier ist das Hauptquartier der deutschen Nationalelf Bild: Dwór Oliwski City Hotel und Spa/dapd

Entspannung in Sicht

Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind so gut wie noch nie“, lobte Mitte Mai Polens Außenminister Radoslaw Sikorski. Das gilt für Politiker beider Nato- und EU-Partner und für ihre Völker. Gerade hat die „Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit“ in einer Dokumentation belegt, wie gut die beiderseitige „Chemie“ seit 1991 wurde: Jeder zweite Deutsche und Pole sieht das Verhältnis als gut an, nur drei Prozent als schlecht.

Vormals stritt man sich, ob es nun Wroclaw oder Breslau heißt, quälte sich in der Schulbuchkonferenz um Geschichtsdeutungen, polemisierte um Grenzpünktchen auf ARD-Wetterkarten, empfand „Polenwitze“ als Form von „Revanchismus“. Aus Danzig, wo 1970 und 1980 Arbeiter mit Unruhen und Streiks dem Kommunismus zu Liebe rückten, kam die Verheißung eines anderen, nachbarlichen Polens. Zahllose deutsche Hilfspakete waren Ermutigung auf einem Weg, der auch zum Kollaps des Ostblocks beitrug. Erst nach der deutschen Einheit erledigte sich bei den Polen die „psychologia walizy“ (Kofferpsychologie), die Angst vor deutscher Rückkehr.



Erika Steinbach sorgt noch für Unmut

Bei den russisch-deutschen Gasleitungen durch die Ostsee sowie im Falle von Erika Steinbach und dem Zentrum gegen Vertreibungen herrscht bei den Polen noch eine gewisse Nervosität. In Deutschland gibt es immer noch Ängste vor diebischen Polen und dem Ansturm polnischer Arbeitskräfte, manche Deutsche sind jedoch auch froh, wenn Polen halbleere Regionen in Brandenburg bevölkern. Hüten wir uns vor „Rückfällen in die Phraseologie der 60er Jahre“, warnt der Journalist Adam Krzeminski und erinnert an den Politiker Herbert Hupka (1915–2006), einst Hassobjekt Warschaus, später Ehrenbürger seiner oberschlesischen Heimatstadt Ratibor. *W.O.*

Stadt der Umbrüche

Danzigs Identität ist keineswegs einfach zu definieren

Gdansk – wiele kultur, jedno miasto“ (Danzig – viele Kulturen, eine Stadt) lautet ein Wahlspruch der Stadt. Kulturen stehen für Völker, deren drei „tragende“ von drei weltbekannten Danzigern repräsentiert werden: dem Polen Lech Walesa (*1942), dem Deutschen Arthur Schopenhauer (1788–1860) und dem (mütterlicherseits) Kaschuben Günter Grass (*1927). Dazu viele weitere – der Astronom Hevelius, der Physiker Fahrenheit, der Kupferstecher Chodowiecki oder der Chemiker Butenandt –, die für Jahrhunderte interethnischer Koexistenz stehen.

Danzig entstand vor rund 1500 Jahren als dänische Siedlung in „kassubischer“ Umgebung. Darauf verweist auch der Stadtname Gydannycz (Gotenschanze), den 997 der Prager Missionar Adalbert erstmals erwähnte. Im späten 12. und frühen 13. Jahrhundert siedelten sich deutsche Bauern, Handwerker und Kaufleute hier an, denen Herzog Swatopolk um 1225 Stadtstatus nach Lübecker Recht verlieh. Danzig überließ Lübeck zwei Jahrhunderte lang alle Konflikte mit Dänen und anderen Konkurrenten und trat erst 1361 der befriedeten Hanse bei, um in dieser Lübeck bald zu überflügeln und Wisby die Führung im Ostseeraum zu nehmen. Für seine profitable Autonomie wechselte Danzig von den Kaschuben zum Ritterorden, von diesem zu den Polen, deren König Kasimir ihm 1457 große Privilegien und seinem Wappen die Krone zufügte. Im frühen 16. Jahrhundert festigte die Reformation endgültig Danzigs Position als tolerante und reiche Hansestadt.

Weiterer Deutsch-Pole bald Ehrenbürger?

1793 schloss Danzig sich nach der Zweiten Teilung Polens Preußen an, was seine ökonomische Kraft weiter anhob. 1815 bestätigte der Wiener Kongress seine Zugehörigkeit zu Preußen, es wurde (wie Königsberg in Ostpreußen) zum blühenden Zentrum Westpreußens. Zum Reichtum kam nun noch intellektuelle Brillanz, sichtbar an der Technischen Hochschule mit ihrer Spezialisierung auf Hafen-, Schiffs- und Flugzeugbau.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Danzig eine „Freie Stadt“ unter Völkerbunds. Danzigs isolierte Lage führte zum Dauerstreit zwischen Deutschland und Polen. Am 1. September 1939 beschoss das Schulschiff „Schleswig-Holstein“ das polnische Depot „Westerplatte“, womit der Zweite Weltkrieg begann. Der endete für Danzig verheerend: Anfang 1945 waren „nur“ 30 Prozent der Stadt zerstört, nach den Endkämpfen waren es 90 Prozent. Gegen den Willen der (nun überwiegend polnischen) Bevölkerung und mit deutscher Hilfe wurde der historische Stadtkern ab 1956 wieder aufgebaut.

2008 edierte die polnische Nationalbank den „Gdanskie talary“ (Danzig-Taler) mit der Inschrift „Zaczelo sie w Gdansku“ („Es begann in Danzig“). Gemeint ist der Sturz des Kommunismus, initiiert durch die Werft-Streiks und die Gewerkschaft „Solidarnosc“. Danzig ehrt seine Helden und Freunde, wie die beachtliche Zahl seiner deutschen Ehrenbürger verrät. „Gdanszczanin Roku“, Danziger des Jahres, wird 2012 vermutlich Wojciech Grabianowski, geboren in Posen, wohnhaft in Düsseldorf und Erbauer des neuen Fußballstadions in Danzig. *W.O.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5692**

»Schmierenkomödie« statt Rettungskampf

Angeschlagene Partei »Die Linke« wendet in letzter Sekunde Führungsstreit ab – Politische Ziele nicht in Sicht

Die Ursachen für die verheerenden Wahlniederlagen der Partei „Die Linke" war noch nicht analysiert, da nahte schon die nächste Zerreißprobe. Mehrere Parteiflügel stritten um die künftige Parteiführung und die Protagonisten drohten sich zu zerfleischen.

Nach dem Rückzug der bisherigen Parteivorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst hatte schon im letzten November der Ex-Geschäftsführer Dietmar Bartsch seinen Hut in den Ring geworfen. Auch der ehemalige Vorsitzende Oskar Lafontaine hatte vor drei Wochen seine Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur erkennen lassen. Stundenlang tagten daher nun in der letzten Woche die Landesvorsitzenden und der geschäftsführende Vorstand, um sich auf eine einvernehmliche Lösung für die neue Doppel-Parteispitze zu einigen – doch ohne Ergebnis. Doch nun hat der ehemalige Vorsitzende selber einen „Showdown" mit Bartsch abgewendet, zu groß war der Unmut in der Partei über diesen unnützen Machtkampf.

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Bundestag und mediengewandter Plauderer in Talkshows, hatte zuvor an beide Kandidaten appeliert, aufeinander zuzugehen. Weder Lafontaine noch Bartsch würden die Partei als Ganzes repräsentieren, so Gysi. Daher solle Lafontaine Vorsitzender und Bartsch Geschäftsführer werden. Wie unrealistisch und vergiftet dieser Vorschlag war, zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Denn es war kein anderer als Gysi selbst, der Bartsch als langjährigen Geschäftsführer der Partei der Illoyalität gegenüber Lafontaine bezichtigte. Daraufhin kandidierte Bartsch nicht mehr für das Geschäftsführeramt.

Beim nun abgewendeten Konflikt zwischen Bartsch und Lafontaine wären in der Partei alte Gräben zwischen Ost und West aufgebrochen. Die Partei „Die Linke" entstand seinerzeit aus einer Fusion der sozialistischen Parteien SED/PDS auf dem Boden der ehemaligen DDR und der Anti-SPD namens WASG. Diesen Zusammenschluss hatte Lafontaine, ehemaliger Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender der SPD, aus Protest gegen die Hartz-IV-Reformen des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder initiiert. Wie brüchig das Bündnis zwischen ehemaligen WASG- und PDS-Anhängern ist, zeigten nun Äußerungen des einstigen „Fusionsbeauftragten" Bodo Ramelow, der das Agieren der Berliner Parteispitze eine „Schmierenkomödie" nannte.

Zusätzlich erschwert wurde die Lage dadurch, dass auch um den Posten des Geschäftsführers, der ebenfalls auf dem Parteitag Anfang Juni in Göttingen bestimmt werden soll, Streit entbrannt ist. Matthias Höhn, Vorsitzender der Linkspartei in Sachsen-Anhalt, will für den Posten des Geschäftsführers kandidieren. Er nannte die Aussage des bisherigen Vorsitzenden Klaus Ernst „grotesk und frech", dass die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder Lafontaine zum Vorsitzenden haben wolle. Die 43 000 Mitglieder der Partei aus dem Osten der Republik (gegenüber 26 500 westdeutschen) würden nach wie vor mit dem Saarländer Lafontaine fremdeln.

Gregor Gysi gab vergifteten Rat

Zu einem Gladiatorenkampf um die Parteiführung hatte aber Lafontaine selbst wenig Neigung gezeigt. Er könne sich Sinnvolleres zum Abschluss seiner politischen Karriere vorstellen, ließ er verlauten. Eine verlorene Kandidatur für den Mann, der einst den SPD-Vorsitzenden Rudolf Scharping von der Parteispitze wegputschte, scheint für den charismatischen Führer der Linken nicht erstrebenswert. Da Bartsch seine Kandidatur – trotz erheblichen Drucks aus der eigenen Partei – nicht zurückziehen wollte, rückten erst andere Möglichkeiten in den Fokus, zumal laut Parteisatzung eine Doppelspitze aus Mann und Frau vorgesehen ist.

Sahra Wagenknecht, derzeit offiziell eine Auszeit nehmende Stimme der „Kommunistischen Plattform" der Partei und Lafontaines neueste Lebensgefährtin, bezeichnete eine Doppelspitze mit Bartsch als „unmoralisches Angebot". Bei einem Treffen von 300 Parteimitgliedern am letzten Wochenende wies sie kompromisslos jedes Entgegenkommen gegenüber dem Reformerflügel um Bartsch zurück. Für die verlorenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, bei denen die Partei aus den Parlamenten flog, machte sie die Annäherung an die SPD verantwortlich. Sie sprach auch von einer „massiven Selbstprofilierung" einiger Spitzenleute und einigen „selbstzerstörerischen Debatten". Auch im Osten sei die Linkspartei bei Wahlen, etwa in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, abgesackt, dozierte Wagenknecht, womit die Parteimitglieder aus dem Osten ihr Fett abbekamen.

Offenbar stritten gleich mehrere Lager innerhalb der Partei. Neben den linksextremen Anhängern von Lafontaine/Wagenknecht sind westdeutsche Ex-SPD-Anhänger und Gewerkschafter sowie Altkommunisten aus der ehemaligen DDR an Bord. Daneben gibt es die für Dietmar Bartsch streitenden jüngeren Reformer aus dem Osten und einige westdeutsche Pragmatiker. Gregor Gysi als Kandidat, auf den sich die vielen Lager hätten einigen können, hatte bereits zuvor abgesagt. Seit der Ankündigung Höhns für den Geschäftsführer-Posten droht aber noch Streit bei den jüngeren Reformern. Dort ist seit zwei Jahren mit Caren Lay eine der ihren im Amt des Bundesgeschäftsführers tätig, der aber die verlorenen Landtagswahlen auch angelastet werden. *Hinrich E. Bues*



Offiziell will er einen „Neuanfang" ermöglichen: Oskar Lafontaine (l.) verzichtete zugunsten von Dietmar Bartsch (r.) auf eine Kandidatur, wohl auch weil er wusste, dass ihm der Sieg nicht sicher war Bild: pa

MELDUNGEN

Polizei wirbt auf Türkisch

Dortmund – „Seni bekliyoruz." Mit diesem türkischen Willkommensgruß wirbt die Dortmunder Polizei um Nachwuchs. Nachdem ihre Einladungen zu Berufsinformationsveranstaltungen kaum noch beachtet werden, hat sie sich mit einer türkischsprachigen Pressemitteilung an die Jugendlichen mit Migrationshintergrund gewandt. Mit „vollem Erfolg", so die Polizei-Pressestelle. Demnach haben 41 Interessierte an der Veranstaltung teilgenommen – rund drei Mal so viele wie gewöhnlich. Nun wird sogar angedacht, die Einladungen zu den Informationsveranstaltungen zukünftig auch in anderen Fremdsprachen zu versenden. Für die Gewerkschaft der Polizei ist der türkische Text ein „verheerendes Signal". Er spreche nur diejenigen an, die „noch nicht richtig in Deutschland angekommen" seien. Deutsche Polizisten seien nun mal deutsche Polizisten und die deutsche Sprache gehöre da zwingend dazu. *J.H.*

»Nein zum ESM«

Berlin – „Ja zum Grundgesetz heißt Nein zum ESM", beginnt das Plakat der „Freunde des Grundgesetzes", auf dem zur Demonstration gegen den Euro-Rettungsfonds ESM aufgerufen wird. Am Freitag, den 8. Juni, 15 Uhr, sollen sich die ESM-Kritiker vor dem Reichstag einfinden und die Bundestagsabgeordneten auf diese Weise dazu animieren, den ESM bezüglich seiner Verfassungsverträglichkeit anzuschauen. Die Unterstützer des Protestes sind die „Zivile Koalition e. V.", das „Aktionsbündnis Direkte Demokratie" und „Echte Demokratie Jetzt". Sie sprechen bezüglich des ESM vom „kalten Staatsstreich" und betonen, dass sie das „Finanzdiktat unserer Kanzlerin über halb Europa" brechen wollen. „Ja zu Republik und souveränen Staaten in Europa, Nein zur Finanzdiktatur", heißt es auch. *Bel*

Ins Leere rebelliert

Katholikentag in Mannheim offenbarte Identitätskrise der Kirche

Der 98. Katholikentag in Mannheim, der einen „neuen Aufbruch" anstoßen wollte, ging ohne nennenswerte Impulse zu Ende. Mit altbekannten Reformthemen wie der Rolle der Frau in der Kirche oder Sex stießen die Veranstalter nicht auf die erhoffte Resonanz.

Beim Abschlussgottesdienst mit nur 20 000 Teilnehmern würdigte Bundespräsident Joachim Gauck das ehrenamtliche Engagement der Laien in der Kirche und vermied damit eine Stellungnahme zu den Streitthemen. Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) und das veranstaltende Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) waren sich weitgehend uneins über zentrale Themen. Demonstrativ war der Kölner Kardinal Joachim Meisner dem Treffen ferngeblieben. Dem Katholikentag „fehle die katholische Mitte", bemängelte der Erzbischof vom Rhein. Über diese Einschätzung ärgerte sich die ZdK-Vizepräsidentin Claudia Lücking-Michel „granatenmäßig".

Bei dem strittigen Thema des Diakonates der Frau betonte der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck, dass die Kirche auf der Grundlage der Bibel „keine Vollmacht habe, Frauen zum Priesteramt zuzulassen". Damit wiederholte er eine bereits 1995 endgültig getroffene Entscheidung des damaligen Papstes Johannes Paul II. Dessen ungeachtet wollten sogenannte Reformkatholiken diese Frage wieder diskutieren. Damit stießen sie jedoch auch bei dem liberal gesinnten Vorsitzenden der DBK, Erzbischof Robert Zollitsch, auf wenig Verständnis. Dass ausgerechnet dieser auf dem Abschlusstreffen vereinzelt ausgebuht wurde, dürfte dem für Dialoge offenen Erzbischof zu denken gegeben haben.

Kardinal Meisner war Treffen bewusst ferngeblieben

Als rückwärtsgewandt erlebten Beobachter des Katholikentages viele der Diskussionen an den insgesamt fünf Tagen, an denen nach Veranstalterangaben rund 60 000 Besucher gezählt wurden. Das Thema „Sex und Kirche" beschäftigte auch zwei Jahre nach Aufdekkung verschiedener Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche die Diskutanten. Teilnehmer fühlten sich dabei wie in einer psychologischen Sprechstunde, als es um „wegbrechende Sicherheiten", „Entfremdungsgefühle" oder „Verletzungserfahrungen" ging. Die geforderten „strukturellen Veränderungen" schienen zumindest den Diskutierenden einleuchtend. Dass die evangelische Kirche seit der Kulturrevolution von 1968 vieles des hier in der Diskussion Geforderten mit zweifelhaftem Erfolg eingeführt hat, blieb dabei unbeachtet. Von einem „Aufbruch im Glauben", den Papst Benedikt XVI. in seinem Grußwort den Teilnehmern ans Herz legte, war in Mannheim wenig zu spüren.

Der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller nannte die auf dem Glaubenstreffen agierenden Basisgruppen wie den Verein „Wir sind Kirche" eine „parasitäre Existenzform", worin wohl auch teilweise das veranstaltende ZdK eingeschlossen war. Da der nächste Katholikentag 2014 in Regensburg stattfinden soll, ist hier eine besondere Brisanz zu erwarten. Bischof Müller gilt als kämpferischer Mann, der sich von dem 1848 gegründeten „Zentralkomitee" nicht auf der Nase herumtanzen lassen wird. Vielleicht gelingt Bischof Müller dann auch die Integration der breiten Strömung katholischer Christen, die im letzten Herbst zu Hunderttausenden zu Gottesdiensten mit dem Papst reisten, aber das Mannheimer Treffen links liegen ließen. *H.E.B.*

Bufdis sind willkommen

Nur ihre vom Bund limitierte Zahl verstimmt manche Sozialverbände

Dieses Mal sollten die Spötter nicht recht behalten, denn der Bundesfreiwilligendienst (BFD), Nachfolger des mit dem Ende der Wehrpflicht ebenfalls weggefallenen Zivildienstes, ist keineswegs ein Reinfall geworden. Und die Positiv-Meldungen des Bundes sind auch keineswegs übertrieben geschönt, sondern basieren auf einer überraschend positiven Entwicklung, wie zahlreiche Sozialverbände bestätigen. Und dass diese nicht nur dem Bund mit ihrer Aussage einen Gefallen tun, wird wiederum von der Kritik verdeutlicht, die manche auch sehr unverblümt äußern.

So kritisiert Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), dass sich das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BafZA) 12 000 der bundesweit 35 000 vom Bund genehmigten BFD-Stellen selbst gesichert habe. „Das BafZA ist für die Anerkennung der BFD-Stellen zuständig und es ist gleichzeitig Anbieter von BFD-Stellen. Das ist eine klare Interessenkollision zum Nachteil der freien Verbände. Wir sind der Meinung: Der Staat soll die Freiwilligendienste den freien Trägern überlassen, die können das besser", so Seiters. Ursache für den Unmut des DRK-Präsidenten ist der Umstand, dass das DRK nur 2500 Bundesfreiwilligendienstleistende (Bufdis) vom Bund genehmigt bekommen hat, aber aufgrund Arbeitsanfall und Bewerberzahl mindestens 5000



Was früher der Zivi machte, erledigt heute der Bufdi Bild: pa

der mit maximal 336 Euro vergüteten Stellen besetzen könnte. Arbeit gibt es genug. Die Bufdis werden bei Notfallrettung und Krankentransport eingesetzt, aber auch in Kliniken, Altenpflegeheimen und Sozialstationen, Behinderteneinrichtungen, Kitas, Schulen, Fahrdiensten, Menübringdiensten und Blutspendediensten. Zwar hat das DRK auch noch 11 500 junge Schulabgänger, die hier ihr Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren, aber mehr Bufdis wären wünschenswert.

Die Caritas vermeldet auf *PAZ*-Anfrage, dass sie mit 3897 Bufdi-Plätzen etwa so viele Stellen zugeteilt bekommen habe, wie sie einst Zivildienstplätze gehabt habe. Dort hält man die Verwaltungsabläufe für verbesserungsfähig, merkt aber an, dass dies auch noch der kurzen Laufzeit des Dienstes geschuldet sein dürfte. Ähnlich wie beim DRK sind hier etwas über 70 Prozent der Bufdis unter 27 Jahren. „Dabei ist der Anteil der älteren Freiwilligen in den östlichen Bundesländern höher als in den westlichen." Das DRK merkt an, dass 60 Prozent der Bufdis männlich seien, was damit zu erklären sei, dass der BFD in den Augen „vieler junger Menschen in der Tradition des Zivildienstes" stehe. Nur etwa drei Prozent der Stellen sei mit über 60-Jährigen besetzt und ebenfalls nur drei Prozent würden „Menschen mit Migrationshintergrund" sein. Fast die Hälfte der Bufdis hätte Abitur, weitere 37 Prozent mittlere Reife. Für das DRK eindeutig ein Beleg seiner Annahme, dass diejenigen, die optimistisch in die Zukunft blicken, eher zu einem gesellschaftlichen Engagement bereit seien – im Vergleich zu den Menschen, die sich um ihre eigene Existenz sorgen. *Bel*

MELDUNGEN

Ankara droht Zypern und EU

Nikosia – Am 1. Juli übernimmt die Republik Zypern die EU-Ratspräsidentschaft. Die Türkei hat angedroht, in diesen sechs Monaten ihre Beziehung zur EU einzufrieren. Die Insel ist seit 1974 in einen griechischen Süd- und einen türkischen Nordteil gespalten. Seit einigen Jahren gibt es Bemühungen um eine Wiedervereinigung, doch die Türkei hintertreibt jeden Kompromiss durch Einflussnahme auf ihren Inselteil und boykottiert den griechischen. Zyperns Präsident Demetris Christofias will deswegen auch nicht erneut für sein Amt kandidieren. Trotz Zusage an den Norden, bei einer Wiedervereinigung von der Förderung des an der Küste vermuteten Öls zu profitieren, erntete Christofias nur Anfeindungen aus Ankara. *Bel*

Widerspenstige werden aussortiert

Athen – Die Ankündigung von Neuwahlen für das griechische Parlament scheint zunächst nur einen Hauptprofiteur zu haben: die aus den Wahlen am 6. Mai als zweitstärkste Kraft hervorgegangene linksradikale Partei Syriza. Parteichef Alexis Tsipras nutzte die ihm für eine Regierungsbildung zur Verfügung gestellten drei Tage, um sich in den Medien als Staatsmann zu präsentieren. Seine Umfragewerte stiegen daraufhin stark an. Durch die zunehmende Furcht vieler Griechen vor einem Ausstieg ihres Landes aus dem Euro hat allerdings auch die Nea Dimokratia aufgeholt. Das griechische Wahlrecht sieht vor, dass bei sofortigen Neuwahlen nur noch eine Listenwahl, aber keine Wahl von Einzelkandidaten mehr stattfindet. Als Folge dürften für die beiden Altparteien Pasok und Nea Dimokratia bald nur noch linientreue Gefolgsleute im Parlament sitzen, während parteiinterne Kritiker ihre Mandate verlieren werden. *N.H.*

Peking drängt auf Expansion

Es geht um Fische, Rohstoffe und Erweiterung der Einflusssphäre – Philippinen wehren sich

Der Territorialstreit im Südchinesischen Meer spitzt sich zu. Peking beansprucht über sein Hoheitsgebiet hinaus immer mehr Seeraum und gefährdet damit den Im- und Export Ostasiens über eine der wichtigsten und am meisten befahrenen Schifffahrtsstraßen der Welt. Die sich wiederholenden Manöver der USA im Gelben Meer verschärfen die Lage. Den Rang als dominierende Macht der Region beansprucht Peking längst für sich. Selbst eine militärische Lösung des Territorialstreits, sprich Krieg, ist inzwischen kein Tabu mehr.

Benigno Aquino, Präsident der Philippinen, hat bereits seine Nachbarländer vor einer zunehmenden Aggressivität Chinas im Südchinesischen Meer gewarnt. Und im Mai legte er mit einem Hilfeersuchen an die USA nach. Er bat um Radarausrüstungen, Boote und Fluggerät. Die beiden Minister Alberto de Rosario (Außen) und Voltaire Gazmin (Verteidigung) wurden zu Gesprächen mit US-Außenministerin Hillary Clinton und US-Verteidigungsminister Leon Panetta nach Washington entsandt. Die Militärhilfe an den USA, so das Ergebnis, wird verdoppelt. Inzwischen hat China ziemlich unverhohlen den Philippinen sogar mit Krieg gedroht. Die Scarborough-Inseln seien seit altersher chinesisches Territorium, heißt es aus Peking. Verschärfte Kontrollen bei der Einfuhr philippinischer Früchte haben den Warenverkehr fast zum Erliegen gebracht und Auflagen für den Tourismus werden als zusätzliche Daumenschrauben angesetzt. Alle chinesischen Urlauber sollen noch im Mai die Philippinen verlassen.

Zudem fordern die roten Machthaber, dass sich die Vereinigten Staaten aus dem „lokalen Disput“ heraushalten. Verschärft wurde der Ton wegen eines vor kurzem abgehaltenen gemeinsamen Manövers von 6800 Soldaten der USA mit philippinischen Streitkräften, bei dem die Truppen die Besetzung einer Insel übten.

Obwohl die Landmasse der Volksrepublik 1200 Kilometer von den Scarborough-Inseln nur 230 Kilometer vor der Küste des fernöstlichen Inselstaates entfernt ist, hinderte die neue Weltmacht die philippinische Küstenwache daran, acht illegal in ihrer Wirtschaftszone operierende chinesische Fischereiboote an die Kette zu legen und deren Fracht zu beschlagnahmen. Alle diese Inseln gelten als reichhaltiges Fischrevier. Fast das gesamte Südchinesische Meer mit den Spratley- und Paracelsus-Inseln wird als Folge der sogenannten „Nine Dotted Line“ aus dem Jahr 1947 als hoheitliches Gebiet der Volksrepublik reklamiert. Die Linie reicht bis dicht an die Ufer ihrer Nachbarstaaten.

Kreuzende Kriegsschiffe schützen die Fischer

Gleichzeitig mit dem US-Flottenaufmarsch starteten Russland und China demonstrativ gemeinsame Seemanöver. Die Situation bleibt angespannt, zumal die chinesische Armeezeitung davon sprach, die Muskelspiele könnten zu einem bewaffneten Konflikt führen. Auch streiten Japan und Russland erneut um die Kurileninseln im Norden des Gelben Meeres und mit Peking streitet sich Tokio um die Inseln Senkaku und Diaoyu. Taiwan schuf vor kurzem sogar eine spezielle Eingreiftruppe aus der Luft, um seine Interessen an Taiping Island in der Spratly-Kette zu schützen.

Eine der Ursachen für die Expansion sind die reichen Vorkommen an Erdöl, Erdgas und Mineralien im Bereich der Inseln sowie der Versuch der USA, als Schutzmacht der Philippinen, Südkoreas und Taiwans aufzutreten und mit einer neuen Basis in Australien wieder zu ihrer alten Rolle als Seemacht im westlichen Pazifik zurückzufinden.

Die Machthaber in Peking befinden sich zudem mit Vietnam, Malaysia und Brunei im Territorialstreit, seit sich China bis an die Küsten der Länder mit teilweise aggressiven Methoden ausbreitet, Inseln einfach mit militärischen Stationen und Bauten besetzt, Kriegsschiffe dort kreuzen lässt und das Territorium mit Flugzeugen überwacht. Im vergangenen Jahr hatten chinesische Patrouillenboote bereits zahlreiche Fischerboote Vietnams in dessen Gewässern beschlagnahmt und sogar beschossen. Zudem wurden vietnamesische Schiffe behindert, die vor der Küste nach Öl suchten. Die von China beanspruchten Paracelsus-Inseln wurden im Kampf mit vietnamesischen Einheiten gewaltsam annektiert.

Die USA und Indien sehen zudem eine wachsende Problematik im Griff Chinas auch nach dem Indischen Ozean, wo die Volksrepublik militärische Bande mit afrikanischen Staaten knüpft und rings um Indien Tiefwasserhäfen sponsert. *Joachim Feyerabend*



Chinesische Fischer werfen immer öfter auch in fremden Gewässern ihre Netze aus: Um den in der Fischerei tätigen Massen nicht ihre Erwerbsgrundlage zu nehmen, scheint Peking auch einen Waffengang nicht zu scheuen Bild: pa

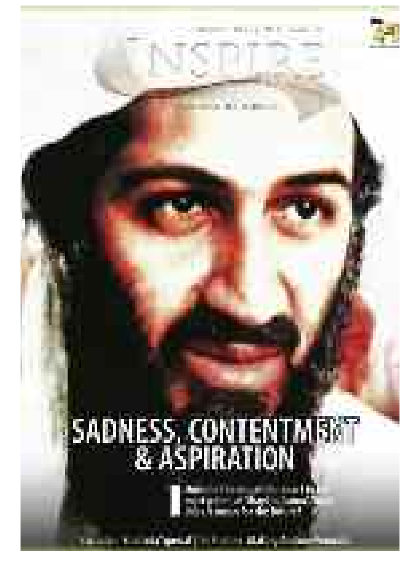
Der Kampf geht weiter

Unterschätzte Al-Kaida-Zellen in aller Welt auf dem Sprung

Eine Zeit lang sah es so aus, als wäre Al-Kaida besiegt, doch aktuelle Vorfälle zeigen, dass mit der Tötung Osama bin Ladens die von ihm geführte Gruppierung keineswegs eliminiert ist. Und so wuchern international die Terrorzellen weiter, in Somalia, im Jemen, im Maghreb, in Äthiopien, im Irak, in Syrien, im Libanon sowie sogar in Australien und Südamerika.

AQAP (Kaida-Terroristen auf der Arabischen Halbinsel) kommt eine neue Führungsrolle zu. Längst haben sich die Schlüsselfiguren der terroristischen Organisation aus Pakistan verzogen, wo sie permanenten und völkerrechtlich umstrittenen Drohnenangriffen der US-Amerikaner ausgesetzt waren. Besonders gefährlich erscheint gegenwärtig die Organisation in Somalia, im Jemen sowie neuerdings in Nigeria und im Norden Malis. Eine beachtliche Anzahl ehemaliger Guantanamo-Insassen in Saudi-Arabien leiht eine helfende Hand. Hinzu kommt eine ganze Anzahl Nachwuchsbomber aus Europa und den USA. So sucht beispielsweise die kenianische Polizei den Deutschen Andreas Martin Müller (Abu Nusaibah) wegen Terroranschlägen vom 29. April in Ostafrika. Er und sechs andere Mitstreiter aus der Bundesrepublik haben sich den somalischen Al-Schabaab-Milizen angeschlossen. Seit 2011 – so deutsche Verfassungsschützer – haben zudem zwölf deutsche Islamisten versucht, Somalia zu erreichen. Einige scheiterten allerdings bereits im Vorfeld.

Deutscher Konvertit an Terroranschlag in Kenia beteiligt



Al-Kaida hat eigenes Online-Magazin: „Inspire“ gibt Tipps für Anschläge

Im Jemen gesponsert, erscheinen jetzt wieder zwei Ausgaben des totgesagten englischsprachigen Al-Kaida-Online-Magazins „Inspire“. In ihm wird gefordert, beispielsweise im waldreichen US-Staat Montana Waldbrände zu legen, Feuerbomben zu kreieren sowie chemische und biologische Keulen auch in Frankreich und England anzuwenden.

Ganz düster sieht die Lage im bürgerkriegsgeplagten Syrien aus. Hier dringen Al-Kaida-Kämpfer über die Grenzen des Libanon und des Irak und infiltrieren die Aufständischen, um Rache am alawitischen System in Damaskus zu nehmen, das in der Vergangenheit die sunnitische Mehrheit mit Repressalien unterdrückt hat. Im Libanon nehmen die Zellen der Terrororganisation seit 2007 wieder zu und wenden sich, so Premier Najib Mikati, gegen die mehrheitlich schiitisch dominierte Hisbollah. Es gehe nicht mehr nur um den fernen Feind USA, sondern auch gegen die pro-westlich eingestellten Regierungen in der arabischen Welt selbst.

Australien ist inzwischen dazu übergegangen, mit einer verdeckten Spezialeinheit solche Zellen in Nigeria, Simbabwe und Kenia vor Ort zu bekämpfen. Auch die USA setzen geheime Kräfte vor Ort ein. *J.F.*

Deutsche übernehmen

Schlesien: Subventionen für Volksgruppe retten Schule vor dem Aus

In der Woiwodschaft Oppeln steht das staatliche Schulwesen vor empfindlichen Reduktionen: Aufgrund klammer Stadt- und Gemeindekassen, einer zu geringen Geburtenrate und Abwanderung werden dort ab September über 120 Schulen geschlossen werden. Auch andere Regionen der Republik Polen sind von dem Schrumpfungsprozess betroffen – und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht.

Auch im oberschlesischen Kandrzin-Cosel, das zur Oppelner Woiwodschaft gehört und ein Siedlungsschwerpunkt der deutschen Volksgruppe geblieben ist, sollte die Grundschule Nr. 13 im Stadtteil Rogau geschlossen werden. Doch es kam anders: Die Deutsche Bildungsgesellschaft Cosel-Rogau übernahm nach einer selten einmütigen Kooperation von der Stadt die Trägerschaft für die Schule und wird sie ab September, mit Beginn des neuen Schuljahres, in eigener Regie weiterführen. Die vor acht Jahren eingerichtete zweisprachige Schule hat für die am Ort lebenden Deutschen eine besondere Funktion: Sie nimmt in einem Klassenzug die Kinder aus dem in deutscher und polnischer Sprache betriebenen Kindergarten auf. Bedingung für den Weiterbetrieb ist, dass die Eltern der Schüler schriftlich erklären, dass ihre Kinder mit erweitertem Deutschunterricht als Volksgruppensprache beschult werden sollen – was eine Zugehörigkeitserklärung zur deutschen Volksgruppe mit einschließt.

„Wir haben uns von der Bildungseinrichtung des Vereins ‚Pro Liberis Silesiae‘ in Raschau inspirieren lassen. Diese bilinguale Einrichtung mit Kindergarten und Grundschule ist vorbildlich“, freute sich der Vorsitzende der Bildungsgesellschaft, Bruno Kosak, der bekundete, es sei höchste Zeit, Bildungsangelegenheiten der heimatverbliebenen Deutschen selbst in die eigene Hand zu nehmen. Der 75-Jährige saß zwölf Jahre lang für die deutsche Volksgruppe im Oppelner Landtag. „Für uns bedeutet die Gründung einer solchen Bildungseinrichtung einen Meilenstein“, erklärte Kosak. Er gab sich überzeugt, dass sich die Umwandlung in eine vom Verein geführte Schule „für alle Seiten lohnen“ werde – „und zwar auch dann, wenn die städtische Sondersubvention etwas höher ausfallen sollte, als aktuell vorgeschlagen“.

Deutsche Volksgruppe im Schulbereich aktiv

Unterdessen hat dieser Aspekt des Vorhabens – höhere Subventionen für eine Schule, die von einem Trägerverein der deutschen Volksgruppe unterhalten wird – erheblichen und erwartbaren Unmut und Neid bei polnischen Chauvinisten hervorgerufen. Die der nationalkonservativen Kaczynski-Partei PiS nahestehende Zeitung „Rzeczpospolita“ entrüstete sich: „Reiche Schulen nicht für Polen.“ Die höheren Zuwendungen des Staates für Schulen der nicht-polnischen Volksgruppen seien in der Oppelner Woiwodschaft ein Mittel, um „Geld abzugreifen“. In der südlich Oppeln gelegenen Kleinstadt Proskau [Prószków] sei die Einführung des Deutschen als Minderheitensprache ein Mittel gewesen, eine der Grundschulen vor der Schließung zu bewahren. Allen Ernstes kritisierte das Blatt, dass niemand geprüft habe, wie viele von den 123 Schülern der Schule Nr. 13 tatsächlich zur deutschen Volksgruppe gehören. Nun schürt die nationalistische Presse die Angst vor dem Entstehen von „Enklaven mit Minderheiten-Schulen“, zumal führende Funktionäre der Deutschen die Gründung einer „Bildungsachse“ mit einem Netz von zweisprachigen Schulen von Oppeln bis nach Ratibor angekündigt haben. *Christian Rudolf*

Von der Energiewende zum Stromkollaps

Zahlreiche Institute warnen vor den Gefahren der Unterversorgung – Keine Vorsorge für Notfälle

Je stärker der Ausbau der Solar- und Windstromerzeugung voranschreitet, desto deutlicher wird, dass mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine gigantische Umverteilungsmaschinerie zu Lasten der Verbraucher in Gang gesetzt wurde. Durch den ungebremsten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wächst allerdings noch ein anderes Risiko – das eines bundesweiten Kollaps des Stromnetzes, der innerhalb weniger Stunden zu einem flächendeckenden Chaos führen würde.

Die Niederlage Norbert Röttgens (CDU) bei der NRW-Wahl hat eine weitere Niederlage des ehemaligen Umweltministers in den Schatten gerückt. Nur zwei Tage vor der Landtagswahl war Röttgen im Bundesrat daran gescheitert, die Förderung für die erneuerbaren Energien zu begrenzen. Der ungebremste Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen hat für die Verbraucher eine Kostenlawine losgetreten, die sich immer mehr in den Haushaltskassen bemerkbar macht. Auf einen Barwert von 335 Milliarden Euro schätzt etwa der Wissenschaftler Georg Erdmann von der TU Berlin die direkten und indirekten Kosten durch das EEG für den Zeitraum von 2010 bis 2030. Die Folge: Immer mehr Haushalte können ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Bundesweit wurde im Jahre 2010 nach einer Hochrechnung der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen rund 600 000 Mal Verbrauchern wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht. Betroffen sind vor allem die sozial Schwächsten, so dass der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums bereits vor einem „gewaltigen Umverteilungsprogramm“ von unten nach oben warnt. Dass der Hartz-IV-Empfänger über den Strompreis die Solaranlage des wohlhabenden Eigenheimbesitzers finanziert, wird von der zugespitzten Formulierung zunehmend zur Realität.

Das noch von der rot-grünen Koalition im Jahr 2000 auf den Weg gebrachte EEG entwickelt neben dieser sozialen Schieflage allerdings zunehmend auch noch ein anderes Risiko. Mit jeder Photovoltaik- und Windkraftanlagen, die in Betrieb genommen wird, wird das Stromnetz anfälliger für einen flächendeckenden Kollaps, einen sogenannten „Blackout“. Zum Problem könnten nicht nur fehlende Hochspannungsleitungen von Nord nach Süd oder Engpässe bei der Energieerzeugung, etwa im Winter, werden, auch die Qualität des Stroms wird zunehmend schlechter. Zwar hat es Netzschwankungen und Spannungseinbrüche schon immer gegeben, durch die massive Zunahme der Zahl kleinerer Stromproduzenten wird die Netzstabilität aber immer fragiler und das Netz immer schlechter steuerbar.

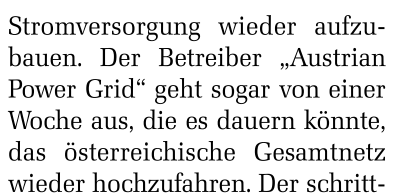


Und plötzlich wird es dunkel: Dies ist nicht nur im übertragenen Sinne zu verstehen, denn wenn die Solaranlagen plötzlich keinen Strom mehr liefern, müssen konventionelle Kraftwerke einspringen, doch die werden wegen mangelnder Rentabilität von den Stromerzeugern ganz vom Netz genommen Bild: M. Vedder/dapd

Grundlage der Netzstabilität waren bisher Braunkohle- und Kernkraft-Grundlastkraftwerke. Diese eignen sich im Gegensatz zu den Solar- und Windkraftanlagen als Anker zur Frequenzstabilisierung bei 50 Hertz. Allerdings sind diese Kraftwerke aufgrund der wachsenden Einspeisung des „Öko-Stroms“ mittlerweile so wenig in Betrieb, dass die Forderung nach Subventionen immer lauter wird, damit sie überhaupt noch in Bereitschaft gehalten werden. Die Verkettung mehrerer Störfaktoren, wie sie etwa im Stromnetz Kaliforniens bereits vorgekommen ist, könnte bei dieser Ausgangslage auch in Deutschland zu dramatischen Folgen führen: im Extremfall zum Kollaps des gesamten bundesdeutschen Stromnetzes.

Hochfahren des Gesamtnetzes kann Tage dauern

Auslöser könnte die misslungene Stabilisierung eines lokalen Stromnetzes sein, die sich dann kaskadenartig auf das Gesamtnetz ausbreitet. Falls es zu einem derartigen Ereignis kommt, dann wird es nicht Stunden, sondern Tage dauern, bis das Netz wieder stabilisiert ist, so die Prognose von Guido Knott vom Energielieferanten Eon. In einer Studie des Netzbetreibers „Swissgrid“ wurde ein derartiges Szenario bereits eingehend für die Schweiz untersucht. Allein in der überschaubaren Alpenrepublik würde man zwei Tage benötigen, um die Stromversorgung wieder aufzubauen. Der Betreiber „Austrian Power Grid“ geht sogar von einer Woche aus, die es dauern könnte, das österreichische Gesamtnetz wieder hochzufahren. Der schrittweise Wiederaufbau des Netzes gleicht dabei einem Balanceakt, bei dem jeweils nur so viel Strom bezogen werden könnte, wie schrittweise wieder eingespeist wird.



Während bisher in den deutschen Medien die verbrauchsstarken Wintermonate als kritisch für die Stromversorgung gesehen wurden, hat die Bundesnetzagentur auf ein eher weniger beachtetes Risiko hingewiesen: einen Netzzusammenbruch im Sommer, wenn eine große Zahl von Photovoltaikanlagen in Betrieb ist, aber Großkraftwerke wegen Revisionsarbeiten vom Netz genommen werden. Mit den Folgen eines solchen flächendeckenden Stromausfalls hat sich bereits im Jahr 2010 das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) beschäftigt: „Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern“, lautet eine der dramatischen Einschätzungen der erstellten Studie. Innerhalb weniger Stunden würde sich ein flächendeckendes Chaos einstellen, weil unter anderem Verkehrsleitsysteme, der Bahnverkehr, Wasserwerke und Tankstellen ausfallen würden. Relativ schnell würden auch Lieferketten im Handel und der Industrie zusammenbrechen, nach 24 Stunden wäre das Gesundheitswesen massiv beeinträchtigt. Vorsorgekonzepte für einen derartigen längeren Stromausfall waren laut der Bundestagsstudie zumindest im Jahr 2010 nicht vorhanden.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Im Grunde ein Einfuhrverbot: Experten kritisieren die US-Strafzölle in Höhe von 31 bis 250 Prozent auf chinesische Solar-Module. Dank staatlicher Subventionen können chinesische Hersteller deutlich unter Herstellungskosten anbieten und somit die weltweite Konkurrenz im Preis unterbieten und in die Pleite treiben. Das wollen die USA nicht mehr hinnehmen. Experten warnen nun allerdings vor den Reaktionen aus Peking, vor allem weil die Höhe der Zölle im Grunde einem Einfuhrverbot gleichkommt. *Bel*

Weißrussland verstärkt Zusammenarbeit mit China: 20 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen habe das Niveau der gegenseitigen Unterstützung und vertrauensvollen Partnerschaft zwischen Weißrussland und China heute „eine nie dagewesene Höhe erreicht“. Das sagte der Präsident der früheren Sowjetrepublik Alexander Lukaschenko während des Besuches einer chinesischen Parlamentsdelegation in Minsk am vergangenen Montag. Nach offiziellen Angaben überstieg 2011 der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Staaten drei Milliarden US-Dollar. Das in Europa isolierte Land erwartet sich von China Hilfe bei der Modernisierung seiner Wirtschaft und bei der Gründung von Hochtechnologieunternehmen. Der Leiter der chinesischen Delegation Lu Junsjan lobte „Sauberkeit und Ordnung“ in dem autoritär regierten Staat und hob dessen „ökonomische und soziale Stabilität“ hervor. *CR*

Nabucco-Pipeline wird immer kürzer: Das Nabucco-Konsortium hat seine ursprünglichen Pläne zum Bau einer Erdgasleitung vom Kaspischen Meer nach Europa deutlich abgespeckt. Ein nun gemachter Vorschlag an das Förderkonsortium, das die Gasfelder im zentralasiatischen Aserbaidschan erschließt, sieht nur noch eine stark verkürzte Pipeline „Nabucco West“ vor, die an die geplante türkisch-aserbaidschanische Trans-Anatolien-Pipeline (TANAP) anschließen soll. *N.H.*

Subventionen statt Markt

Auch bei E-Autos soll Kunde zu seinem Glück gedrängt werden

Ernüchterung macht sich breit. Dieses Fazit lässt sich anhand der Einzelheiten ziehen, die vorab aus dem jüngsten Fortschrittsbericht der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE) nach außen gedrungen sind. Offiziell soll der dritte Bericht der NPE – einem Gremium, in dem Unternehmen, Verbände und Wissenschaftler zusammenarbeiten – erst Anfang Juni an die Bundesregierung übergeben werden. Noch scheinen die Beteiligten darüber zu streiten, wie die ernüchternde Zustandsbeschreibung möglichst diplomatisch formuliert werden soll: Zum Anfang des Jahres waren lediglich 4541 Elektro-Autos in Deutschland zugelassen. Angesichts von 42,9 Millionen Pkw, die im Januar auf deutschen Straßen zugelassen waren, fällt es schwer, von einem Nischenmarkt zu sprechen – der Begriff Exoten scheint näherliegend. Und selbst um diesen mageren Stand zu erreichen, sind erhebliche Summen von Seiten des Bundes aufgewendet worden. Allein aus dem Konjunkturpaket II sind seit 2009 500 Millionen Euro zur Förderung der Elektromobilität bereitgestellt worden. Umgerechnet auf die zugelassenen Elektro-Pkw ergibt sich eine Subventionierung von über 110 000 Euro pro Fahrzeug. Noch nicht einmal berücksichtigt ist dabei die milliardenschwere Forschungsförderung des Bundes etwa zur Weiterentwicklung der Batterietechnik.

Sollen bis 2020 wirklich eine Million Elektrofahrzeuge auf den deutschen Straßen zugelassen sein und Deutschland wie ursprünglich geplant zum Leitanbieter für die Elektromobilität werden, dann seien weitere „Anreize“, sprich Subventionen, nötig. Bisher lehnt die Bundesregierung Kaufprämien, wie es sie in anderen Ländern gibt, ab. Geht es nach der NPE, dann scheinen die bisherigen Anstrengungen von Seiten des Bundes nicht ausreichend gewesen zu sein: „Eine Abweichung von den durch die NPE vorgeschlagenen Fördermaßnahmen oder deren Verzögerung würde sich direkt in der Reduktion einer erreichbaren Absatzentwicklung in Deutschland niederschlagen“, zitiert etwa der Berliner „Tagesspiegel“ aus dem dritten Fortschrittsbericht Elektromobilität. Trotz verklausulierter Sprache ist die Botschaft klar: Gefordert werden mehr Subventionen und steuerliche Anreize. Bereits 2011 hatte der NPE einen Katalog von Maßnahmen empfohlen: eine Reduzierung der Kfz-Steuer für ein angemeldetes Zweitfahrzeug, Sonderabschreibungen für Elektrofahrzeuge, zinsgünstige KfW-Darlehen und zusätzliche Steueranreize.

Umgerechnet 110 000 Euro Förderung pro zugelassenem Pkw

Dass es auch anders geht, macht das Beispiel Japan deutlich: Aus dem Elektroauto-Index der Unternehmensberatung McKinsey geht hervor, dass Japan in der Kategorie Angebotspalette an Elektro-Pkw weltweit die Führungsrolle übernommen hat. Die staatlichen Subventionen liegen allerdings auf der gleichen Höhe wie in Deutschland.

Betrachtet man aber ein weiteres Kriterium, den Anteil von Elektro-Fahrzeugen an der Gesamtproduktion von Pkw, der innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 8,6 Prozent steigen soll, dann wird deutlich, dass es sich bei der Elektro-Mobilität bis auf Weiteres bestenfalls um einen Nischenmarkt handeln wird. *N.H.*

Meissen erobert die Welt

Schmuck, Möbel, Mailand: Porzellanmanufaktur geht neue Wege

Christian Kurtzke, Chef der Porzellanmanufaktur Meissen, setzt derzeit fast im Wochentakt eine Neuerung nach der anderen um. Das, was der ehemalige Unternehmensberater seit 2009 aus dem defizitären Staatsbetrieb gemacht hat, raubt einem angesichts des Tempos und der Vielzahl der in Angriff genommenen Projekte fast den Atem. Und vor allem sieht es bisher so aus, als ob der Mittvierziger auch einen Erfolg nach dem nächsten verbuchen kann und die von ihm und somit auch dem Eigentümer, dem Land Sachsen, eingegangenen Risiken immer mehr zu genutzten Chancen werden. Fast 1,5 Millionen Euro hat Meissen 2011 nach Abzug von Steuern bereits Gewinn gemacht. In den Jahren davor erwirtschaftete die Porzellanmanufaktur nur Defizite (2010: -35 000 Euro).

Zwar vermeldet keine Pressemitteilung oder Wirtschaftsmeldung, wie die rund 600 Mitarbeiter den Kulturschock erleben, doch nach außen wirkt alles nahezu perfekt. Kurtzke tut derzeit alles, um Meißen Stück für Stück vom verstaubten Image zu befreien. Weg vom von Oma geerbten Kaffeeservice hin zum mondänen Lifestyle. Zwar tut der Chef alles, um den Eindruck eines Kulturschocks zu vermeiden, betont immer wieder, dass ihm die Traditionen des Unternehmens wichtig seien und er nur diese neu belebe, doch sein Auftreten und sein Handeln dürfte vor allem die langjährigen Meissen-Mitarbeiter verwirren.

Mitte April eröffnete Kurtzke die „Villa Meissen“ in der Via Montenapoleone, eine der bekanntesten Luxusmeilen in Europa. Teile des 1710 von August dem Starken gegründeten Unternehmens sollen künftig von hier aus geleitet werden. Der asiatische Markt wiederum soll von der noch zu eröffnenden Niederlassung in Hongkong gelenkt werden. Anfang Mai erteilte das sächsische Finanzministerium Kurtzke die Zustimmung zur Gründung der „Meissen Asia Pacific“.



Zufrieden: Kurtzke im neuen Geschäft in Mailand Bild: Meißen

In den neuen Zweigstellen wird jedoch das Porzellan aus Meißen nur eine von mehreren Hauptrollen spielen. Bereits Anfang 2011 hat Kurtzke die neue Uhren- und Schmuckkollektion Meissen® Joaillerie auf den Markt gebracht. In Meißen gibt es seit wenigen Wochen sogar ein eigenes Geschäft, das nur die teuren Uhren und den ansprechenden Schmuck anbietet. Und wie 2011 bereits angekündigt, ging dieser Tage auch die neue Produktlinie „Meissen Home“ an den Start. Die gekreuzten Schwerter, Meißens Markenzeichen, zieren auch viele der sorgfältig von Hand gearbeiteten Sofas, Sessel, Tische, Lampen, das Tafelporzellan wie auch die luxuriösen Stoffe, Bezüge und Accessoires.

Meissen soll also zu einer weltweit bekannten und beliebten Luxusmarke werden. Derzeit sieht es so aus, als würde Kurtzkes Plan gelingen. *Rebecca Bellano*

Schuss ins Knie

Von Wolfgang Thüne

Nicht genug, dass die Wähler in Nordrhein-Westfalen dem CDU-Spitzenkandidaten durch Neigungsentzug eine Klimakatastrophe beschert haben. Nun hat auch die Kanzlerin Angela Merkel ihren Lieblingsschüler mit Liebesentzug bestraft und ihn als Umweltminister in die Wüste geschickt. Eine wahrhaft doppelte Klimakatastrophe!

Aber ob dies eine kluge und weise Entscheidung war? Röttgen hatte ja als Umweltminister mangels Fachkompetenz nichts anderes getan, als getreu die Direktiven der Kanzlerin eins zu eins umzusetzen. Sie allein hat die plötzliche „Energiewende“ nach Erdbeben und Tsunami in Fukushima veranlasst und zu verantworten. Von eigenem Kanzlerehrgeiz geplagt hat er seiner Chefin nicht zu widersprechen gewagt, als sie verkündete, aus Deutschland ein Sonnen-, Wind- und Agrarland zu machen, in dem zukünftig der Strom wie „Milch und Honig“ fließt.

Ist die Entlassung jetzt die Strafe für feigen Gehorsam, für zu große Untertänigkeit? Als Umweltminister hätte Röttgen die Kanzlerin und Physikerin um eine Erklärung bitten müssen, was die „Energiewende“ bedeutet angesichts des Energieerhaltungssatzes! Er hätte sagen müssen, dass man Energie nicht drehen und wenden kann wie das Fähnchen im Winde. Doch wer anfängt, seine Bauern zu opfern, ist bald selbst ein Bauernopfer. Die Neigungs- und Stimmungswende zuungunsten der CDU geht auf deren Chefin zurück!

Spielball der Mächte

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Der Fall Julia Timoschenko spaltet die Ukraine. Hätte sie jemals die Macht, es wieder zu einen, wenn wahr wäre, was in der russischsprachigen Presse zu lesen ist? „Timoschenko eine Politikerin Russlands“? Der Politiker Taras Tschernowol begründet seine Behauptung damit, dass gerade die als westlich orientierte Timoschenko den Anschluss an Europa verhindert habe, indem ihr Block immer wieder die Annahme von Gesetzen blockiert habe, die die Aufteilung des Naftogas-Konzerns in mehrere Unternehmen vorsahen. Das war aber eine der Bedingungen der EU für eine Zusammenarbeit mit Kiew im Energiebereich. Der Abgeordnete sieht in Putins Aussage, Timoschenko zu unterstützen, den Beweis, dass diese mit ihrer Verweigerung bloß russische Anweisungen ausgeführt habe.

Seit Janukowitschs Amtsantritt haben die Russen in der Ukraine außer einer Verlängerung des Pachtvertrags der Schwarzmeerflotte auf der Krim nichts erreichen können. Weder der Zollunion noch der Eurasischen Wirtschaftsunion will die Ukraine beitreten, stattdessen arbeitet sie aktiv mit der Nato zusammen.

Russische Firmen wollen in der Ukraine investieren

Weil Timoschenko, die Anfang der 90er Jahre im Gashandel mit Russland reich wurde, 2005 schon bald mit der Orangenen Revolution brach und weiter eine wichtige Rolle im Energiehandel spielte, geht „Rosbalt“ davon aus, dass die Gas-Lady mit Putin schon 2009 eine stillschweigende Abmachung getroffen habe. Sollte Timoschenko entlassen werden und an der Präsidentschaftswahl 2015 teilnehmen, wäre sie Moskaus Kandidatin, mutmaßt das Blatt. Der Kreml verfüge dann über eine „bequeme“ Partnerin, die sich der Umarmung des großen Bruders nicht entziehen würde, wie es jetzt Janukowitsch versucht.

Die Frage ist, wie lange sich Janukowitsch eine Pattsituation wie die derzeitige noch leisten kann, denn sowohl der Westen als auch Russland fordern dasselbe: die Freilassung Timoschenkos. Viktor Janukowitsch wird über kurz oder lang handeln müssen. Droht er dem Westen mit einer erneuten Annäherung an Russland und dem Anschluss an Putins Eurasische Wirtschaftsunion, spielt er dem Kreml-Herrn in die Hände und verdirbt es sich im Inneren zugleich mit seinen mächtigen Unterstützern, den Oligarchen der Donbass-Region, die sich bislang dem Kooperations- und Investitionsbegehren russischer Unternehmen verweigern. Einer der mächtigsten Oligarchen und Unterstützer Janukowitschs ist Rinat Achmetow, der Timoschenkos größter Geschäftskonkurrent war.

Sollte Timoschenko mit Putins Hilfe an die Macht kommen, ist damit zu rechnen, dass sie ebenso wie Janukowitsch heute als Spielball der Mächte den unterschiedlichen Interessen zwischen West und Ost ausgesetzt wäre.



Partner statt politische Gegner: Wladimir Putin und Julia Timoschenko bei der Übergabe des Gasvertrags von 2009 in Jalta, der später zur Anklage und zur Verurteilung wegen Amtsmissbrauchs führte. Bild: pa

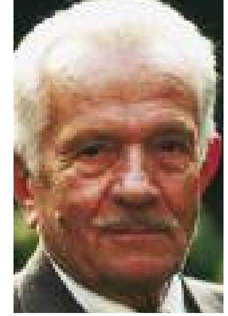
Entrechtung

Von Jan Heitmann

Der Referentenentwurf der Bundesregierung, der sich hinter dem unspektakulären Namen „Jahressteuergesetz 2013“ versteckt, enthält neben zahlreichen technischen und redaktionellen Anpassungen an einer Stelle einen Sprengsatz. Es ist nur ein Wort, das dort gestrichen wurde und doch könnten die Auswirkungen gravierend sein. Die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht kostet künftig automatisch die Gemeinnützigkeit. Damit würde die Macht der Verfassungsschutzbehörden erheblich ausgeweitet werden. Ein fataler Schritt, wenn man sich das Totalversagen der Schlapphüte bei den Ermittlungen gegen das Zwickauer Mördertrio vor Augen führt. Gerade eine Organisation, die durch eklatante Fehlleistungen viel Vertrauen bei den Bürgern eingebüßt hat, dafür noch zu belohnen, klingt wie Hohn. Staatlicher Willkür zur Ausschaltung politisch missliebiger Vereine wird Tür und Tor geöffnet. Bedenklich an dem Gesetzentwurf ist auch die verfassungsrechtlich umstrittene Einstufung von Auskunftsersuchen und Vorlageverlangen als gleichwertige Ermittlungsinstrumente der Finanzämter. Auch hierdurch werden Bürgerrechte eingeschränkt. Wo bleibt der Protest all derjenigen, die sich sonst so eilfertig zur Verteidigung der Freiheitsrechte zu Wort melden, gegen diese schleichende Entrechtung? Von der FDP bis zur Bundesjustizministerin hört man nur: Schweigen!

Moment mal!





Verena Becker oder Die Mörder sind noch unter uns

Von Klaus Rainer Röhl

Die Öffentlichkeit hat längst andere Aufreger-Themen. Den Aufstieg Facebooks zum börsennotierten Mammutkonzern, die „Blockupy“-Bewegung gegen die Banken mit ihrer neuen Taktik der kleinen Schritte und die nicht fassbaren Gewaltakte der anonymen „Ultras“ in den Fußballstadien. Aber vorletzte Woche wurden noch einmal die Scheintoten zu gespenstischem Leben erweckt, die Terroristen der sogenannten „Rote Armee Fraktion“ (RAF), zur Tatzeit junge Männer und Frauen aus dem deutschen Bildungsbürgertum, die 34 Menschen kaltblütig und heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet hatten. Sie bestanden hartnäckig darauf, schuldfähig zu sein. Eine von ihnen war Verena Becker, inzwischen alt und grau, aber nicht menschenfreundlicher geworden. Sie wird beschuldigt, als führendes Mitglied der Terroristengruppe an der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und zweier seiner Begleiter mit beteiligt gewesen zu sein, und ist nach dem eigens geschaffenen Gesetz verurteilt wegen gemeinschaftlichen Mordes. Frühzeitig entlassen aus der Haft – nach Vermutungen unterschiedlicher Autoren wegen Kontakten zum Bundesamt für Verfassungsschutz –, vor einem Jahr erneut inhaftiert unter dem Vorwurf, die Todesschützin beim Mord an Buback und seinen Begleitern gewesen zu sein, und seitdem beharrlich schweigend bei allen Vernehmungen, hatte durch ihre Anwälte bekanntgegeben, sie werde am 14. Mai dieses Jahres ihr Schweigen brechen und eine wichtige Erklärung abgeben. Große Erwartungen richteten sich auf diesen Auftritt.

Michael Buback, Chemieprofessor und Sohn des Ermordeten, hoffte allen Ernstes, sie werde ihre Tat eingestehen oder die Namen der Mörder nennen. Nils Minkmar, wohl einer der letzten Journalisten, durch den der abgenutzte und verkommene Titel „Edelfeder“ wieder zu Ehren gekommen ist, und der zur Freude aller Menschen, die Schreiben noch für eine Kunst halten, zum Chef des Feuilletons der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aufgestiegen ist, schrieb sogar einen wohlabgewogenen, zwei Seiten langen „Offenen Brief an Verena Becker“. Vergeblich die Hoffnungen beider so unterschiedlicher Wahrheitssucher. Sie halten ihr Gegenüber für etwas Ähnliches wie sich selbst, denn sie sehen ein Menschengesicht und vermuten menschliches Verhalten. Aber die Mitglieder der geschlagenen, doch nicht besiegten und immer noch wie Pech und Schwefel zusammenhaltenden Terroristen-Gruppe „ticken“ anders. Sie ticken wie ein Zeitzünder. Sie haben ein Menschengesicht, aber sie sind von einer etwas anderen Art, leben in einer anderen Welt, die letzten Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“.

Von Leo Trotzki gegründete Rote Armee als Vorbild

Wer benennt seine Kampftruppe schon nach der Roten Armee, einst von Leo Trotzki gegründet, um die Anhänger des Zaren und der Demokraten, die „Weißen und ihrer Läuse Brut zu zertreten“. Die Rote Armee marschierte nach Polen ein, das man sich zuerst mit Hitler geteilt hatte, mit dem man sich später den blutigsten aller Kriege lieferte. Gegen Ende dieses Krieges ermordeten Soldaten der Roten Armee Millionen unschuldiger Menschen, meist Greise, Frauen und Kinder, aus dem einzigen Grund, weil sie Deutsche waren. Aus dem gleichen Grunde wurden von dieser namensgebenden Armee eine kaum fassbare Millionenzahl deutscher Frauen und Mädchen vergewaltigt, und zwar nicht im Rausch des Sieges und Eifer des Gefechts, sondern von einem der angesehensten sowjetrussischen Dichter, Ilja Ehrenburg, ausdrücklich dazu aufgefordert. Die Opfer waren unschuldig. Wie alle Opfer von Morden, es gibt keine „schuldigen“ Mordopfer.

Warum suchen Michael Buback und die vielen anderen Angehörigen der RAF-Opfer die immer noch nicht gefassten Mörder ihrer Väter und Mütter? Warum wollen sie ihnen ins Auge sehen wie die Angehörigen der KZ-Opfer dem ukrainischen KZ-Wächter Demjanjuk?

Weil sie die verzweifelte Hoffnung umtreibt, dass es auf der Welt so etwas wie Gerechtigkeit geben sollte, vielleicht sogar Reue oder wenigstens ein Gefühl für das Leid der Opfer. Aber die Anwälte von Verena Becker scheuten sich nicht, den Sohn des ermordeten Buback mit den flapsigen Worten zu verhöhnen, er kenne wohl nicht den „Unterschied zwischen einem Strafprozess und einer Kommission zur historischen Wahrheitsfindung. Diese Probleme können hier nicht gelöst werden, auch nicht, wenn die Angeklagte uns sagen würde, es täte ihr leid.“

Klar. Die Angeklagte sagte es auch nicht. Sie verriet auch nicht die Namen der Mörder. Sie sagte aus, dass sie das schwere Motorrad gar nicht fahren und mit der Mordwaffe, einer MP Heckler und Koch 43, gar nicht umgehen könne. Als auf Siegfried Buback in Karlsruhe geschossen wurde, sei sie im Nahen Osten gewesen. Ja, es sei ihre Aufgabe gewesen, die Mordwaffen, die bei der Festnahme bei ihr gefunden wurden, ins „Depot“ zu schaffen. Zeugen für ihre Aussagen nannte sie nicht. Das war es auch schon. Chemieprofessor und Feuilletonchef sind gleichermaßen enttäuscht.

DDR-Staatssicherheit war größter Unterstützer der RAF-Mörderbande

Die Verteidigung ist einen Schritt weitergekommen. Die Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord könnte abgewendet werden. Schwamm darüber? Die gewaltsame Befreiung von Andreas Baader, bei der ein Justizangestellter schwer verletzt wurde und nach der die erfolgreiche Journalistin Ulrike Meinhof ebenfalls in den Untergrund ging, war die Geburtsstunde der von Gudrun Ensslin so genannten „Rote Armee Fraktion“. Einer durch und durch hoffnungslosen Truppe, am Leben gehalten nur durch zwei bedeutende Kräfte, die danach die Geschehnisse beeinflussten: das linksliberale Meinungskartell in Hamburg sowie das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.

Bei den Medien baute sich eine Schutzzone für die Terroristen auf, die durchaus verwechselt werden konnte mit dem „Volk“, in dem die chinesischen Kommunisten schwimmen sollten „wie der Fisch im Wasser“. Es war aber nicht das Volk, sondern es war die Crème der links-intellektuellen Elite, in der die Kolumnistin und die von ihr mitgebrachten Kumpane untertauchten wie in einer Nährflüssigkeit. Bis dann, sehr viel später, die Stimmung umschlug, die Toten zu viele wurden und Hilfe wie Unterschlupf für die flüchtigen Illegalen oft genug nur noch mit der Waffe in der Hand erzwungen werden konnten – bis alle verhaftet waren.

Es folgt noch eine besonders miese Geschichte. Es ist die Geschichte von einem die Demokratie seit langem hassenden DDR-Agentenchef, dem 1932 schon des Mordes an zwei Berliner Polizeibeamten überführten Genossen Erich Mielke. Er schützte die RAF, und auch Markus Wolf bewunderte die „todesmutigen Genossen“.

Ihre Erklärung wollte Verena Becker unbedingt an einem bestimmten Termin abgeben: dem 14. Mai. Eine vom Gericht angebotene Verschiebung um auch nur einen Tag lehnte sie ab. Es sollte dieser Tag sein. Der 14. Mai ist der 42. Jahrestag der Befreiung von Andreas Baader. Er gilt als die Geburtsstunde der RAF.

Und die Mörder leben noch unter uns.

Klaus Rainer Röhl war verheiratet mit Ulrike Meinhof. 1968 wurde die Ehe geschieden. Im Mai 1970 entstand die sogenannte „Rote Armee Fraktion“, die Röhl von der ersten Stunde an erbittert bekämpfte.

Im Schützengraben radikalisiert

Werke des weitgehend vergessenen Bildhauers Karl Röhrig im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum

Karl Röhrig ist bis heute einer der unbekannten Bildhauer Deutschlands geblieben. Zugleich erkennt die Kunstgeschichte in ihm einen der bedeutendsten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sein sozialkritischer Akzent erinnert an Ernst Barlach und Käthe Kollwitz, von Wahrheit und Menschlichkeit inspiriert. Das Wuppertaler Museum präsentiert noch bis zum 17. Juni – parallel zur großartigen Ausstellung „Der Sturm“ (*PAZ* Nr. 15) – dessen Werke.

Geboren wurde Röhrig am 27. Januar 1886 in Eisfeld/Südthüringen als Sohn eines Weißgerbers und einer Gärtnereiarbeiterin. Die Kleinstadt Eisfeld gehörte damals zum Herzogtum Sachsen-Meiningen. Nach der Lehre in einer Modellier- und Zeichenschule (1900–1903) besuchte der 17-jährige Röhrig die Industrieschule in Sonneberg und die königlich-sächsische Kunstgewerbeakademie in Dresden. 1911 zog er dann nach München, das seine Wahlheimat bis zum Lebensende bleiben sollte.

Röhrig wird im Ersten Weltkrieg Soldat. Er kämpft in Frankreich und Russland. 1915 fällt sein Bruder im Krieg. 1918 beginnt er, Tagebücher zu schreiben, in denen er sich mit seiner persönlichen und auch der politischen Situation auseinandersetzt. „Ich habe vier Jahre lang alles genau sehen gelernt. Ich habe mir vorgenommen, davon auszugehen in meiner Arbeit“, notiert Röhrig nach seinen Erlebnissen an der französischen und russischen Front.

In Wuppertal ist eine kleine Arbeit Röhrigs zu sehen, die er 1917/18 im Schützengraben mit einfachsten Mitteln, wahrscheinlich einem Taschenmesser, aus einer Kalkstein-Platte „schnitzte“. Lesbar eingeritzt: „K. Röhrig, gemacht im Schützengraben Düna 1917“. Die als „Federfuchser“ benannte Skulptur zeigt zwei Männer, die mit Federkielen aufeinander einstechen. Röhrig geht damit auf die Friedensverhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und dem damals gerade sowjetisch gewordenen Russland ein. Sarkastisch-ironisierend zeigt er den Kampf der Diplomaten mit Schreibgeräten – während er und seine Kameraden weiter im Dreck des Schützengrabens an der Düna liegen müssen.

Aus dem Krieg, so der Kunsthistoriker und Direktor des Wuppertaler Von-der-Heydt-Museums, Gerhard Finckh, „kehrte der Künstler radikalisiert und als überzeugter Pazifist und Sozialist zurück“. In seinen Tagebüchern, die Röhrig bis 1942 führte, „wird deutlich, wie sehr es ihm jetzt um eine tief empfundene Humanität und soziale Gerechtigkeit ging“. Der Bildhauer selber resümierte später: „Meine Arbeit ist nicht von der Politik her inspiriert, sondern … ist geleitet vom Gefühl der Wahrheit und Ordnung, da war es natürlich, dass sich auch Gesellschaftskritisches dazugesellt hat.“

Anfang der 1920er Jahre gestaltet Röhrig noch einige Krieger- und Gefallenendenkmäler, modelliert

Motive aus dem Leben der kleinen Leute

Porzellan- und Keramikfiguren und entwirft Tapetenmuster. Sie verschaffen ihm Einnahmen, doch in den Tagebüchern wird die große innere Distanz zu diesen Auftragsarbeiten deutlich.

Ab 1926 überwiegen dann die Werke, die meist die sogenannten „kleinen Leute“ darstellen: Die Holzfigur des „alten Mannes“ (1926), der „Heilige Sebastian“ (1927), die „Bäuerin mit Huhn“ (1928), die „schwangere Frau“ (1930) oder „die Mutter mit Kind“ (1932). Deren Körpersprache zeigt fragende, zweifelnde, niedergedrückte Menschen – wie sie in den Jahren der Weltwirtschaftskrise millionenfach zu sehen waren. Der Künstler drückt mit diesen Werken sein Mitfühlen und seine Parteinahme für benachteiligte Menschen aus. Gerhard Finckh: „Man könnte sagen: Röhrigs Herz schlug für die Entrechteten, Armen, Unterdrückten.“

Röhrig versucht wegen der eigenen wirtschaftlichen Notlage auszuwandern. Er bewirbt sich in den USA, in Afrika und auch in der Sowjetunion um eine Stelle. Die Emigration scheitert allerdings an zu geringen finanziellen Mitteln. In seinen Tagebuchaufzeichnungen – jedes neue Jahr beginnt mit einer Federzeichnung – stellt Röhrig seine eigene Situation als eine Art Gefangenschaft im vergitterten Atelier dar.

Auch für eine Vermählung mit seiner Lebenspartnerin Rosel Scholzenhammer, fand Finckh bei seinen Recherchen heraus, war Röhrig einfach zu arm gewesen.

Doch in diesen wohl schwierigsten Jahren des Künstlers entstanden die wohl bedeutsamsten Werke: drei kleinformatige Holzskulpturen – die „Autofahrt“, der „Sonntagsspaziergang“ und der „Mann von der Winterhilfe“. Die Aussagekraft dieser Werke kann mit der von Otto Dix und George Grosz mithalten, was zugleich den künstlerischen Rang von Röhrigs Arbeiten markiert. „Diese Werke sind nicht nur komisch anzuschauen, sondern an Sarkasmus kaum zu überbieten“, so Finckh. „Röhrig gelingt es hier, der ‚verspießerten‘ Gesellschaft und der verlogenen Moral seiner Zeit einen Spiegel vorzuhalten.“

Besonders die Holzskulptur „Mann von der Winterhilfe“ steht ganz oben in der Wertschätzung des Kunsthistorikers. Deshalb ist diese gerade einmal 38 x 16 x 15 Zentimeter kleine Skulptur als einziges Ausstellungsstück geschützt in einer Vitrine untergebracht. Der „Mann von der Winterhilfe“ ziert sowohl das Ausstellungsplakat auf Litfaßsäulen im Rheinland als auch das Titelbild des Ausstellungsprospektes. Mehrmals weist Finckh auch auf die einzigartige Bedeutung dieses Werkes hin.

Die Skulptur zeigt einen dickbäuchigen Mann, offener Mantel, Melone, Gehstock in der Rechten, mit Zigarre im Mundwinkel – offenbar ein reicher Mann. In der linken Manteltasche steckt eine zusammengefaltete Zeitung – mit erkennbarem Börsenteil. Am Revers prangt ein Abzeichen vom (NS-)Winterhilfswerk: ein Hakenkreuz mit lodernder roter Flamme. Das gleiche Signet, nur etwas größer, steckt an der Melone, und erinnert so an einen Heiligenschein. „Diese kompromisslose Anprangerung der herrschenden Zustände in der Personifizierung des wohlhabenden Bürgers als Parteigänger der Nazis hebt diese Figur heraus aus der großen Masse der Belanglosigkeiten und dem, was das ‚Dritte Reich‘ von den Künstlern verlangte“, interpretiert Finckh. – Röhrigs Dilemma: Er konnte diese Werke nicht öffentlich präsentieren. Hätte er es gewagt – er wäre wohl im KZ gelandet.

1943 wird Röhrig für einen „kriegswichtigen Betrieb“ in Dachau arbeitsverpflichtet. Als bereits 58-Jähriger erhält er 1944 die Einberufung zum regulären Militärdienst – nicht zum Volkssturm. Nach der Gefangenschaft in Frankreich kehrt er im Dezember 1945 nach München zurück und steht vor dem Nichts: Wohnung und Atelier sind zerstört. Das Bildhauer-Schaffen ab 1946 in München bleibt relativ erfolglos, ohne große Anerkennung und ohne große Aufträge. Erst ein Vierteljahrhundert später, 1972, erhält Röhrig mit dem Schwabinger Kunstpreis eine Auszeichnung. Einige Monate später, am 11. August 1972, stirbt der Künstler in München.

Siegfried Schmidtke

Die Ausstellung „Röhrig“ ist noch bis zum 17. Juni im Von-der-Heydt-Museum zu sehen, Turmhof 8, 42103 Wuppertal-Elberfeld, Telefon (0202) 563-6231.

Das wohl bekannteste Werk Röhrigs: „Der Mann von der Winterhilfe“ (1933) – der Börsenspekulant, der sich mit einem Obulus für das Winterhilfswerk einen Heiligenschein erkauft

Bild: Von-der-Heydt-Museum

»Abriss durch nichts zu rechtfertigen«

Debatte um verfallenes deutsches Kriegerdenkmal von Sedan

Die neu entbrannte Diskussion um den Abriss oder Erhalt des deutschen Kriegerdenkmals auf dem Friedhof Saint Charles von Sedan im Département Ardennes scheint hierzulande kaum jemanden zu interessieren. Lebhaftes Interesse findet dieses Thema hingegen bei unserem Nachbarn Frankreich, wo ganz offen in Zeitungen und Gazetten über das Monument berichtet wird und dann von den Lesern Kommentare abgegeben werden. Hier zeigt sich, dass sich jene Stimmen mehren, die den Abriss des Monuments unbedingt verhindern wollen.

Bei den Freunden des Monuments handelt es sich in erster Linie um französische und deutsche Historiker, darunter Professor Nicolas Offenstadt von der Universität Paris, der im Erhalt des Monuments einen unveräußerlichen Wert erkennt. Da sein Fachgebiet der Erste Weltkrieg ist, betrachtet Offenstadt „dieses Denkmal als ein bedeutendes Erbe des Großen Krieges, dessen Abriss durch absolut nichts zu rechtfertigen ist“. Der von ihm initiierte offene Brief an den Bürgermeister von Sedan, in welchem er und seine Mitstreiter für den Erhalt des Denkmals werben, blieb bislang unbeantwortet.

Auf die Ankündigung durch den Präfekten der Region, das zunehmend baufällige Monument abreißen zu lassen, weil sich immer mehr Steine aus dem Gemäuer lösten und es somit eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellte, ging ein Brief beim Bürgermeister von Sedan ein, in dem die Verwaltungsorgane aufgefordert werden, diese nicht nachvollziehbare Entscheidung, die jeglicher Grundlage entbehre, noch einmal zu überdenken, denn – Zitat: „Die Architektur des Monuments, das den Zeitgeist jener Epoche spiegelt, stellt einen historischen Wert dar. Eine Möglichkeit wäre, diese große Anlage in eine Erinnerungs- und Begegnungsstätte – umzuwandeln.“

Ein weiteres Argument, das für den Erhalt des Denkmals spricht, ist die Einzigartigkeit seiner Architektur und des Baumaterials. Bei der Konstruktion dieses 1915 von deutschen Truppen errichteten, einem antiken Tempel ähnlichen Monuments verwendet, das auf vier Säulen ruht, 9,3 Meter lang und 5,35 Meter tief ist, wurde erstmals Stahlbeton verwendet. Übrigens – die Netzseite der Stadt Sedan weist stolz auf das Kriegerdenkmal als historische Sehenswürdigkeit hin.

Während der Diskussion über das Denkmal gleiten die Historiker in geopolitische Sphären ab. Sie stellen den beabsichtigten Abriss in den Kontext des Jahrhundertgedenkens, das anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des „Großen Krieges“ im Jahre 2014 stattfinden wird. Dieses historische Datum ist nach ihrer Auffassung nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern für ganz Europa und den Rest der Welt von großer Symbolkraft. Zitat: „Man kann sich eigentlich nicht vorstellen, dass Frankreich ein so bedeutendes deutsches Kulturerbe abreißen lassen will, anstatt es der Nachwelt zu erhalten.“ Hinzu käme, dass der Erhalt des Monuments schon wegen des lebhaften Interesses eines Großteils der Bevölkerung am Ersten Weltkrieg mehr als berechtigt erscheine. Diese These wird durch unzählige Aktivitäten bekräftigt, die sich um die Jahrhundertkatastrophe von 1914/18 ranken.



„Heilig die Stätte, die Ihr durch blutige Opfer geweiht habt! / Dreimal heilig für uns durch das Opfer des Danks“: Vergangene Trauerkultur auf dem Friedhof in Sedan – die Inschrift im Fries wie das ganze Denkmal ist heute zerbröckelt. Bild: Archiv

All diese Argumente für den Erhalt des Denkmals scheinen allerdings bei der Stadtverwaltung von Sedan auf taube Ohren zu stoßen. Ein enger Mitarbeiter des Bürgermeisters von Sedan, Jean-Claude Cosse, beruft sich auf ein Dossier, das Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts angelegt wurde und aus dem das Desinteresse der deutschen Behörden an dem Erhalt des Monuments deutlich hervorgeht. Letztlich, so Jean-Claude Cosse, habe auch dieses mangelnde Engagement von deutscher Seite zu der Entscheidung geführt, es abzureißen. Auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge fühlt sich für das Denkmal nicht zuständig, weil der Soldatenfriedhof von den Franzosen bereits vor langer Zeit aufgelöst wurde.

Schließlich sei noch angemerkt, dass der Abriss des Denkmals mit einer Summe von 11 800 Euro beziffert wird, während die Stabilisierung der Bausubstanz 18 787 Euro kosten würde. An Mehrkosten von knapp 7000 Euro soll also der Erhalt eines einzigartigen Kulturerbes scheitern. Eine Farce!

Uta Buhr

IN KÜRZE

Wim Wenders als Fotograf

Wim Wenders hat sich einen Namen als Regisseur von zahlreichen preisgekrönten Filmen gemacht und ist ein international renommierter Fotograf und Künstler. Auf der Suche nach Drehorten für seine Filme und auf verschiedenen Reisen hat er weltweit ungewöhnliche Landschaften und Orte fotografiert. 60 von diesen meist großformatigen Fotografien werden jetzt in der Ausstellung „Places, strange and quiet“ in der Sammlung Falckenberg in Hamburg-Harburg gezeigt.

Auf seinen Fotos dokumentiert er ungewöhnliche, meist verlassene Orte und bewahrt sie damit davor, in Vergessenheit zu geraten. Mit seinem Auge für Details zeigt er die Vergänglichkeit, aber auch die Zwiespältigkeit und den Surrealismus, die sich vor seiner Kameralinse ausbreiten. Der Besucher betrachtet die Fotos und versucht sich eine Vorstellung davon zu machen, was Wenders an diesem Ort empfunden hat. Zu den Fotos gibt es noch kurze Texte von ihm, die, wie eine Stimme aus einer anderen Welt, die Aufnahmen kommentieren.

Ein Riesenrad, vor der Steppe Armeniens, mit nur noch wenigen Gondeln daran, dem Zerfall preisgegeben. Man spürt die Einsamkeit und fragt sich, wo je die Menschen herkamen, die mit diesem Riesenrad gefahren sind. Die Antwort kommt mit dem nächsten Foto, aufgenommen von der Rückseite. Durch die Speichen des Riesenrades fotografiert, erkennt man die verlassenen Überreste einer armenischen Garnisonsstadt. Wenders kommentiert das Bild: „Der Wind bewegte das große Rad ganz sanft, so dass es langsam vor sich hin quietschte. Das Echo, das ich mir dazu vorstellte: Kirmesmusik, Stimmengewirr und gelegentlich ein sorgloses Lachen.“



Foto: Wenders Images

Wim Wenders: Ferris Wheel

Wenders zeigt Fotos von verlassenen Hinterhöfen in Moskau mit einem Bild von einem röhrenden Hirschen, Überreste der russischen Besatzung in der DDR, Abrissruinen vom Palast der Republik, Wandmalereien in einem Wuppertaler Bahntunnel und verlassene Geschäfte in Mitteldeutschland als Spuren vergangener Zeiten.

Bei den Naturaufnahmen lenkt er die Aufmerksamkeit auf ungewöhnliche Details, wie auf ein neongrünes seltsames Kraut, das auf einem Hochhaus in Brasilien wächst, auf Ayers Rock in Australien aus dem Blickwinkel eines Hundes fotografiert oder das armenische Alphabet als Skulptur in der Steppe. Aber auch die technischen Hinterlassenschaften der Menschheit, wie ein australischer Autofriedhof, eine verlassene U-Boot-Werft in Japan oder eine leuchtend rote Bank vor einem Kriegsschiff ziehen den Betrachter in ihren Bann.

Wenders gelingt es mit seinen melancholischen Fotografien und poetischen Texten ein ganz großes Kopfkino zu entfalten und die Aufnahmen damit zum Leben zu erwecken. Eine ungemein faszinierende Ausstellung, die im Rahmen von Führungen noch bis zum 19. August besucht werden kann.

Britta Heitmann

Sammlung Falckenberg, Phoenix-Fabrikhallen, Wilstorfer Straße 71, Tor 2, 21073 Hamburg, Telefon (040) 32506762.

Beneschs kaltblütiger Coup

Vor 70 Jahren fiel Reinhard Heydrich in Prag einem tödlichen Attentat zum Opfer

„Nicht die Deutschen, sondern die Tschechen selber, konkret Masaryk und Benesch in London, sind für die schrecklichen Gräueltaten verantwortlich, die im Verlauf der Heydrichiade an unserem Volk begangen wurden.“ (Jana Hanuskova, tschechische Journalistin)

Die Vorgeschichte des gewaltsamen Endes des Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und maßgeblich verantwortlich für die Durchführung der Judenvernichtung, begann auf deutscher Seite mit dessen Ernennung zum stellvertretenden Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Offiziell war Heydrich zwar nur Stellvertreter, aber da der Reichsprotektor, Konstantin von Neurath, ab dem September 1941 beurlaubt war, führte er die Geschäfte. In sein neues Amt führte er sich mit drakonischen Maßnahmen gegen die „lachenden Bestien“, wie er die Tschechen nannte, ein, bekundete in seiner Antrittsrede vom 2. Oktober 1941 auch, „Tschechen haben in diesem Raum eigentlich nichts zu suchen“. Später wollte er sie „eindeutschen“ oder einer „Sonderbehandlung“ unterziehen, aber vorerst galt das Prinzip: „Weniger dulden und weniger reizen.“ Dessen konkrete Bedeutung erläuterte der Prager Militärhistoriker Eduard Stehlík: „Es ging ihm auch darum, dass das Protektorat als Vorratskammer des Reichs arbeitete. Er führte eine ganze Reihe sozialer Verbesserungen für tschechische Arbeiter ein. Die Arbeiterschaft wurde ruhig gestellt, die Londoner Exilregierung musste glauben, dass alle Tschechen mehr oder minder zufrieden sind.“

Wenn die Westalliierten auch so angefangen hätten zu denken, wäre die Londoner Exilregierung unter Edward Benesch erledigt gewesen. Diesem drohenden Gesichtsverlust wollte sie mit der „Aktion Anthropoid“ zuvorkommen, dem Anschlag auf Heydrich. Michal Burian vom Prager Armeemuseum verweist auf ein weiteres Motiv der Exilregierung: „Bis zum Attentat auf Heydrich galt das Münchner Abkommen noch. Franzosen und Engländer sahen es als gültigen Staatsvertrag aus der Vorkriegszeit an. Zeitgleich zur Vorbereitung des Attentats liefen Versuche, das Abkommen für ungültig zu erklären. Dazu musste Präsident Benesch den Westalliierten beweisen, wie bedeutsam der Widerstand im Protektorat war. Dieser Beweis war das Attentat, das dann dazu führte, dass das Münchner Abkommen für null und nichtig erklärt wurde.“ Vergeblich hatte der Widerstand daheim aus Angst vor verheerenden Folgen davor gewarnt.

Mit größtem Aufwand wurde die Aktion vorbereitet, die sich dann als unglaubliche Stümperei erwies: Die über dem Protektorat per Fallschirm abgesetzten tschechischen Agenten verirrten sich, als sie Heydrich endlich im Visier hatten, versagten ihre Waffen, im letzten Moment warfen sie eine Handgranate in den Wagen des SS-Obergruppenführers, die diesen so verletzte, dass er am 4. Juni verschied. Selbst bei Deutschen war die Trauer gering, denn Heydrich hatte sich bei Partei, SA und Bevölkerung rasch unbeliebt gemacht.



Vor und nach dem Attentat: Reinhard Heydrich (Mitte) mit seinem Mercedes, den die Granate stark beschädigte (kleines Foto) Bilder (2): pa

Dennoch setzten die Protektoratsbehörden eine Belohnung von zehn Millionen Kronen (600 000 US-Dollar) für die Ergreifung der Täter aus, die tschechische Protektoratsregierung legte dieselbe Summe dazu, um deutsche Repressalien zu mildern. Die Attentäter wurden binnen kurzem vollständig liquidiert, verraten von Karel Curda, einem von ihnen. Hinzu kam der Terror der „Heydrichiade“ – bis 1. September wurden 3188 Personen verhaftet, 1357 hingerichtet und die Dörfer Lezáky und Lidice wurden mit allen Häusern und der gesamten männlichen Bevölkerung niedergemacht.

Nach dem Anschlag, der Tötung der Täter und den Vergeltungsaktionen kehrte im Protektorat der Alltag zurück. Hiervon zeugen großartige Publikationen, wie Jan Drabeks Roman „Ohrenzeuge im Protektorat“ aus dem Jahre 2001 oder die Forschungen des 1978 geborenen Historikers Petr Koura, einem Mitarbeiter am Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, der ohne Pathos oder Selbstmitleid formuliert: „Obwohl das Protektorat eine ziemlich blutige und schwere Periode war, ging das Leben weiter. Die Leute genossen Kultur, trieben Sport, es gab sportliche Wettbewerbe, Theatervorstellungen fanden statt, Filme wurden gedreht. Erinnern wir uns doch, dass manche Filme aus dem goldenen Fundus der tschechischen Kinomatografie im Protektorat gedreht worden waren.“ Selbst der Volkswitz lebte: Aus Protektorat wurde „Protentokrat“ (für diesmal noch), Böhmen und Mähren sprach man „berem a vemem“ (ich nehme und stehle) aus.

Die Tschechen des Protektorats unterlagen keiner Wehrpflicht, ihr Land befand sich außerhalb der Reichweite alliierter Bomber – es gab kaum direkte Kriegsschäden. Vor deutschen Drangsalen wie der Verschickung zur Arbeit im Reich schützten Tschechen sich, indem sie früher heirateten und Kinder bekamen. Dadurch stieg die Bevölkerungszahl bis Kriegsende deutlich an. Man überlebte eben, sagt Petr Koura: „Wenn jemand fragt, wie das Leben im Protektorat war, dann fällt mir natürlich zuerst das Zuteilungssystem per Lebensmittelkarten ein, an das sich wohl alle Zeitgenossen erinnern. Die Nazis wollten die Wirtschaft regulieren, damit sie möglichst nahtlos ins Kriegssystem passte. Leute mit Verwandten auf dem Land fuhren oft zu ihnen, um ihre Nahrungsmittelvorräte aufzubessern.“

Was blieb? An der orthodoxen Kirche in der Prager Resslova-Gasse kündet eine Tafel in würdevoller Schlichtheit, dass am 18. Juni 1942 die letzten sieben Attentäter in der Krypta zu Tode kamen. Seit Mai 2009 steht am Ort des Anschlags ein Denkmal von erschlagender Scheußlichkeit: Auf einem zehn Meter hohen Block tanzen drei Soldatenfiguren Ringelreihe, darunter die Inschrift, dass dies der Ort „der größten Tat des europäischen Widerstands“ sei, eben der „nationalen Rache“ an Heydrich, denn „Patrioten vergessen nicht, im Unterschied zu tschechischen Politikern“. *Wolf Oschlies*

Akademische Weihen für ein »Provinzblatt«

Alfred Kerrs Plauderbriefe, die »Königsberger Allgemeine« und die verschollene Presse des deutschen Ostens

Dies academicus 2012 in München – ein großer Tag für Königsberg. Denn das Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilian-Universität (LMU), die Arbeitsgemeinschaft für ost- und westpreußische Landeskunde sowie das Ost- und Westpreußeninstitut stellten den Festtag unter das Thema „Alfred Kerrs Berliner Plauderbriefe, die ‚Königsberger Allgemeine Zeitung‘ und die verschollene Presse des deutschen Ostens“.

Alfred Kerr gilt als bedeutendster deutschsprachiger Theaterkritiker des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Was er mit der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ zu tun haben soll, erhellt sich dem breiteren Publikum zunächst nicht. Kerr lebte und arbeitete natürlich da, wo zu jener Zeit das kulturelle und publizistische Herz Deutschlands schlug – in Berlin. Sein Forum war die Hauptstadtpresse.

Aber Kerr war eben nicht nur Theaterkritiker und Schriftsteller. Er war auch aufmerksamer, kritischer und bisweilen unbequemer Beobachter und Kommentator von Politik und Gesellschaft. Dafür wählte er, seinem Naturell entsprechend, ein Stilmittel, das in jenen noch SMS- und facebookfreien Zeiten probat war – er schrieb Briefe. Offene Briefe, würde man heute sagen, Plauderbriefe nannte er selber sie.

Auch in der Hauptstadt wurde die Zeitung aus der Peripherie aufmerksam gelesen

Im lockeren Plauderton, meist witzig und manchmal auch beißend ironisch, immer aber auf höchstem sprachlichem Niveau, erzählte er Woche für Woche den Adressaten fern an der Peripherie, was sich im Zentrum des Reichs so alles zutrug. Dass er dafür ausgerechnet die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ erkor, mag aus heutiger Sicht verwundern. In Wahrheit aber war diese Regionalzeitung auch in der Hauptstadt hochangesehen, wurde aufmerksam gelesen und genoss eine Wertschätzung, die leider längst in Vergessenheit geraten ist. So darf man vermuten, dass Kerr eben doch nicht nur für ostpreußische, sondern vor allem für Berliner Leser schrieb.

Insgesamt 22 Jahre lang, von 1900 bis 1922, erschienen seine Berliner Plauderbriefe in der Pregel-Metropole. Leider sind infolge des Zweiten Weltkriegs keine vollständigen Archive mehr vorhanden. Über die Mühsal, wenigstens einzelne dieser Texte aufzutreiben, berichtete auf dem Münchner dies academicus die Londoner Literaturwissenschaftlerin Deborah Vietor-Engländer, die zurzeit an einer wissenschaftlichen Edition der Werke Kerrs arbeitet. In Königsberg selbst, so berichtete sie, ist nichts mehr vorhanden. Auf russischer Seite scheint auch kein Interesse am Thema deutsche Presse zu bestehen.

Anders in Polen: Vor allem die Universität Thorn [Torun] zeigt sich durchaus kooperativ, allerdings auch sehr geschäftstüchtig: Kopien historischer Zeitungsausgaben lässt man sich gut bezahlen.

Die Forscherin aus London präsentierte den in München versammelten Akademikern einige geradezu köstliche Fundstücke, zum Beispiel einen Plauderbrief, in dem Alfred Kerr Seine Majestät den Kaiser als einen der bedeutendsten Jäger der Neuzeit vorstellt – eine perfekte Satire, in der reihenweise Majestätsbeleidigungen so genial verpackt sind, dass die nicht zimperliche preußische Zensur sich außer Stande sieht, den Autor zu belangen.

Alfred Kerrs Majestätsbeleidigungen waren zu genial für die Berliner Zensur

Höchst bemerkenswert auch Kerrs Plauderbrief zum Kriegsausbruch 1914. Emotionslos beschreibt er die Stimmung auf Berlins Straßen nach der Generalmobilmachung, ohne selbst Stimmung machen zu wollen. Auch wegen dieses Textes wird Kerr später von Karl Kraus als Nationalist und Kriegstreiber verunglimpft.

Dass der große Essayist und Journalist Alfred Kerr über zwei Jahrzehnte lang regelmäßig für die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ schrieb, ist nicht das einzige Indiz für die weit überregionale Bedeutung des Blattes. Die von 1875 bis 1945 andauernde Geschichte dieser Regionalzeitung zeigte der Zeitungswissenschaftler Heinz Starkula, seit kurzem Vorsitzender der AG für ost- und westpreußische Landeskunde der LMU München, auf dem dies academicus auf. Ergänzt wurde dieser Beitrag von Gerd Hagelweide, der über „Ostpreußische Zeitungsbestände heute – vernichtet, verschollen, gerettet“ sprach.

Nicht unerwähnt blieb auf der Veranstaltung, dass eine gewisse Kontinuität von der „Königsberger“ zur „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ auch personell gewahrt wird: Ruth Geede, die immer noch Woche für Woche ihre Kolumne in der *PAZ* schreibt, hat ihren ersten Text 1934 – vor sensationellen 78 Jahren! – in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht.

Hans-Jürgen Mahlitz

Fichte-Briefmarke

Das Bundesfinanzministerium ehrt mit der Sonderbriefmarke „250. Geburtstag Johann Gottlieb Fichte“ den am 19. Mai 1762 in Rammenau bei Bischofswerda geborenen deutschen Erzieher und Philosophen. Die Briefmarke hat einen Wert von 70 Cent, wurde in einer Auflage von 6,8 Millionen Stück gedruckt und ist seit dem 2. Mai in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Hartmut Koschyk, stellte die Briefmarke am Morgen des 18. Mai im Barockschloss Rammenau der Öffentlichkeit vor. In seiner Rede würdigte der Politiker nach dem Geehrten auch das Sonderpostwertzeichen und seinen Gestalter:

„Dem Streben nach wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit philosophischen Fragen und Anschauungen seiner Zeit ist auch das Motiv der Briefmarke ge-



Sonderbriefmarke Bild: Archiv

widmet. Es zeigt ein Portrait von Johann Gottlieb Fichte und gibt eines seiner berühmten Zitate wider: ‚Die Wissenschaft hebt allen Glauben auf und verwandelt ihn in Schauen.‘ So wird auf kleinstem Raum sichtbar, wie die Person Fichte als Mensch aussah und es wird darüber hinaus auch sehr deutlich, wofür Fichtes Lehre stand und was er mit seinem Wirken bezweckte. Ich finde es außerordentlich gelungen, ein sehr komplexes Thema und eine vielschichtige Persönlichkeit verständlich und grafisch ausgezeichnet auf einer Briefmarke abzubilden. Der ausgewählte Entwurf für diese Briefmarke stammt von Matthias Wittig aus Berlin. Herr Wittig ist als Briefmarkengestalter ein Neuling und hat es gleich in einem seiner ersten Wettbewerbe geschafft, sich mit seinem Gestaltungsvorschlag gegen zirka 30 andere Entwürfe durchzusetzen.“

PAZ

Rotspanischer Angriff

Als der deutsche Panzerkreuzer „Deutschland“ vor 75 Jahren im Auftrag der internationalen Gemeinschaft auf Friedensmission auf der Reede vor Ibiza lag, wurde er am 29. Mai 1937 völkerrechtswidrig von Kampfflugzeugen Rotspaniens angegriffen. Der Bombenangriff forderte auf deutscher Seite 31 Tote und 75 Verwundete. Die toten Deutschen fanden ihre letzte Ruhestätte auf dem Ehrenfriedhof der Marine in Wilhelmshaven, wo bis heute ein Ehrenmal an sie erinnert. Die Reaktion des Deutschen Reiches auf diesen Angriff bestand darin, dass das Panzerschiff „Admiral Scheer“ den Auftrag erhielt, den rotspanischen Flottenstützpunkt Almería unter Feuer zu nehmen. Das Ziel, dabei die rotspanische „Jaime I.“ zu treffen, wurde verfehlt. Das Schlachtschiff hatte bereits einen Tag vor dem deutschen Gegenschlag vom 31. Mai den Hafen verlassen. Im Frühnebel kam es stattdessen zu beachtlichen Kollateralschäden. Allerdings kostete der deutsche Angriff weniger Menschenleben als der vorausgegangene rotspanische. *M.R.*

Ein neues Verständnis von Macht und Pflicht

Vor 272 Jahren begann die Regentschaft des Herrschers, der sich als erster Diener seines Staates bezeichnete

Die Erwartungen, sie erwiesen sich allesamt als falsch. Friedrich II. war 28 Jahre alt, als sein Vater vor 272 Jahren, am 31. Mai 1740, starb. Wie würde der Sohn das Erbe antreten? Seine Vorlieben für Kunst und Wissenschaft waren bekannt. Würden nun die Musenfreunde den Ton bei Hofe angeben? Würde gar, wie man in Paris munkelte, Voltaire Premierminister in Berlin werden? Nichts von alledem. Es kam alles ganz anders. Vor allem: Friedrich regierte anders als die absolutistischen Herrscher auf den Thronen Europas. Mit Friedrich II. begann ein neues Verständnis von Macht und Pflicht.

Als der Vater Friedrich Wilhelm I. sich auf sein erwartetes Sterben vorbereitete, wusste er sein Haus wohl bestellt. „Mir liegt nicht mehr viel am Leben“, sagte er drei Wochen vor seinem Tod, „da ich einen Sohn hinterlasse, der alle Fähigkeiten zu einem guten Regenten besitzt. Vor fünf Jahren hätte ich das nicht gesagt, er war damals noch zu jung. Doch Gott sei Dank hat er sich geändert, und ich bin mit ihm zufrieden. Er hat mir versprochen, dass er die Armee beibehalten wird, und ich bin sicher, dass er sein Versprechen erfüllen wird. Ich weiß, dass er die Truppe liebt, er hat Verstand und alles wird sehr gut gehen.“

Zwei Tage vor seinem Tod rief der König aus: „Mein Gott, ich sterbe zufrieden, da ich einen so würdigen Sohn und Nachfolger gefunden habe.“

Am 31. Mai 1740 um ein Uhr in der Nacht ließ der König einen Priester holen, später den Kronprinzen, Minister, Generäle und Hauptleute seines Regiments. Vor ihnen entsagte er dem Thron und übergab die Herrschaft seinem Sohn.

Fritz der König war ein anderer als Fritz der Kronprinz. Seine unmittelbare Umgebung, die Freunde aus der Rheinsberger Zeit, die Bürger Preußens und die Nachbarn rundum sollten sehr bald erfahren, was Friedrich gemeint hatte, als er einen vorlauten General tadelte: „Mein Herr, jetzt bin ich der König!“ Er sorgte rasch dafür, dass ein solcher Verweis künftig nicht mehr notwendig sein würde.

Viele setzten – vergebliche – persönliche Hoffnungen in den Wechsel auf dem Thron. Andere fürchteten um ihren Einfluss. Zu ihnen gehörte Herzog Leopold von Anhalt-Dessau, bekannt als der „Alte Dessauer“. Er gehörte zu den einflussreichsten Ratgebern des Vaters und vertrat die österreichische Partei bei Hofe. Noch in der Nacht des Todes Friedrich Wilhelms hatte er den Thronfolger inständig gebeten, ihm Amt und Autorität zu lassen.

Die Antwort Friedrichs war unmissverständlich: „Ich bin König geworden; meine Absicht ist, dies Amt auszuüben und der einzige zu sein, der Autorität hat.“

Über Aufgaben, Rechte und Pflichten hatte der Kronprinz gründlich nachgedacht. Ein Jahr bevor er das Erbe seines Vaters antrat, begann er mit der Niederschrift seiner „Réfutation du prince de Machiavel“, die „Widerlegung des Fürsten Machiavelli“, allgemein bekannt als „Antimachiavell“.

Darin stellt er dem keiner Moral verpflichteten absoluten Herrscher den Souverän gegenüber, der „le premier domestique“, der „erste Diener“ ist: „Der Herrscher ist alles andere als der absolute Herr der Völker, die seiner Herrschaft unterworfen sind; er ist lediglich ihr erster Diener.“

Nicht alles, was der Kronprinz in jugendfrischem Gerechtigkeitssinn formulierte, setzte der König später auch um. Aber als „Erster Diener seines Staates“ sah sich Friedrich vom ersten bis zum letzten Tag seiner Regierung. Als Diener seines Staates hat er sich geschunden und nichts geschenkt, sei es als erster Soldat im Felde oder als erster Baumeister des ramponierten Preußens nach dem Siebenjährigen Krieg.

Aus dem Feld schrieb er im November 1760: „Ich schwöre Ihnen, es ist ein Hundeleben. Kein Mensch außer mir und Don Quixote hat so gelebt. Diese unaufhörlichen Geschäfte, diese stete Unruhe haben mich so alt gemacht, dass Sie Mühe haben werden, mich wiederzuerkennen. Auf der rechten Seite sind mir die Haare völlig grau geworden, meine Zähne werden mürbe und fallen aus. Mein Gesicht ist so voll von Runzeln wie ein Frauenkleid von Falten, der Rücken krumm wie ein Fiedelbogen, und mein Inneres so traurig und niedergeschlagen wie die Seele eines Trappisten ...“



Äußeres Zeichen einer inneren Einstellung: Der Alte Fritz in seiner schmucklosen Uniform *Bild: pa*

Seine späten Auftritte in einer schäbigen, vielfach geflickten Uniform verfehlten ihre Wirkung bei der Bevölkerung nicht und waren gewiss auch Teil einer Inszenierung, vor allem aber waren sie äußeres Zeichen einer inneren Einstellung. Mit seiner Feststellung, der Herrscher habe „keinerlei Recht über die Denkart der Bürger“ zu verfügen, stand Friedrich zu seiner Zeit noch ziemlich allein. Die Herrscher um ihn herum betrachteten ihre Stellung als von Gott gegeben und leiteten aus diesem Gottesgnadentum ihr Recht zum Absolutismus ab, niemandem als Gott und dem eigenen Gewissen verantwortlich. Dagegen befand Friedrich: „Die wahrhaft monarchische Regierung ist die schlimmste oder die beste von allen – je nachdem, wie sie gehandhabt wird.“ Demnach gab es noch eine andere Verantwortung als die gegenüber Gott und dem eigenen Gewissen. In der Nachbetrachtung gilt Friedrich heute als Paradebeispiel für den „aufgeklärten Absolutismus“, in dem der Herrscher nicht mehr als allein von Gott eingesetzt gilt, nicht über jedem Gesetz steht, sondern selbst der Staatsordnung und dem Allgemeinwohl verpflichtet ist.

Die großen Reformen, welche die Regierungszeit Friedrichs II. kennzeichnen, haben ihre Wurzeln in diesem Denken. Ein Schwerpunkt war die weitreichende Reform des Justizwesens. Vier Wochen nach Übernahme des Amtes schaffte der König die Folter ab, wurde die Anwendung der Todesstrafe beschränkt. Das Verhältnis zwischen Verbrechen und Strafe wurde neu geordnet. Während der gesamten Regierungszeit war das Justizwesen eine Baustelle, die erst nach seinem Tod mit der Veröffentlichung des „Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten“ geschlossen wurde. Damit wurde der Grundstein zur allgemeinen Rechtstaatlichkeit gelegt, die Willkür des Herrschers aufgehoben. Die Gesetze waren nun für alle gleich.

Der junge König zeigte eine bis dahin unbekannte Toleranz. Die Freimaurer wurden öffentlich zugelassen. Auf einen Vermerk, der sich gegen katholische Schulen aussprach, notierte der König ablehnend: „Die Religionen Müsen alle Tolleriret werden ... den hier mus ein jeder nach Seine Fasson Selich werden.“ Der Grundsatz, nachdem der Herrscher bestimmte, was die Bürger zu glauben haben und welcher Konfession sie angehörten, war damit aufgehoben.

Zu den ersten großen Veränderungen gehörte die Aufhebung der Zensur, eine freie Meinungsäußerung war möglich. Die Leibeigenschaft, die Erbuntertänigkeit, wurde eingeschränkt. Die vollständige Abschaffung scheiterte vor allem am Widerstand des Landesadels in Pommern. Friedrich II. selbst nannte die Erbuntertänigkeit eine „widerwärtige Einrichtung“.

Zeichen des geänderten Menschenbildes war schließlich auch die Einführung einer allgemeinen Schulpflicht. Allerdings in Maßen, denn Friedrich war der Auffassung, seine Landeskinder sollten zwar Lesen und Schreiben lernen, jedoch „nicht zu viel wissen“.

Klaus J. Groth

Symbiose aus Kunst und Handwerk

In der Spandauer Schlossbauhütte werden die Zierelemente für die Fassade des Berliner Schlosses gefertigt

Mehr als 3000 Zierelemente schmückten einst die barocke Fassade des Berliner Schlosses. Keine Massenware, sondern von Bildhauern geschaffene individuelle Kunstwerke. Mit der sinnlosen Sprengung der Hohenzollernresidenz durch die kommunistischen Machthaber im Jahre 1950 gingen sie fast ausnahmslos unwiederbringlich verloren. In der Schlossbauhütte in Berlin-Spandau sollen sie jetzt in aufwändiger Handarbeit wiederentstehen.



Keine Massenware: Adler für die Schlossfassade *Bild: Jacobs*

Das im Wesentlichen bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts fertiggestellte Berliner Stadtschloss gehörte zu den architektonisch und kunsthistorisch bedeutendsten europäischen Barockbauten. Bei seiner Zerstörung vor 62 Jahren wurde das Gebäude in kleinste Stücke zerschlagen. Sein Trümmerberg mit einem Volumen von rund 100 000 Tonnen enthielt überwiegend Ziegelschutt, der für den Wohnungsbau verwertet wurde. Der heute so wertvolle bearbeitete Sandstein der Fassade wurde dagegen achtlos in zwei großen Trümmerdeponien entsorgt. Für den Schlossbau wiederverwendungsfähiges Material ist nicht erhalten geblieben. Somit bleiben nur Nachfertigungen, um dem Neubau die historische Fassade zu geben.

Natürlich könnten immer wiederkehrende Details der Fassade industriell in Zementguss oder aus anderen Materialien hergestellt werden. Dieser Gedanke wurde jedoch verworfen, da dann alle Teile völlig identisch wären. Gerade die Abweichungen in der Arbeit der verschiedenen Handwerker und Künstler machten jedoch einen nicht unbedeutenden Teil des Reizes und der Schönheit des Schlosses aus, die es bei dessen Neuschöpfung wiederherzustellen gilt.

Die Rekonstruktion des Schlosses ist in ihrer Größe und Qualität ohne Beispiel. Wie so oft liegt auch hier die Herausforderung im Detail. Originale Vorlagen, an denen sich Künstler und Handwerker bei der Rekonstruktion der Schlossfassade orientieren könnten, gibt es so gut wie nicht. Daher musste zunächst einmal das erarbeitet werden, was vor Jahrhunderten entwickelt wurde, um es wiederherstellen zu können. Hierzu waren Recherchen in 50 Archiven und Sammlungen sowie die Auswertung unzähliger Pläne, Zeichnungen und Fotos notwendig. Die Analyse der Quellen war eine weitere wichtige und äußerst zeitaufwändige Leistung. So wurden beispielsweise in Fotografien die Schattenwürfe an der Fassade berechnet, um Tiefen von Vor- oder Rücksprüngen zu bestimmen. Die so gewonnenen Erkenntnisse wurden mit erhaltenen Unterlagen und Fragmenten abgeglichen oder anhand der Architekturdaten vergleichbarer Bauten verifiziert.

Die genauen Maße, Formen und Schnitte können Bildhauer und Steinmetze jedoch nur von einem Modell in Originalgröße nehmen. Dazu wird von jedem der rund 300 Zierelementtypen, sei es nun ein Adler, eine Krone, ein Wappen, ein Löwenkopf, eine Symbolfigur oder eine Blättergirlande, auf der Grundlage des grafischen Materials und der Berechnungen ein Tonmodell angefertigt. Da Ton mit der Zeit schrumpft, wird davon ein Silikonabdruck genommen. Dieser Abdruck ist jedoch instabil, weshalb er in ein Holzgestell gespannt und mit Gips ausgefüllt wird. Diese Gipsmodelle wiederum dienen schließlich als Vorlagen für die später in Sandstein gemeißelten Figuren und Ornamente. Das alles geschieht in aufwändiger Handarbeit und in unzähligen Einzelschritten. Eine vieltausendfache Arbeit, bei der nicht in Tagen und Wochen, sondern in Monaten und Jahren gerechnet wird.

Jedes Stück entsteht nach alter Vorlage originalgetreu und individuell

Herzstück dieser Symbiose aus Architektur, Denkmalschutz, Kunst und Handwerk ist die von der Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum gegründete Schlossbauhütte. Sie steht in der Tradition der mittelalterlichen Dombauhütten. In diesen Werkstattverbunden arbeiteten Handwerker und Künstler unter Leitung des Dombaumeisters am Bau der Kathedrale. Doch während die historischen Vorbilder in unmittelbarer Nähe der Baustelle eingerichtet wurden, musste sich die Schlossbauhütte ein Domizil weit entfernt vom Schlossplatz in der Stadtmitte suchen, wo Lärm und Staub gestört hätten. Die von den britischen Streitkräften 1994 geräumten „Alexander Barracks“, einst eine preußische Kaserne aus der Kaiserzeit, die als Gesamtanlage als Kulturdenkmal gelten, bieten dafür ideale Voraussetzungen. Der Bund, seit dem Abzug der Briten Eigentümer der Liegenschaft am Spandauer Askanierring, stellte der Schlossbauhütte eine große, erst in den 1980er Jahren errichtete Lastkraftwagen-Wartungshalle und Nebenräume zur Verfügung. Die Halle kann auch mit schweren Fahrzeugen befahren werden und große Lagerlasten tragen.

Hier arbeiten Bildhauer, Formenbauer und Steinmetze an den Modellen und Prototypen. Außerdem haben sie einen Ausschnitt der Fassade gebaut, der seit kurzem am zukünftigen Standort des Schlosses zu besichtigen ist. Die Schlossbauhütte ist jedoch nicht nur Werkstatt, sondern auch Magazin. Kein noch so schönes Replikat kann die Betrachtung eines Originals ersetzen, fehlen ihm doch die künstlich nicht zu erzeugende Patina und die Spuren, die nur die Zeitläufte hinterlassen können. Deshalb werden in der Halle einige Originalelemente und Hunderte von Fragmenten der Schlossfassade verwahrt, die auf Deponien und an anderen Orten geborgen werden konnten. Sie sollen später im Lapidarium des Humboldt-Forums ausgestellt werden.

Jan Heitmann

In der islamischen Geschichte ohne Vorbild

Zu: „Von Islamist unterwandert" (Nr. 19)

Salafisten hin, Islam her – die ganze Problematik in Deutschland und in anderen westlichen Ländern hat ihren Ursprung sowie ihre andauernde Krise in einer falschen Politik und feigen Justiz. Es muss endlich begriffen werden, dass der Islam nach eigener Aussage keine Religion wie alle anderen ist, sondern mit seinem allumfassenden Anspruch alle Lebensäußerungen durchdringen will, ja nach seinem Credo auch durchdringen muss. Die Salafisten sind daher nur die Speerspitze, welche den Verschleierungsversuchen der islamischen Verbände und deutschen Politiker in die Quere kommen. Ein Blick in die Geschichte und die Gegenwart zeigt das überdeutlich in den Ländern seines Herrschaftsbereiches. Insofern mögen Millionen Moslems in Deutschland leben – ihre Religion gehört jedoch nicht dazu, und die Aussage von Alt-Bundespräsident Christian Wulff zeugte diesbezüglich nur von erschreckender Ahnungslosigkeit. Denn würde er dazu gehören, dann kann man von der Scharia nicht absehen; sie ist geradezu das Rückgrat dieses Glaubens. Was muss also letztendlich geschehen?

Tilman Nagel von der Universität Göttingen – Nestor der deutschen Arabistik und Verfasser des umfassenden Werkes über Mohammed als Konstrukt („Mohammed. Leben und Legende") und deshalb angefeindet – hat es auf den Punkt gebracht, wenn er schreibt: „Da die auf Dauer in Europa lebenden Muslime sich als gleiche Glieder in eine säkularisierte Gesellschaft einfügen müssen, ist ihnen aufgegeben, was in der islamischen Geschichte ohne Vorbild ist. Sie müssen den allumfassenden Geltungsanspruch der Schraria beschneiden und auf die Regelung der Ritualpflichten beschränken, kurz, sich von dem Prinzip trennen, dass der Islam ‚Glaubenspraxis und Staat' zugleich sei. Ein wesentlicher Teil der Heilsbotschaft des Korans – etwa die Aussagen über den minderen Rang der Frauen (Sure 4,34), über das Erbrecht (Sure 4,11f. und 4,176), über die Blutrache (Sure 2, 178f.) – muss zu einem historischen Dokument umgedeutet werden, das von Vergangenem berichtet, ohne noch irgendeine normative Kraft zu besitzen. Damit würde auch Mohammed zu einem großen Teil die Funktion des verpflichtenden Vorbildes einbüßen und zu einer Gestalt der Geschichte werden" (Tilam Nagel, „Islam", S. 137).

Wenn die in Entstehung befindlichen islamischen Institute an deutschen Universitäten dieser Maxime nicht folgen, dann werden sie der Intention der deutschen Politik sowie dem wissenschaftlichen Anspruch deutscher Hochschulen nicht gerecht, sondern im Gegenteil sogar zum Handlanger der Salafisten.

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte

Gehalt zahlen!

Zu: „Geschenk zu Lasten der Kinder" (Nr. 17)

Die Erhöhung der Staatsschuld ist nicht relevant, da die existierende eh nicht beglichen werden kann. Statt auf solche soziale Leistungen abzuheben, sollte man sich mit den vielen exorbitanten Zahlungen an Uno, IWF, EU, Nato und viele andere internationale Organisationen befassen. Diese Unsummen sind nicht bekannt, werden in öffentlicher Diskussion nie beachtet; immer nur meckert man an den sozialen Leistungen herum.

Abgesehen davon: Kinder kosten Geld; sie sind die zukünftigen Steuerzahler und Unterhalter des Staates. Also müssen diejenigen, die für den zukünftigen „Unterhalt" des Staates sorgen, berücksichtigt werden, ganz normal, durch entsprechende Steuererleichterungen oder Zahlungen.

Im Übrigen: Jeder, der arbeitet, bekommt ein Gehalt. Wer ein Gehalt bekommt, wird anerkannt. Anerkennung existiert in unserer Gesellschaft nur in einem bezahlten Beruf. Weshalb bemerken die Frauen eigentlich nicht, dass die Führung eines Haushalts und Erziehung von Kindern ein ganz normaler Beruf ist, der bezahlt werden muss? Frauen erziehen für die Allgemeinheit, für den Staat die zukünftigen Politiker, Manager, Künstler, Generäle, Pfarrer und so weiter und das alles ehrenamtlich? Frauen, die Kinder erziehen, sind ganz normal anzuerkennen durch ein Gehalt, nicht Betreuungsgeld, an die Frau als Erzieherin, damit endlich begriffen wird, dass Frauen als Hausfrau und Kindererzieherinnen einen ganz normalen anerkennenswerten und den anderen Berufen gleichwertigen Beruf ausüben, ob Managerin, Büroleiterin, Professorin oder Kindererzieherin zu Hause.

Dr. Ulrich Neumann, Schifferstadt

Guter Stil!

Zu: „Presseunfreiheit" (Nr. 19)

Ich kann mich selbst nicht genug beglückwünschen, dass ich zum Leser der *PAZ* geworden bin! Guter Stil, geschliffene Artikel Ihrer Autoren und Redakteure.

Aber ganz besonders möchte ich Ihnen zu Ihrem Leitartikel gratulieren. Er gehört auf die erste Seite und müsste eigentlich viel fetter gedruckt werden und das in jeder Ausgabe der *PAZ*.

Machen Sie weiter so und kämpfen Sie gegen den Sensationsjournalismus unserer Zeit, mit dem die Bevölkerung umerzogen wird!

Wie können wir die Objektivität der Pressefreiheit in unserer Demokratie schützen und erhalten, so lange sie noch nicht ganz verloren ist?

Hans-Joachim Aulich, Karow

Eisbär und Klima

Zu: „Wo der Müll tanzt" (Nr. 17)

In dem vorgenannten „Wochenrückblick" von Hans Heckel findet sich leider eine Anmerkung, die die Situation des Eisbären in der Arktis hinsichtlich des Klimawandels in ein falsches Licht rückt.

Diversen wissenschaftlichen Studien zufolge soll die Anzahl der Eisbären seit Anfang der 1970er Jahre von 10 000 auf 25 000 Tiere gestiegen sein. Dies könnte zu dem Schluss verleiten, der Klimawandel würde den Eisbärbestand positiv beeinflussen.

Tatsächlich wurden Eisbären bis in die 60er Jahre sehr stark bejagt und waren der Ausrottung nahe. 1973 einigten sich nahezu alle arktischen Anrainerstaaten, den Eisbären zu schützen. In einigen Staaten war jegliche Jagd verboten, in anderen den Ureinwohnern erlaubt oder es galten Jagdquoten. Dadurch erholte sich der Eisbärenbestand.

Das Klima wirkt sich durchaus auf diese Tiere aus. Im Sommerhalbjahr jagen sie vorwiegend auf dem Meereis, meist an der Meereiskante, nach Robben. Je mehr Fettreserven sie sich anfressen, desto wahrscheinlicher ist ihr Überleben im darauf folgenden Winter und natürlich ihre Fortpflanzung. Lage und Struktur der Eiskante sowie das Wetter haben großen Einfluss darauf, wie lange sich die Eisbären auf Beutefang begeben können oder wie lange sie, im Schnee vergraben, abwarten müssen.

In manchen Regionen bestimmt die Meereislage den Beginn der sommerlichen Robbenjagd, da diese an Land auf das Eis warten. Ungünstige Witterungsverläufe können also die Zeit des winterlichen Fastens ausdehnen, günstige Witterungsverläufe die Dauer der sommerlichen Nahrungsaufnahme verlängern.

Horst Mauer, Hofheim



Während einer Demonstration von Mohammedanern in Frankfurt am Main, April 2012: Der kulturfremde Islam will unserem deutschen Land seine Gesetze aufzwingen Bild: Mario Vedder/dapd

Religion 2. Klasse?

Zu: „Schlechte Zeiten für Schweine und Hunde" (Nr. 19)

Es ist absurd! Keine Kruzifix-Ketten im Dienst, aber Kopftücher sind erlaubt? Das bedeutet de facto eine Herabstufung des christlichen Bekenntnisses zu einer Religion „zweiter Klasse", also die praktische Einführung der Scharia in England. Mittlerweile hat auch der BBC-Direktor zugegeben, dass Kritik am Islam oder Mohammed in seinem Sender nicht möglich ist, ein Verspotten der Kirchen und des Christentums jedoch jederzeit. Weil Christen eben keinerlei Gewaltpotenzial hätten und somit der „innere Frieden" nicht gefährdet sei, wenn auf Christus gespuckt wird.

Das muss ein Ende haben! Religionsfreiheit ist super, aber sie muss für alle gelten.

Wenn Muslime Halal-Gerichte essen mögen, dann sollen sie dies tun. Wenn sie aber mich oder meine Kinder, Freunde, Verwandten et cetera dazu zwingen, Halal-Gerichte zu essen, beschränken sie meine Wahlfreiheit und unterwerfen mich de facto der Scharia. Und das in einem „freien Land". Absurdistan nicht nur in England, bald auch hier?

Jemeljan Pugatshow, Berlin

Ostdeutsche Musik: Den »Wilden Schwan« sträflich übergangen

Zu: „Schatzsuche nach Noten" (Nr. 17)

Mit großer Verwunderung las ich den Artikel von Hans-Jürgen Mahlitz mit der Forderung, das ostpreußische Liedgut als „Teil des kulturellen Erbes des deutschen Ostens zu bewahren und zu dokumentieren". Dieser Aufgabe stellte sich bereits 1979 die hochverdiente Mitarbeiterin der Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Wangerin, mit der Durchführung einer „Nordostdeutschen Sing- und Musizierwoche", die so erfolgreich war, dass sie bis 1993, also 14 Jahre lang, zweimal jährlich mit jeweils 60 bis 80 Teilnehmern (darunter auch Kinder und Jugendliche) und bis 2007 einmal im Jahr veranstaltet wurde (Bericht zum 30. Jubiläum war auch in der *PAZ* Nr. 27 vom 4. Juli 2009).

Parallel zu diesen Veranstaltungen konstituierte sich 1982 der Verein „Arbeitskreis Nordostdeutsche Musik e.V.", dessen Aufgabe und Ziel es war, das in den Sing- und Musizierwochen Erarbeitete zu dokumentieren und zu archivieren. Professor Eike Funck, der zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehörte und 1998 den Vorsitz übernommen hatte, gab 1991 die umfangreichste Sammlung nordostdeutscher Lieder heraus („Der wilde Schwan"). Es ist für mich nicht nachvollziehbar, weshalb Herr Mahlitz bei seiner „Schatzsuche" dieses Liederbuch nicht gefunden hat! Es erschien im Verlag Möseler und enthält 265 Lieder aus Pommern und Ostpreußen.

Außerdem gab der Arbeitskreis 2006, ein Jahr nach dem Tod Funcks, ein Chorheft mit 59 Liedern in drei- und vierstimmigen Sätzen heraus und 2002 eine CD mit 24 ostpreußischen Liedern, gesungen von Solostimmen mit Instrumentalbegleitung („Zogen einst fünf wilde Schwäne"), zu beziehen bei „Die Schallquelle" (www.dieschallquelle.de).

Wem Chormusik lieber ist, kann diese schon seit Jahrzehnten bei der LO auf einer Kassette (eine Neuauflage als CD wäre wünschenswert) beziehen mit einer wunderschönen Liederauswahl, gesungen von der legendären Musikantengilde Halver unter der Leitung von Harald Falk. Er komponierte die meisten der Chor- und Instrumentalsätze, auch die auf der 1989 vom Institut für Ostdeutsche Musik in Bergisch Gladbach produzierten großen Schallplatte im Rahmen der Anthologie Ostdeutscher Musik: „Sing, sing, was geschah" – Volkslieder aus Pommern und Ostpreußen. Auch hier wäre für die meisten Interessenten eine CD-Ausgabe angenehmer, da das Original nur noch antiquarisch zu erwerben ist. Das gleiche gilt für die Schallplatte „Lieder und Tänze aus Pommern" aus dem Jahr 1981, ebenfalls gesungen von der Musikantengilde Halver unter Harald Falk.

Aufmerksamen Lesern der *PAZ* dürfte übrigens nicht entgangen sein, dass die Landsmannschaft seit 2008 im Ostheim in Bad Pyrmont jährlich ein viertägiges Musikseminar mit früheren Mitgliedern des Arbeitskreises Nordostdeutsche Musik anbietet, das jedem Musikfreund offensteht. Teilnehmerberichte über diese Veranstaltung (seit 2009 jeweils über Pfingsten) wurden bisher immer in der *PAZ* veröffentlicht.

Brigitte Schulze, Brietlingen

Ein freies Europa

Zum Leserbrief: „Lieber Russland als Europa" (Nr. 17)

Eidgenössische Schützenhilfe für die Leserin aus Bremen. Und dies unter der Devise: Für ein freies Europa souveräner Vaterländer. Oder mit anderen Worten: Distanz zu den USA, raus aus der Nato, Schluss mit dem EU-Diktat, weg vom Euro, jedoch enge Partnerschaft mit Russland.

Vincenz Oertle, Gais, Schweiz

Ein Staatsstreich der Politiker

Zu: „Berlin vor dem Einknicken" (Nr. 18)

Die Finanzpolitik der CDU muss als gesetzwidrig bezeichnet werden. Ich beziehe mich auf das Buch des Staatsrechtlers Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Ein Staatsstreich der politischen Klasse". Die Gründe sind: 1. Schäuble beabsichtigt, Deutschland als Provinz der Fiskal-Diktatur einem europäischen Bundesstaat einzugliedern. 2. Schäuble beabsichtigt, eine ESM-Finanzbehörde zu schaffen, die geheim und unkontrollierbar arbeitet. 3. Schäuble beabsichtigt, die Haushaltssouveränität des Bundestages auf die ESM-Finanzbehörde zu übertragen. 4. Schäuble beabsichtigt eine Erhöhung der deutschen Staatsverschuldung um 190 Milliarden Euro, um die ESM-Finanzbehörde zu finanzieren.

Ich erinnere an Artikel 20 Grundgesetz: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ... Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Jeder Deutsche hat demnach das Recht, gegen Schäuble und seine Politik Widerstand zu leisten. Vorzuwerfen ist Schäuble eine völlig unzureichende Information der Bürger über seine Pläne. Zu appellieren ist an die Bundestagsabgeordneten, ihrer Verpflichtung gegenüber dem Wohl des deutschen Volkes nachzukommen und gegen das ESM-Finanzierungsgesetz zu stimmen.

Dr. Hans Penner, Linkenheim-Hochstetten

Eine Meinung von unerhörter Brisanz

Zum Leserbrief: „Wir sind befangen" (Nr. 19)

Der Leserbriefschreiber unterstellt dem aus Danzig gebürtigen Schriftsteller Günter Grass, früher in einer NS-Organisation gedient zu haben, welche sich „am eifrigsten an der Ermordung der Juden" hervorgetan habe. Das nehme außerdem allen Deutschen das Recht, über die Aktivitäten des Staates Israel eine Meinung zu sagen – „wir seien alle befangen".

Die Meinungsäußerung des Lesers zum Thema Grass und dessen Gedicht ärgert mich aus folgendem Grund: Woher weiß dieser Leserbriefschreiber, dass die Waffen-SS, in welcher Grass nach verspätetem Eingeständnis an der Ostfront Truppendienst tat, Juden getötet hat – und das auch noch „am eifrigsten"?

Eigentlich war es bisher Wissensstand aller seriösen Historiker, dass zwischen SS und Waffen-SS unterschieden werden muss. Die SS-Divisionen kämpften nicht auf eigene Rechnung, sondern unterstanden dem jeweiligen Armeebefehlshaber sowie dem Befehlshaber der betreffenden Heeresgruppe der Wehrmacht. Eigenmächtigkeiten (und das waren Erschießungen von russischen Juden) wurden von der Wehrmacht weit überwiegend nicht hingenommen.

Das ist eines, das andere ist, dass wir Deutschen, die wir in übergroßer Mehrheit nach dem Krieg geboren wurden, zu Israel keine eigene (abweichende) Meinung haben dürfen, obwohl Israel zum Zeitpunkt der Taten der SS noch gar nicht existierte. Das ist eine interessante Steigerung der Sippenhaft und „Dauerschuld" des deutschen Volkes. Aber es betrifft nicht die etwa zehn Millionen Immigranten in Deutschland. Oder auch? Diese sind, dieser Logik folgend, rassisch nicht belastet und nehmen sich einfach das Recht zur freien Meinungsäußerung in Sachen Israel.

Also: Hat nun ein in Deutschland geborenes Kind arabischer oder türkischer Einwanderer dieses Recht und ein Kind, dessen Eltern „reinrassige" Deutsche sind, nicht? Spätestens jetzt müsste der Leser merken, welche Brisanz seine Meinung hat, sollte diese tatsächlich Staatsdoktrin sein.

Jürgen Kunz, Buchen

Auch so machen

Zu: „Immer öfter in fremder Hand" (Nr. 19)

Ich bin im Moment in China und ich sehe, wie die das hier machen. Jede chinesische Firma muss per Gesetz zu 51 Prozent in chinesischer Hand sein, den Rest können Ausländer haben. Somit sichern die Chinesen, dass ihre Firmen immer in ihren Händen bleiben. Könnten wir das bei uns in Deutschland nicht auch so machen?

Heike Körner, Peking, China

Das Ostpreußenblatt

Nr. 21 – 26. Mai 2012

MELDUNGEN

BRD-Diplomat besucht Tilsit

Tilsit – Wolfgang Biermans, stellvertretender Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Königsberg, hat anlässlich eines Besuchs in Tilsit in einem Gespräch mit dem dortigen Oberbürgermeister Nikolaj Voistschev über die Zusammenarbeit auf geschichtlichem und kulturellem Gebiet bekräftigt, dass die heutige Grenzstadt an der Memel mit ihrer reichen historischen Vergangenheit besondere Aufmerksamkeit verdiene, dies umso mehr, als es viel Verbindendes in der gemeinsamen Geschichte gäbe. Das Leben und Wirken des in Tilsit geborenen Dichters der Befreiungskriege Max von Schenkendorf werde eine Würdigung erfahren. Der Oberbürgermeister berichtete seinerseits von Vorhaben, mit Hilfe derer die geschichtsträchtige Vergangenheit wieder lebendig gemacht werden soll. Dazu zähle die Wiedererrichtung eines Denkmals, das vom Sieg Preußens über Frankreich künde. Auch soll im Stadtzentrum ein Stück Vorkriegs-Tilsit entstehen einschließlich einer Straßenbahn aus den 30er Jahren. Wolfgang Biermans versprach, in deutschen Unternehmerkreisen für das Vorhaben zu werben. Anschließend eröffnete der Vizegeneralkonsul im Konzertsaal der Jugendmusikschule eine Veranstaltung zum Thema „Richard Wagner in Königsberg“. Gunnar Strunz referierte über das Wirken Richard Wagners als musikalischer Leiter am Königsberger Stadttheater. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch einige Wagnersche Musikstücke. Das abschließende Versprechen Biermans', die Zusammenarbeit auf geschichtlichem und kulturellem Gebiet weiter auszubauen, wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. *H.Dz.*

Mangel an Wohnraum

Ragnit – Für das Personal des im Bau befindlichen Kernkraftwerkes „Baltiskaja“ mangelt es an Wohnraum. Vor allem die Unterbringung von leitendem Personal drängt nach raschen Lösungen. Kurzerhand wurde von der Kronus-Hotelkette das Hotel „Neman“ käuflich erworben und zu einer Nobelherberge für Kraftwerksmitarbeiter umgestaltet. Neben komfortablen Ein- und Zweibettappartements ist auch ein repräsentativer Konferenzsaal entstanden. Das Hotel steht nun Touristen nicht mehr zur Verfügung. *H.Dz.*

Verneigung vor den Toten

Heiligenbeil – Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Ehrenfriedhofs in Heiligenbeil hat die Kreisgemeinschaft durch Brunhilde Schulz, die bei der Gelegenheit ein paar Worte sprach, drei weitere Vorstandsmitglieder sowie Kirchspiel- und Stadtvertreter einen Kranz auf dem Friedhof niederlegen lassen. *PAZ*

Volkstanz-Werkstatt verbucht Erfolg

Edyta Gładkowska (LO) und deutsche Gesellschaften organisierten Wochenende für Kinder und Jugendliche

Vom Freitag, 11., bis Sonntag, 13. Mai, fand eine Volkstanz-Werkstatt für Kinder, Jugendliche und Heranwachsende der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen statt. Organisiert und finanziert wurde sie von der Landsmannschaft Ostpreußen. Mitorganisatorin war die Tanzgruppe „Saga“ der deutschen Gesellschaft in Bartenstein.

Wenn man von Bartenstein nach Rastenburg fährt, kommt man hinter dem letzten Gewerbegebiet der Stadt an eine kleine Stichstraße, die von der Landstraße links abzweigt. Ein hölzernes Hinweisschild zeigt in Richtung des in geringer Entfernung auftauchenden agrotouristischen Hofs „Dworek Debówko“. Es geht noch eine Allee entlang und durch ein Tor, dann ist man am Ziel.

Dort fand die Volkstanz-Werkstatt für junge Menschen der deutschen Volksgruppe statt. Die Idee dazu entstand beim Treffen von Edyta Gładkowska vom Büro der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Allenstein mit verschiedenen deutschen Gesellschaften im südlichen Ostpreußen. Die Wahl des Veranstaltungsortes begründet sie: „Immer wieder kam der Wunsch, etwas mit Tanz zu organisieren. Und weil die Tanzgruppe ‚Saga‘ aus Bartenstein am meisten profitieren sollte, bot sich ein Seminarort dort in der Nähe an.“

Am Ende wurden es mit etwas Werbung 23 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende von zehn bis über 20 Jahren aus Landsberg, Heilsberg und Bartenstein, die an der Werkstatt teilnahmen. Problematischer gestaltete sich die Suche nach einer Werkstattleiterin. Die meisten Personen, die sich mit ostpreußischen Tänzen auskennen, leben in der Bundesrepublik und sind häufig nicht in der Lage, für ein Wochenende nach Ostpreußen zu reisen.

Doch Gładkowska wurde fündig; und so sitzen und liegen die jungen Menschen auf dem Parkettboden eines großen Saals, der sonst für verschiedene Feste genutzt wird. Die energische Stimme einer Frau zählt den Takt, ihr Kollege begleitet die Übungen am Keyboard mit Stummfilmmusik. Sämtliche Gliedmaßen werden gestreckt und Muskeln gelokkert. Was an Filme wie „High School Musical“ erinnert, ist für die jungen Mitglieder der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen lediglich das Aufwärmprogramm zur Tanzeinheit am Nachmittag.



Angestrengte, aber auch glückliche Gesichter: Schülergruppe beim Erlernen ermländischer Tänze *Bild: Gladkowska*

Die Frau mit der energischen Stimme ist Agnieszka Krupinska. Sie arbeitet in einem Kindergarten in Allenstein, betreut eine Krabbelgruppe in Osterode und entwirft Choreografien für die Tanzgruppe „Warmia“ (Ermland) aus Allenstein. Dort tanzt sie selber seit ihrer Kindheit und gibt jetzt ihr Wissen und ihre Erfahrung weiter. Für Gładkowska ist die Leiterin der Werkstatt ein Glücksgriff: „Sie ist jung, sie arbeitet mit Kindern, versteht sich sehr gut mit ihnen. Ich denke, sie haben eine Menge Spaß miteinander.“

Beim Aufwärmen am Sonnabendnachmittag wird dennoch häufig geseufzt. Da zwicken bei den Teilnehmern wohl die Muskeln. Immerhin hat Agnieszka Krupinska schon beinahe das gesamte geplante Programm an



Alle wollen wiederkommen

Tänzen durchgeprobt: Walzer, Rheinländer (oder auf polnisch Rainlendry) und Figurentänze wie den „Pofajdok“. Die Gestalt des Pofajdok bezeichnet übrigens einen wenig verantwortungsbewussten, unreifen jungen Mann mit Bauernschläue. Besungen wird er in der Gegend um Ortelsburg vor.

Der Fokus liegt auf ermländischen Tänzen und da gibt es wirklich Grund für Muskelkater. Danuta Niewegłowska, die Leiterin von „Saga“, erklärt: „Die ermländischen Tänze, ob deutscher oder polnischer Herkunft, haben oft gleiche Schritte, und die Musik dazu klingt ähnlich. Nur sind die polnischen schneller.“ Karolina Kunczak von der Tanzgruppe „Saga“ ergänzt: „Für mich als langjährige Tänzerin war das nicht schlimm. Es gibt zwar schwierige Übungen, aber Auftritte in wollenen Trachten sind eine größere Belastung.“ Anders sehen es nur gelegentlich tanzende Personen wie Adrian Manka. „Man spürt am zweiten Tag nach einer kurzen Nacht schon, dass man etwas getan hat“, meint er lapidar. Und da auch Agniezska Krupinska die Seufzer bemerkt hat, fragt sie nach dem Tanzspiel „Glina“ vorsichtig: „Tut euch etwas weh?“ und bekommt von einem Teilnehmer scherzhaft die Antwort: „Alles!“

Allein schon beim Zuschauen ist zu merken, dass die jungen Tänzer sich in der Atmosphäre wohlfühlen, dass es ihnen Spaß macht. Darauf kommt es an, denn dann besteht eine gute Chance, dass sie das theoretische und praktische Wissen über die Tänze und vor allem positive Erinnerungen an dieses Wochenende mitnehmen. „Bald wieder?“, lautet am Ende die Frage. Die Antwort lautet: „Bald wieder!“ *Uwe Hahnkamp*

Bernstein: Wirtschaftsmotor für Königsberg

Internationale Ausstellung soll der russischen Produktion zum Aufschwung verhelfen

Schon 15 Jahre in Folge findet in Königsberg eine große internationale Ausstellung statt, auf der Schmuck und Gegenstände aus Bernstein gezeigt werden. „Bernstein der Ostsee“ ist eine der größten themenbezogenen Veranstaltungen in der Region und bietet den Besuchern eine Möglichkeit, sich mit den künstlerischen und technischen Möglichkeiten der Bernsteinindustrie im Königsberger Gebiet vertraut zu machen. Über 100 Firmen und bernsteinverarbeitende Unternehmen zeigten auch in diesem Jahr ihre Ausrüstung und Techniken der Verarbeitung des „Sonnensteins“. Zu den Ausstellungsstücken zählten neben Schmuck und Souvenirs auch Einrichtungsgegenstände aus Bernstein, Accessoires, Mosaiken und Bilder.

Über 100 Firmen zeigten Ausrüstung und Techniken

Für die Gäste der Ausstellung war ein umfangreiches Programm vorbereitet worden. So wurden einige „runde Tische“ und ein Seminar zu Themen wie „Probleme und Perspektiven des Handwerks im Königsberger Gebiet“, „Bernsteingestaltung als notwendiger Bestandteil zur Entwicklung der Bernsteinbranche in Russland“ eingerichtet. Das Künstlerprojekt „Preußischer Honig“, das für seine ethnische Thematik und Stilisierungen auf Grundlage der Volkskunst der baltischen Völker bekannt ist, stellte seine vielbeachtete Sammlung vor. Die Vielfalt der präsentierten neuen Schmuckkollektionen wie auch der Wettbewerb „Bernsteinlegende 2012“, der unter den Ausstellern ausgetragen wurde, zeugen vom Reichtum der Bernsteinbranche im Königsberger Gebiet.



Wenig bekannt: Erzeugnisse aus russischer Produktion *Bild: Tschernyschew*

Die Exklave hat es allerdings nach wie vor schwer, sich gegen die Konkurrenz ihrer Nachbarn zu behaupten. Die Produktion litauischer und vor allem polnischer Unternehmen und Handwerksbetriebe, die Bernsteinerzeugnisse und Souvenirs herstellen, sind über die Grenzen bekannt für ihre künstlerische

Größter Konkurrent für das Königsberger Gebiet ist Danzig

Schönheit, ihren Einfallsreichtum und ihre Exklusivität. Danzig gilt vielen in Europa als „Bernsteinhauptstadt“. Und das, obwohl sich im Königsberger Gebiet fast 90 Prozent des Bernsteinvorkommens befinden. Auch wenn die Erzeugnisse Königsberger Künstler sehr vielseitig sind, sind sie dennoch wenig bekannt. Die Ausstellung „Bernstein der Ostsee“ macht es sich daher zur Aufgabe, Erfahrungen auszutauschen und das Niveau der russischen Bernsteinverarbeitung anzuheben. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Pfingsten, das „liebliche Fest“, steht vor der Türe, und man denkt an die grünen Maienbüsche, mit denen die Eingangstüren geschmückt wurden. Und manche von uns älteren Ostpreußen werden sich auch an den herben Duft von Kalmus erinnern, mit dem zum Fest die Dielen bestreut wurden. Das natürliche „Raum-Spray“, das nicht aus der Dose kam, sondern vom nahen Teich oder Tümpel, wo man die „Strempels“ schnitt, so wie die Schriftstellerin **Charlotte Keyser** es in ihrem Gedicht „Anne Mämel“ schildert: „Anne Mämel, anne Mämel ös e Dümpel so kleen, doa wächsd joa de Kalmus, on de riekt joa so scheen. Un dem hol' wie to Pingste on schnied em en Stöck, on bestreie de Trepp on die Stoawdeele dick!“ Mit feinem weißen Sand natürlich, den der See oder die See geliefert hatten. Ob schon die Pfingstrosen blühten – „Päonien“ sagten wir – hing davon ab, ob der Winter lang gewesen war.

Die konnte ich auch nicht in dem Strauß entdecken, den ich übersandt bekam, nicht von der Fleurop, sondern als gemalter Blumengruß von der Familie **Höchst** aus Auerbach im Vogtland. Ich hatte in der Osterausgabe einen Auszug aus ihrer Familienchronik gebracht, und als Dank kam dieses Bild, das so farbenfroh ist, dass es Augen und Seele streichelt. Maßliebchen, Rittersporn, Gilken, Spiräen – ein bisschen Sommerfreude vorweg. Ein herzliches Dankeschön, liebe Familie Höchst.


Ein gemalter Blumengruß von der Familie Höchst aus dem Vogtland Bild: privat

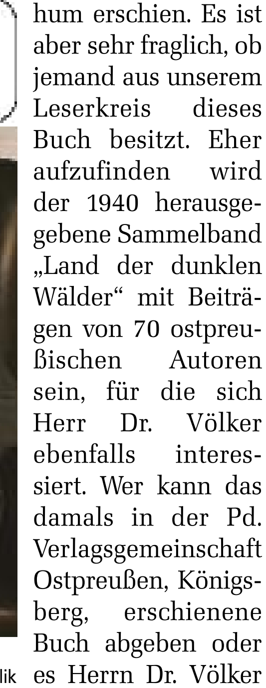
Aber die Obstbäume werden schon in unserer Heimat blühen, und hier und da mag noch in einem verwilderten Garten ein alter Grauchenbaum oder ein knorriger Austapfelbaum stehen. Auf die ostpreußischen Lokalsorten will sich der Hobby-Pomologe **Herrmann Schreiweis** aus Roigheim spezialisieren, denn seine Frau stammt aus Allenstein und ist sehr heimatverbunden, obgleich sie wohl kaum Erinnerungen an ihr Geburtsland haben kann, denn sie wurde 1941 geboren. Herr Schreiweis ist Vorsitzender des Deutschen Pomologenvereins in Baden-Württemberg mit einer großen Sammlung von Literatur zum ostpreußischen Obstbau. Nun möchte er zusammen mit einigen interessierten Kollegen und einem Doktoranden aus Berlin die alten ostpreußischen Obstsorten – hier vor allem Äpfel und Birnen – erhalten, soweit dies überhaupt möglich ist. Er hat sich nun an uns gewandt mit der Bitte, seinen Wunsch nach Zeugen alter Obstsorten zu veröffentlichen. Gesucht werden in erster Linie ostpreußische Lokalsorten. Die Normalsortimente sind inzwischen – jedenfalls von polnischer Seite – sehr gut erfasst. Die Sortennamen, die Herrn Schreiweis derzeit vorliegen, sind bei Äpfeln folgende: Jungfernschönchen, Herbst-Kurzstiel, Winter-Himbeerapfel, Zitronenapfel, Wohlfroms Renette und Sommerhasenkopf. Bei den Birnen: Malvasierbirne, Kräuterbirne, Klotzbirne, Kirchberger Butterbirne und ostpreußische Honigbirne. (Hermann Schreiweis, Hauptstraße 34 in 74255 Roigheim, Telefon 06298/929349, Fax 06298/928297, E-Mail: hermann-schreiweis@t-online.de)

Die Frage nach dem Genesungsheim im Lochstädt, die wir in Folge 2 veröffentlichten, hatte ja ein erfreuliches Echo in unserem Leserkreis gefunden – jetzt kam noch eine Zuschrift, die sich mit einem weiteren Heim befasst. Es handelt sich um das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim in Neuhäuser, ein Erholungsheim für Kinder, wie sich **Frau Gisela Hill-Bradder** erinnert, die zweimal dorthin verschickt worden war. Die Sommer 1937 und 1938 verbrachte sie in dem Heim an der heilkräftigen Seeküste des westlichen Samlandes. „Vielleicht können sich noch einige Landsleute an das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Heim erinnern?“, fragt Frau Hill-Bradder, die sich über Zuschriften freuen würde. Es waren allerdings nicht nur ostpreußische Kinder in dem Heim, viele kamen aus Sachsen. (Gisela Hill-Bradder, Wahnfriedstraße 15 in 13465 Berlin, Telefon 030/4012777.)

Zu dem in Folge 16 veröffentlichten Feldpostbrief an Frau **Susi Thomas** in Schnorrenberg, der uns als „Fundstück“ zugesandt wurde, kam eine Zuschrift von Frau **Margot Jäger** aus Bad Oldesloe. Es gibt diesen – nicht in Ostpreußen – gelegenen Ort, der entweder zu der Gemeinde Schnorbach/Hunsrück gehört oder bei Heiligenthal/Eifel liegt, wohl als ein Ortsteil der genannten Gemeinden. Es gilt nun also, weiter zu suchen, in welchem Schnorrenberg sich der genannte Primosenweg befand oder noch befindet, in dessen Nr. 4 die Familie des Schreibers in den Jahren 1943/44 wohnte. „Da damals in den Verwaltungen ordentlich gearbeitet wurde, könnte man feststellen, ob dort die Familie Thomas gemeldet war“, meint Frau Jäger. Und fügt hinzu: „In Westdeutschland ist es leichter, einen Menschen zu finden als im fernen Ostpreußen.“

Vor allem, wenn die letzten Namensmeldungen mehr als 50 Jahre zurückliegen. Wir bekamen eine E-Mail von **Frau Lili-Sigrid Felsner** (**Pikturniene**), die sich auf eine Suchfrage in der *Ostpreußenblatt*-Ausgabe vom 9. Mai 1959 bezieht. In der wurde ein **Johann Felsner** aus Memel, Charlottenhof, gesucht. Die Frau mit dem gleichen Namen möchte gerne wissen, ob sich damals jemand auf diese Veröffentlichung gemeldet hat. Das ist heute leider nicht mehr festzustellen. Wir können nur eines tun: nachfragen, ob jemand aus der Familie des damals Suchenden etwas über diese Anzeige weiß oder über die Angelegenheit Auskunft geben kann. Leider gibt es keine näheren Angaben und auch keine Wohnanschrift der wohl heute in Litauen Lebenden, lediglich eine E-Mail-Adresse: richardaspi@gmail.com

Noch weiter zurück, nämlich in das Jahr 1955, geht die Nachfrage nach einer Anzeige über einen vermissten Wehrmachtsangehörigen aus dem Kreis Angerburg. Herr **Paul Stupp** aus Grevenbroich fand sie im Internet, und sie interessierte ihn sofort, denn es handelt sich um einen Verwandten seiner aus Ostpreußen stammenden Frau. Im Augenblick beschäftigt ihn der Briefwechsel seiner Schwiegermutter mit deren Mutter aus der Zeit von 1946 bis 1949, ihrem Sterbejahr. Aus diesen Unterlagen geht hervor, dass die Großmutter seiner Frau mehrere Söhne hatte. Der Jüngste war Hermann, *22. Mai 1912 in Schloßberg, der seit Stalingrad als vermisst gilt. Es muss sich um diesen **Hermann Sierocks** handeln, dessen Mutter **Auguste** Sierocks aus Heidenberg in der Rubrik „Vermißt, verschleppt, gefallen, gesucht“ in der *Ostpreußenblatt*-Ausgabe vom 9. Juli 1955 gesucht wird. Herrn Stupp interessiert nun der Inhalt dieser Nachricht, die vielleicht nähere Angaben über das Schicksal ihres Sohnes enthielt, und fragt, ob wir ein Archiv hätten, aus dem man diese entnehmen könnte. Haben wir leider nicht, Herr Stupp, damals konnten die Angaben noch nicht elektronisch erfasst werden, und es war unmöglich, die Unterlagen zu den Suchfragen zu archivieren, die in dem noch jungen *Ostpreußenblatt* ganze Seiten füllten. Es ist auch fraglich, ob zu dem Suchwunsch überhaupt nähere Angaben gemacht wurden. Die Mutter des Vermissten war zu jenem Zeitpunkt bereits verstorben. Es ist zu vermuten, dass ein ehemaliger Kamerad von Hermann Sierocks etwas über dessen Schicksal mitteilen wollte. Wir können also Herrn Stupp nicht so helfen, wie er es erhoffte, und ob diese Veröffentlichung ihn weiter bringt, ist fraglich. Es müssten schon erheblich jüngere Kriegskameraden oder andere Schicksalsgefährten von Hermann Sierocks sein, die sich an ihn erinnern könnten. Vielleicht wurde die Suchfrage aber auch von ganz anderer Seite gestellt? Um Verwechslungen zu vermeiden: Das als Geburtsort von Hermann Sierocks angegebene, im Kreis Angerburg gelegene 500-Seelen-Dorf Schloßberg wurde 1938 in Heidenberg umbenannt, wohl um eine Verwechslung mit dem zur gleichen Zeit in Schloßberg umbenannten Pillkallen zu vermeiden. Einen noch kleineren Ort Heidenberg gab es im Kreis Labiau. Ostpreußische Ortsnamen sind eben schon eine Wissenschaft für sich! (Paul Stupp, In der Herrschaft 10 in 41515 Grevenbroich, E-Mail: chief.dpa@t-online.de)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Ein langes und erfreuliches Gespräch habe ich mit Herrn Dr. **Martin A. Völker** aus Berlin geführt – erfreulich vor allem, weil er sich als Nichtostpreuße für die Literatur unserer Heimat einsetzt und eine Neuherausgabe der Werke heute fast unbekannter Autoren bewirken will. Das ist ihm im Falle des Schriftstellers **Axel Lübbe** bereits gelungen, dessen Novelle „Hugo von Brandenburg“ im hochroth Verlag Berlin erschienen ist, wie wir in Folge 17 berichteten. Zugleich gaben wir seinen Wunsch nach Angaben über die Königsberger Autorin **Katarina Botsky** weiter, denn auch von einigen Werke dieser – vor allem durch ihre Novelle „Laura oder der Markt von Wehlau“ bekannten – Schriftstellerin möchte er einen Reprint veranlassen. Bisher haben sich da allerdings keine neuen Erkenntnisse über ihr Leben und Wirken ergeben, es kamen keine Zuschriften aus unserm Leserkreis zu diesem Thema. Herr Dr. Völker hat aber bereits ein drittes Projekt im Auge: Er möchte eine Neuherausgabe von einigen Novellen der Schriftstellerin **Gutti Alsen** (1869–1929) bewirken, ebenfalls eine Königsberger Autorin, die heute gänzlich vergessen ist, die aber auch zu ihrer Zeit keinen großen Bekanntheitsgrad erreichte. In der sehr umfassenden „Ostpreußischen Literaturgeschichte“ von Prof. **Helmut Motekat** wird sie nicht erwähnt, ihr Name taucht auch nicht in ostpreußischen Anthologien auf. Herr Dr. Völker kennt viele Werke von Gutti Alsen, sucht aber noch ihr Buch „Geschichten vom dunkeln Lieben“, das 1931 posthum erschien. Es ist aber sehr fraglich, ob jemand aus unserem Leserkreis dieses Buch besitzt. Eher aufzufinden wird der 1940 herausgegebene Sammelband „Land der dunklen Wälder“ mit Beiträgen von 70 ostpreußischen Autoren sein, für die sich Herr Dr. Völker ebenfalls interessiert. Wer kann das damals in der Pd. Verlagsgemeinschaft Ostpreußen, Königsberg, erschienene Buch abgeben oder es Herrn Dr. Völker leihweise überlassen? (Dr. phil. Martin A. Völker, Donaustraße 86 in 12043 Berlin. Telefon 030/61308390, E-Mail: drm.voelker@web.de)

In der letzten Familie habe ich über das Projekt Generation Flucht von Frau Verena Berg berichtet. Leider ist die falsche Handynummer angegeben worden. Hier kommt der direkte Kontakt zustande: 0176/24019519.

Das war also heute eine etwas leichtgewichtige „Familie“, sozusagen als Atempause zwischen den vielen schicksalsschweren Themen, die im Augenblick vorliegen. Und da Pfingsten ja ein fröhliches Fest ist, gibt es heute als Extrabeitrag eine heitere Erinnerung aus meiner Jugendzeit im alten Ostpreußen.

Eure

Ruthe Geede

Ruth Geede

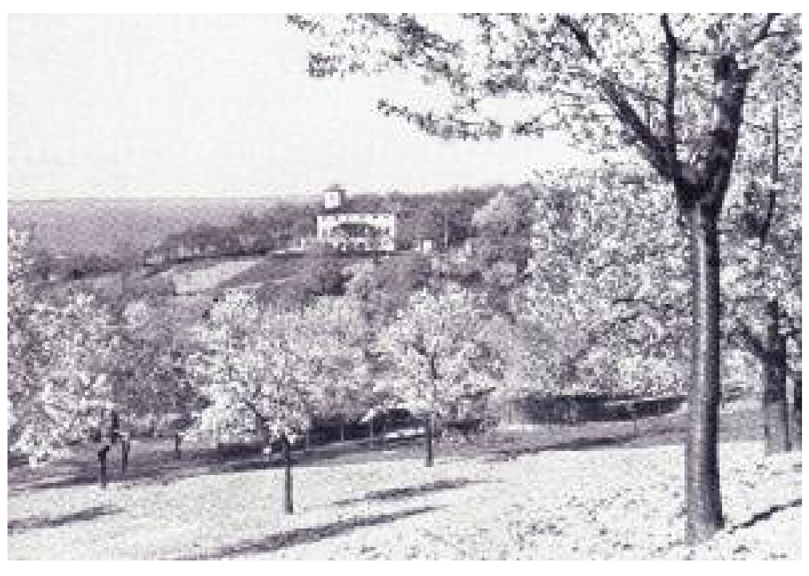
Der Schicher

Erinnerung an einen Pfingsttag im alten Ostpreußen

Eigentlich war er eine Art Florentiner aus schwarz-weißem Reisstroh mit schwarzem Ripsband. Ich entdeckte den Hut bei dem simplen Einkauf einer Küchenschürze, zu dem ich meine Mutter in das Königsberger Modehaus Berding & Kühn begleitete. Ich war gerade 15 Jahre alt und modisch noch nicht sehr ambitioniert. Aber dieser großkrempige Hut, den man mitten im Raum auf einem Ständer drapiert hatte, sah geradezu traumhaft aus mit seinem weichen Geflecht und dem geschwungenen Rand. Solche Gebilde trugen Filmdiven wie **Greta Garbo** oder **Marlene Dietrich**! Ja, es war schon ein Traum, und der drohte es auch für mich zu bleiben, denn das Schild am Ständer verriet den Preis: 14 Mark! Damit schien die Sache gelaufen. Aber ich pranzelte und proschte so lange, bis ich meine sparsame Mutter butterweich hatte. Nachdem ich auch mein Sparschwein geschlachtet hatte, bekam ich den Hut.

Als ich ihn dann zu Hause vor dem Dielenspiegel aufsetzte – was sich als schwierig erwies, denn meine zur „Affenschaukel“ von Ohr zu Ohr gesteckten Zöpfe erwiesen sich als hinderlich – begannen meine Geschwister zu wiehern und mein großer Bruder platzte heraus: „Menschenskind, was willst du mit dem Schicher!“ Da hatte er seinen Namen weg. So wurden die Strohhüte genannt, die von den Frauen bei der Ernte getragen und von ihnen auch als Wedel benutzt wurden, wenn sie die bei der Bullenhitze lästigen Mücken und Bremsen damit wegscheuchten. Die Frage meines Bruders war nicht ganz unberechtigt. Wann sollte ich dieses zarte Gebilde aufsetzen? Zur Schule? Zum Einholen? Zum Kahnchenfahren auf dem Oberteich? „Zum Pilze sammeln in Groß Raum, da haben wir gleich 'nen prima Korb“, grinste mein Bruder.

Aber dann gab es doch eine Gelegenheit: Pfingsten stand vor der Türe. Die drei ledigen Kusinen meiner Mutter, die dicht an der östlichen Grenze wohnten, hatten uns eingeladen. Sie wohnten in einem sehr kleinen Dorf in einem sehr kleinen Haus, das der Bruder und Hoferbe für sie gebaut hatte. Außer den Tanten gab es nur einen Hund, ein Pferd, ein paar Hühner und Gänse. Da hatte ich keine Bewunderer für meinen ersten Auftritt mit dem Schicher. Der sollte dann am Pfingstsonntag kommen, als Mutter und Tanten beschlossen, die nächstliegende Verwandtschaft zu besuchen. Wir zogen los. Zu Fuß! Die Tanten hatten zwar ein Pferd, aber nur eine Gig, da hätten wir nicht alle Platz gehabt. Aber es war ein wunderschöner Maitag, kein Wölkchen am knallblauen Himmel. Ich zog mein weißes Voilekleid an, wählte die neuen Spangenschuhe und premste mir den Schicher auf die Affenschaukel. Meine elegante Erscheinung ließ die Tanten unbeeindruckt. „Mit solchen feinen Schuhen kannst du doch nicht laufen, da kriegst du Blasen!“ Ich wählte die mitgenommenen Turnschuhe, die waren wenigstens weiß. Aber sie trübten den eleganten Eindruck doch sehr, wie ich im Spiegel beim Vorbeilatschen feststellen konnte.


Baumblüte in Succase am Frischen Haff Bild: O. Stork

Ich war dann doch froh über die bequemen Treter, denn die Wege zu den einsam gelegenen Höfen waren lang und staubig. Allerdings entschädigten uns dafür die herzliche Gastfreundschaft und die Kuchenberge, die überall aufgetischt wurden. Und mein Schicher, den ich auch beim Kaffeetrinken nicht abnahm, wurde gebührend bewundert und von der anwesenden Weiblichkeit befummelt. Nur einige Vettern irgendwelchen Grades verzogen ihre breiten, braunen Gesichter und grinsten wie mein Bruder. Auf dem letzten Hof, den wir abstraften, ließ der Onkel anspannen. „Ihr habt ja noch einen langen Weg vor Euch und Ihr werdet müde sein.“ Dankbar nahmen wir sein Angebot an, und ich setzte mich auf den Bock neben den Kutscher. Ein frohes Winken, ein Blick zurück – und dann geschah es: Die beiden Braunen zogen etwas zu heftig an, ich kippte hintenüber, und der Schicher machte sich auf meiner Affenschaukel selbständig. Nach einem kurzen Höhenflug segelte das zarte Gebilde zur Erde, und ein harter Huftritt beförderte es unter die Räder des Landauers.

Das war das Ende meines Traumes von behüteter Eleganz. Ich nahm das platt gedrückte, zerknautschte, verdreckte Gebilde zwar wieder mit nach Königsberg, aber es war nicht mehr zu retten. Mein Bruder entdeckte es später anlässlich einer Familienfeier im Flurschrank und trat dann zur allgemeinen Erheiterung als „Greta Garbo“ auf. Was das endgültige Aus für den Schicher bedeutete, denn ich riss ihm den Torso wütend vom Kopf und zertrampelte ihn.

Von da an hasste ich großkrempige Hüte. Ich habe nie wieder einen getragen. Bis heute! *R.G.*



ZUM 97. GEBURTSTAG

Fortak, Ottilie, geb. **Latza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 1. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Mischorr, Heinz, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Felsner, Edeltraut, geb. **Marquardt**, aus Treuburg, am 29. Mai
König, Johanna, geb. **Hausendorf**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Kranzusch, Hildegard, geb. **Radzewitz**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Kühne, Gerda, geb. **Eder**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 2. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juni
Schmidt, Erika, geb. **Mandel**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 1. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dadzio, Helene, geb. **Ostrowski**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 31. Mai
Geisendorf, Christel, geb. **Kallweit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Karasch, Fritz, aus Babeck, Kreis Treuburg, und Rumeyken, Kreis Lyck, am 1. Juni
Rehm, Frieda, geb. **Kühlich**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Siewert, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Ebenrode, am 30. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baginski, Gisela, geb. **Jedamski**, aus Neidenburg, am 2. Juni
Giesler, Hans, aus Königsberg Tannenwalde, am 2. Juni
Golob, Hildegard, geb. **Unruh**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 31. Mai
Groß, Irma, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Kaminski, Erika, geb. **Lelittko**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Karow, Käthe, geb. **Kowalewski**, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 2. Juni
Naguschewski, Fritz, aus Ortelsburg, am 1. Juni
Parschat, Gerda-Ursula, geb. **Rochniak**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 4, am 28. Mai
Schirmacher, Magdalene, geb. **Lehwald**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Scholz, Hildegard, geb. **Romanowski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 29. Mai
Starkulla, Charlotte, geb. **Schönwald**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Walinski, Ernst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, am 29. Mai
Wilhelms, Margarete, geb. **Zint**, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Wulff, Anna-Frieda, geb. **Duchna**, aus Neidenburg, am 29. Mai

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adolph, Gerda, geb. **Waschull**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 2. Juni
Bohnhof, Karl, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 1. Juni
Didszun, Hildegard, geb. **Herzog**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Dienhardt, Erika, geb. **Kopiszenski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 30. Mai
Exel, Emmy, geb. **Ludorf**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Geisler, Maria, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 2. Juni
Kattelat, Rosemarie, geb. **Paul**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Lucke, Anna-Luise, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juni
Marks, Helmut, aus Treuburg, am 30. Mai
Mirbach, Ruth, geb. **Ziehe**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Müller, Wolf, aus Lyck, am 31. Mai
Nützel, Ilse, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Ossa, Lieselotte, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai
Patzer, Hedwig, geb. **Schramma**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 30. Mai
Quilitzsch, Ruth, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schüttke, Alfred, aus Richau, Kreis Wehlau, am 3. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Benesch, Ursula, geb. **Tollkühn**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Blaeser, Gertrud, geb. **Gronau**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 28. Mai
Deutschländer, Hildegard, geb. **Steinke**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 3. Juni
Gojny, Elly, geb. **Wischnewski**, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Karrasch, Emil, aus Tapiau, Schlageter Straße, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Klimach, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 1. Juni
Kösters, Elfriede, geb. **Schirrmann**, verw. **Eisele**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Maertens, Elisabeth, geb. Gräfin von Schwerin, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Michaelis, Irmgard, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Roensch, Karl, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 2. Juni
Roßberg, Erika, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schumacher, Fritz, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 1. Juni
Spalding, Herta, geb. **Mey**, aus Wehlau, Oppener Straße, am 1. Juni
Stenner, Käthe, geb. **Schirrmacher**, aus Pillau, Kreis Samland, am 1. Juni
Stephan, Grete, geb. **Neumann**, aus Starkenberg, Langhöfel Dorf, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Weiß, Willi, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alpers, Ilse, geb. **Bandilla**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Beck, Meta, geb. **Albrecht**, aus Krattlau, Kreis Samland, am 30. Mai
Biallas, Helene, geb. **Kniza**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Bluhm, Siegfried, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai
Blum, Anny, geb. **Pogga**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 29. Mai
Borowski, Kurt, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Bredow, Siegfried, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Bruse, Erika, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Goegies, Annemarie, geb. **Rehberg**, aus Groß Rödersdorf/Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, am 29. Mai
Heuer, Liesbeth, geb. **Franz**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Hugel, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 28. Mai
Kantop, Elly, geb. **Dyga**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 26. Mai
Kremp, Helmut, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Kullak, Else, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Lapöhn, Max, aus Medenau, Kreis Samland, am 3. Juni
Matern, Lucie, geb. **Rasokat**, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juni
Minuth, Erich, aus Groß Friedrichsdorf, kreis Elchniederung, am 28. Mai
Pommer, Irmgard, geb. **Pfau**, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Radtke, Fritz, aus Klein Steegen, Kreis Preußische Eylau, am 3. Juni
Riedel, Gerda, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Rugullis, Ewald, aus Schwentwokarren, Kreis Memelland, am 3. Juni
Rustemeyer, Gerd, aus Groß Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Rutkowski, Fritz, aus Millau, Kreis Lyck, am 30. Mai
Sassenbach, Hilde, geb. **Jablonski**, aus Treuburg, am 1. Juni
Schiffke, Alfred, aus Bludau, Kreis Samland, am 3. Juni
Walz, Irmgard, geb. **Salk**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Wesendahl, Horst, aus Heiligenbeil, Wermke-Straße 2, am 29. Mai
Westphal, Walburga, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni
Windelbandt, Ingeborg, geb. **von Bock**, aus Diewens, Kreis Samland, am 1. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augustin, Siegfried, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 30. Mai
Bahrs, Gisela, geb. **Hochfeldt**, aus Heideckshof, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Benisch, Elfriede, geb. **Schulz**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 1. Juni
Berger, Johanna, geb. **Brock**, aus Klein Notisten, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Bierstedt, Gerda, geb. **Rohde**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Braun, Waltraud, geb. **Butscheck**, aus Selbongen, Kreis Sensburg, am 1. Juni
Drescher, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Ennulat, Evelyn, geb. **Madeyka**, aus Lyck, H.-Göring-Straße 4, am 2. Juni
Graap, Gertrud, geb. **Naruhn**, aus Parnehnen, Kawernicken, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Heuer, Annemarie, geb. **Gieger**, aus Treuburg, am 3. Juni
Hinze, Evamaria, geb. **Tonnius**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Hochmann, Hans-Günther, aus Soginten, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Ignee, Gretel, geb. **Preuk**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Kebbedies, Waltraud, geb. **Tettolowski**, aus Ebenrode, am 31. Mai
Kliß, Ingrid, geb. **Malinka**, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 31. Mai
Kullik, Herbert, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 29. Mai
Laudien, Helene, geb. **Fröbus**, aus Tapiau, Gärtnerweg, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Loch, Werner, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Marten, Ursula, geb. **Passargus**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 28. Mai
Mundry, Helga, geb. **Wichmann**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Mundt, Ilse, geb. **Bendzko**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 1. Juni
Nowak, Erwin, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Ohlrogge, Eva, geb. **Bluhm**, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 26. Mai
Onischke, Anni, geb. **Nitsche**, aus Schallen, Trimmau, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Paulsen, Waltraut, geb. **Hellwig**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Pflanz, Renate, geb. **Golenia**, aus Treuburg, am 1. Juni
Roszkowski, Elfriede, geb. **Bondzio**, aus Kröstenwerder, Kreis Lyck, am 1. Juni
Schiffer, Elly, geb. **Hellwig**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Schmitsdorf, Hans, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Schröter, Hildegard, geb. **Jelowik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 3. Juni
Steude, Elfriede, geb. **Stinski**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 3. Juni
Vieten, Waltraud, geb. **Karschau**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 31. Mai
Viethen, Martha, geb. **Rehaag**, aus Wernegitten, Kreis Heilsberg, am 30. Mai
Werfel, Ingeborg, geb. **Breslein**, aus Ebenrode, am 31. Mai
Wiedenhöft, Irmgard, geb. **Noga**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 1. Juni
Zelaskowski, Irmgard, geb. **David**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juni
Zinn, Elfriede, geb. **Engelke**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Angermann, Günther, aus Heiligenbeil, Herbert-Norkus-Straße 5, am 28. Mai
Gedusch, Barbara, geb. **Schwandt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Kneib, Irmgard, geb. **Kallweit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Münnich, Helga, geb. **Böhm**, aus Lank/Lankhof, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai
Tellbüscher, Margot, geb. **Höweler**, aus Bromberg, Kreis Samland, am 1. Juni
Wengoborski, Karl-Heinz, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 29. Mai
Zimmermann, Hannelore, geb. **Schweiger**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 28. Mai



Beister, Erich, und Frau Ilse, geb. **Berger**, aus Neu-Lindenau, Kreis Königsberg, und Genslack, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Kagelmacher, Günter, und Frau Hanna, geb. **Schekahn**, aus Pillkoppen, Kreis Samland, am 31. Mai
Krüger, Horst, aus Danzig, und

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 26. Mai, 21 Uhr, ZDFinfo: Ein Leben für die Krone. Elisabeth II.
Sonnabend, 26. Mai, 23.45 Uhr, NDR: 25 Jahre Ostsee-Report: Spinnen die Finnen?
Sonntag, 27. Mai, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 27. Mai, 18.30 Uhr, ARD: Im Osten was Neues: Polen und die Ukraine vor der EM.
Sonntag, 27. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Romy.
Sonntag, 27. Mai, 22 Uhr, Romy – Porträt eines Gesichts.
Sonntag, 27. Mai, 22.15 Uhr, BR: Bericht vom 63. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg.
Sonntag, 27. Mai, 22.30 Uhr, MDR: Vision – Aus dem Leben der Hildegard von Bingen.
Montag, 28. Mai, 19.15 Uhr, ZDF: Rendezvous im wilden Osten. Polen, Ukraine und das Sommermärchen – Die Gastgeber der Fußball-EM.
Dienstag, 29. Mai, 20.15 Uhr, RBB: Honeckers „Air Force One".
Dienstag, 29. Mai, 21.30 Uhr, Arte: Ukraine – Demokratie mit Hindernissen.
Dienstag, 29. Mai, 22.05 Uhr, MDR: Berichte aus der DDR. Westkorrespondenten in Ost-Berlin.
Mittwoch, 30. Mai, 8.15 Uhr, Tagesschau24: Practica – Kameras aus Sachsen.
Mittwoch, 30. Mai, 21.05 Uhr, 3sat: Die Wut der Scheidungskinder. Wenn die Liebe zu Eltern erlischt.
Donnerstag, 31. Mai, 20.15 Uhr, 3sat: Gegen den Strom – Zurück in die Region.
Freitag, 31. Mai, 20.15 Uhr, WDR: Meine Kindheit – Wie lebt es sich in adeligen Gemäuern?
Freitag, 31. Mai, 22 Uhr, 3sat: Die Spaziergängerin von Sans-Souci. Drama von 1982 mit Romy Schneider.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Frau Emma, geb. **Marzinowski**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 1. Juni

Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, und Frau Lisbeth, geb. **Holz**, aus Königsberg, am 31. Mai

Tiska, Rüdiger, und Frau Lucie, geb. **Reh**, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, und Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Mai

Wolter, Kurt, aus Hindenburg, Kreis Labiau, und Frau Liesbeth, geb. **Peter**, aus Metgethen, Stadt Königsberg Pr., 31. Mai



Meyer, Günter, und Frau Hildegard, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 1. Juni

Przygodda, Erwin, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, und Frau Gerda, geb. **Schmidt**, aus Haselberg, Kreis Schlossberg, am 2. Juni

Wenk, Klaus, aus Pristanien/Paßdorf, Kreis Angerburg, und Frau Christel, geb. **Atrott**, aus Königsberg, am 25. Mai

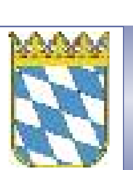
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 27. Juli bis 6. August fährt die Kreisgruppe Buchen nach Königsberg mit Insterburg, Trakehnen, Kurische Nehrung, Masuren, Westpreußen und östliches Hinterpommern. Die Reisenden erwartet ein sehr vielfältiges, individuell gestaltetes Programm. Es sind noch vier Plätze frei. Interessenten mögen bitte die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler in Buchen unter Telefon (06281) 8137 anrufen, die näher darüber informieren wird.



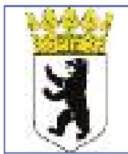
BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Freitag, 1. bis Sonnabend, 9. Juni: Ostpreußenreise.

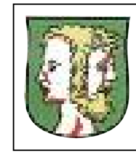
Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Starnberg – Donnerstag, 14. Juni: Tagesfahrt ins Blaue.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 2. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Wehlau – Sonntag, 3. Juni, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 10. Juni, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (0332321) 88826.




Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 20. Juni, 14 Uhr, „Oma Brinks Kartoffelhaus“, im Clubraum, Gardeschützenweg



139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Bartenstein – Sonnabend, 30. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

FRAUENGRUPPE



Mittwoch, 13. Juni, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Frühling in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

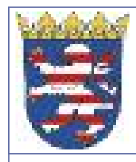


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Heimatliche Küche. Spezialitäten aus Ost- und Westpreußen. – Bei der **Jahreshauptversammlung** berichtete der Vorsitzende Dieter Schetat über die Tätigkeit des Vorstandes und die stattgefundenen Veranstaltungen des vergangenen Jahres. „Die Treffen sollen an unsere Heimat erinnern und zur Verbundenheit der rund zweihundert Mitglieder mit der Landsmannschaft beitragen“, sagte Schetat. Elf Monatstreffen standen auf dem Programm mit überwiegend heimatbezogenen Themen: „Er kam aus einer großen Stille“, ein Vortrag von Bärbel Beutner, Vorsitzende der Ernst-Wiechert-Gesellschaft, „Es war ein Land – wir liebten das Land“, ein Nachmittag mit historischen Filmaufnahmen aus unserer Heimat, zwei Heimatnachmittage mit Nachdenklichem und Lustigem – verbunden mit Informationen über das Geschehen in den Heimatgebieten – sowie ein Bericht des Mitglieds Irmgard Gethöffer von ihrer Reise nach Masuren unter der Überschrift „Auf den Spuren meiner Wurzeln“, sind nur einige der Themen. Als herausragende Veranstaltung bezeichnete der Vorsitzende die Feierstunde zum 65-jährigen Bestehen der Landsmannschaft, die mit dem Festvortrag des renommierten Historikers Prof. Wolfgang Stribrny am 18. Juni 2011 stattfand. Nur drei Monate danach ist Prof. Stribrny im Alter von 77 Jahren überraschend gestorben. Natürlich kamen auch gesellige Stunden nicht zu kurz wie beim Sommer-Gartenfest, Närrischen Kreppelkaffee und den Feiern zum Erntedankfest und zu Weihnachten. Durch den monatlichen Stammtisch-Essen mit durchschnittlich dreißig Gästen sollen die typischen ost- und westpreußischen Gerichte nicht in Vergessenheit geraten. Die Leiterin der Frauengruppe, Helga Kukwa, lädt jeden Monat zum Heimatnachmittag ein, der meist von zwanzig bis dreißig Teilnehmern besucht wird. Rührig ist auch der Frauenchor mit der Dirigentin Ehrentraud Gerlach, der bei Veranstaltungen zum Erntedankfest, Tag der Heimat, zu Weihnachten und anderen Feierlichkeiten auftritt. Mit Geldspenden zum Weihnachtsfest erfreut die Landsmannschaft seit vielen Jahren bedürftige Familien, die nach dem Krieg in Ost- und Westpreußen geblieben sind. Alle beziehen nur eine kleine Rente, die kaum für das Allernötigste ausreicht. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde die Vereins-Satzung vom 29. März 1950 (in der 4. Fassung nach dem Stand von 1984) den heutigen Gegebenheiten angepasst und von der Mitgliederversammlung ohne Gegenstimmen genehmigt. Einstimmig wurde der gesamte Vorstand für das Geschäftsjahr 2011 entlastet. Besondere Anerkennung erhielt Schatzmeister Christian Wnuck von den Rechnungsprüfern Peter Gutzeit und Margot Schittko für seine einwandfreie Kassenführung. Nach dem offiziellen Teil zeigte Dieter Schetat Lichtbilder aus dem Vereinsleben, die Höhepunkte und herausragende Ereignisse der Verbandsarbeit im vergangenen Jahr in Erinnerung riefen.

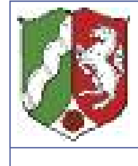


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Walter Perkuhn, Oldenburg, hält einen Dia-Vortrag: „Von Königsberg den Pregel aufwärts“, zweiter Teil des Vortrags über seine Heimat, Kreis Löwenhagen bei Königsberg. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 15. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

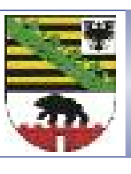
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. Obwohl es eine Frauengruppe ist, sind Herren herzlich willkommen.

Bielefeld – Montag, 4. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 21. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Düsseldorf – Montag, 4. Juni, 19 Uhr, GHH/Ausstellungsraum: Ausstellungseröffnung „Tout le monde kaputt“. Der Erste Weltkrieg im Comic. – Dienstag, 5. Juni, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzsaal: Vortrag von Dr. Peter Koura „Das Grauen – Die brutale Vernichtung Lidices vor 70 Jahren“. – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 8. Juni, 18 Uhr, Restaurant Laurens, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Dienstag, 12. Juni, 15 Uhr, GHH / Eichendorffsaal: Filmvorführung „Kadetten“ (Detuschland 1939). – Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr, Bambi Filmstudio, Klosterstraße 78: Filmvorführung „Lidice“.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

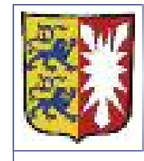


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 11. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: „Alltag in Ostpreußen“. Dia-Vortrag.

Magdeburg – Dienstag, 5. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 10. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Himmelfahrt und Pfingsten.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Malente – Freitag, 1. Juni, 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Rövkampallee 39, Krummsee: Besichtigung beim Blumenfreund in gemütlicher Runde. Für die Teilnehmer gibt es ein Stück Torte plus Kaffee unbeschränkt (Kostenbeteiligung: fünf Euro). Gäste sind herzlich willkommen.

Bad Oldesloe – Nach Begrüßung der Mai-Runde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen dankte der 2. Vorsitzende Georg Baltrusch noch einmal für den gelungenen Ausflug ins Blaue, der nach Winsen/Luhe führte. Thema des Nachmittags war „Schloss Ahrensburg – ein Juwel der Renaissance“. Gisela Brauer ging in ihrem Referat auf die wechselvolle Geschichte des Schlosses ein. Peter Rantzau erbaute 1585 das Schloss, das dann über sieben Generationen in der Familie Rantzau blieb. Dann ging es an die Familie Schimmelmann über, die mit sechs Generationen hier residierte. Die schwere Wirtschaftskrise der 20er Jahre zwang die Schimmelmanns dazu, das Schloss 1932 zu verkaufen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es unter anderem von der Kreisberufsschule Stormarn genutzt. Seit 1955 steht das Schloss als Museum schleswig-holsteinischer Adelskultur Besuchern offen. Nach umfangreichen Restaurierungsarbeiten wurde das Schloss 2003 in eine private Stiftung umgewandelt. Kostbare Möbel, Gemälde, Meißner Porzellan und

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Kristalllüster zeugen von einer vergangenen reichen Epoche. Einige Räume im Schloss können für private Feste gemietet werden. In der Diskussion brachten die Teilnehmer ihre Kenntnisse über das Schloss Ahrensburg ein. Georg Baltrusch las das „Kartoffelgedicht“, in dem humorvoll über die vielseitige Verwendung dieser Knolle berichtet wird. „Geburtstagskinder“ des Monats waren Georg Baltrusch und Boris Makarowski.

Bad Schwartau – Donnerstag, den 14. Juni, 15 Uhr. AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, Bad Schwartau – Das erste Veranstaltungs-Halbjahr bei den Ostpreußen endet mit einem Diavortrag von Pastor em. Axel Simanowski: „Auf deutschen Spuren in Südrussland“ – Seit Katharina der Großen, der deutschen Prinzessin aus Anhalt-Zerbst, siedelten deutsche Kolonisten an der Wolga und haben dort bis heute ihre Spuren hinterlassen. Die Reise mit dem Flussschiff beginnt im ehemaligen Siedlungsgebiet der Wolga-Deutschen und führt in die deutsch-russische Schicksalsstadt „Stalingrad“, dem heutigen Wolgograd. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat in der Nähe, in Rossoschka einen Soldatenfriedhof für die gefallen Soldaten geschaffen. Nach einem Abstecher ins Wolgadelta zur Lotosblüte führt der Weg ins Land der Kosaken am Don. Heute versuchen die freiheitsliebenden Kosaken wieder ihre alten Traditionen neu zu beleben. Während des Zweiten Weltkrieges versuchten sie mit Hilfe der Wehrmacht das Sowjet-Joch abzuschütteln. Über den Wolga-Don-Kanal, der auch durch deutsche Kriegsgefangene gegraben wurde, geht es nach Rostow am Don und Taganrog, dem Geburtsort des Schriftstellers und Dramatikers Anton Tschechow. – Bei dieser Gelegenheit können die Gäste bereits Näheres zu der Herbstfahrt erfahren und sich dafür eintragen. Da im Juli keine Veranstaltungen sind, ist der 14. Juni das letzte Treffen vor diesem Tagesausflug, der für den 9. August geplant ist. Gäste sind wie immer herzlich willkommen!

Flensburg – Sonntag, 10. Juni, 13.15 Uhr: „Wir gehen an Bord“. Um 12.45 Uhr Treffpunkt am Schiffsanleger der Alexandra, Fördefahrt (13.15 Uhr bis 14.45 Uhr), Kaffeerunde an Bord.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 14. Juni, 14.30 Uhr, Jugendherberge: Ostpreußennachmittag.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Die Bundesstiftung zeigt im Rahmen der 7. Berlin Biennale für zeitgenössische Kunst vom 27. April bis 1. Juli 2012 im Deutschlandhaus unter dem Titel „Stück für Stück erinnern“ die Ergebnisse eines Sammlungsaufrufs nach persönlichen Erinnerungsstücken an Flucht, Vertreibung und Heimatverlust. Michael Dorrmann, Ausstellungskurator der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, bietet dazu am 29. Mai um 18 Uhr, am 14. Juni um 14 Uhr und am 20. Juni um 18 Uhr kostenlose Führungen an. Anmeldungen unter veranstaltungen@sfvv.de möglich.

AUS DEN HEIMATKREISEN

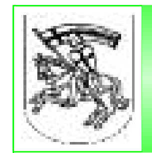
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

In der letzten Zeit kam es widerholt zu Störungen beim Netzanbieter unserer Internetseite. Dies hat uns dazu veranlasst, den Anbieter zu wechseln. Unsere Internetseite ist nun wieder in zuverlässiger Qualität unter den Adressen www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de und www.heiligenbeil-ostpreussen.de zu erreichen.

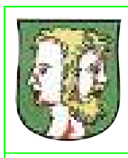


KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Ortstreffen Groß Ottenhagen und Umgebung – Auch unser diesjähriges Ortstreffen war gut besucht. Wir sind alle dankbar, dass sich fast 40 Landsleute und ihre Angehörigen in Weiterode/Bebra treffen konnten. Es hatten sich noch weitere Landsleute angemeldet. Erna Bott geb. Grimm und die Eheleute Gerda Jesseit, geb. Siebrandt und ihr Ehemann Waller mussten ganz kurz vor unserer Veranstaltung absagen. Dies war den gesundheitlichen Problemen geschuldet. Der sehnliche Wunsch zu kommen war da, aber leider konnten sich unsere Landsleute diesen nicht erfüllen. Wir vermissten auch noch viele andere Groß Ortenhagener und Woriener. Wir haben ihrer gedacht und hoffen, dass es einigen im nächsten Jahr wieder besser gehen möge. Wir trauerten um den am 19. Januar 2012 verstorbenen Groß Ottenhagener Horst Growe. Am 4. Oktober 2011 konnte er noch seinen 80. Geburtstag im Kreise seiner Angehörigen feiern. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Werner Liedtke war unser ältester Landsmann aus Groß Ottenhagen. Er hatte sich wieder als erster zum Treffen angemeldet und war mit dem Zug aus Wolfenbüttel gekommen. Soviel Lebensmut und Unternehmenslust wünschen wir uns alle. Dankbar waren wir auch, dass es sich das Ehepaar Beister nicht nehmen ließ, uns mit seinen Sketches, die natürlich in Groß Ottenhagen spielten, zu erfreuen und zu amüsieren. Wenige – aber eben doch noch einige – können noch so gut platt sprechen wie sie. Viel gelacht wurde über Lydia Growes turnerische Glanzleistung. Man litt fast mit beim Anschauen dieser anstrengenden Vorführung. Etwas wehmütig wurde es einem ums Herz, als Gaby Stobbe, nicht aus Ostpreußen stammend, das Gedicht von Alfred Lau „Ostpreußen“ aus dem Jahre 1938 vortrug:

„Ich weiß ein Land, so eigen, / so schön, als wär's erträumt, / wo stolze Tannen ragen / und weiße Woge schäumt, / wo segensschwere Erde / des Wandrers Schritte trägt / und frohe, lebensstarke, / gesunde Menschen prägt. / Und fragt ihr nach dem Namen, / so sei er stolz genannt: / Das Land, so schön, so eigen, / Ostpreußen heißt das Land! / Den möchte' ich glücklich preisen, / der hier zu Hause ist, / wo aus der Ackerkrume / das starke Leben grüßt. / Drum dank ich meinem Schöpfer / bin betend ich allein, / der mich für wert befunden, / Ostpreußens Sohn zu sein.“. Nächstes Jahr im Frühling wollen wir uns wiedertreffen. Der Termin wird rechtzeitig in „Unser schönes Samland“ und in der *PAZ* bekannt gegeben.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Neue Bücher – Rechtzeitig zu der diesjährigen Reisezeit ist die vierte Auflage des „Kleinen Reiseführers Lyck in Masuren“ herausgekommen. Der Verkaufspreis beträgt fünf Euro. Separat dazu kann ein zweisprachiger Stadtplan von Lyck, ebenfalls für fünf Euro, bestellt werden. Außerdem kann noch die interessante Dokumentation „Masuren-Seminar“ zum Preise von fünf Euro erworben werden. Vorrätig sind auch noch: Heimatbuch „Der Kreis Lyck“ zum Preise von 20 Euro. „Die Landgemeinden des Kreises Lyck“ ebenfalls für 20 Euro, „Chronik der Stadt Lyck von 1859“ zum Preise von fünf Euro, „Alle Ortspläne komplett“ zum Preise von 20 Euro, Krawatte, dunkelblau mit dem Lycker Wappen ebenfalls für 20 Euro. Alle genannten Preise plus Porto. Bestellungen nimmt Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797, entgegen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

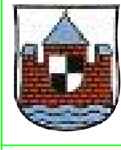
Pfingstheimatbrief – Der Pfingstheimatbrief Nr. 138 ist inzwischen fertiggestellt und in Druck gegeben worden. Diese Ausgabe enthält neben vielen interessanten Themen auch eine ausführliche Beschreibung zu unserem diesjährigen Heimattreffen am 9. September im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfasst sind, erhalten den Heimatbrief noch vor Pfingsten. Wer den Heimatbrief noch nicht bezieht, ihn aber haben möchte, teile bitte seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Ein Exemplar wird dann umgehend zugesandt. Eine größere Anzahl der Weihnachtsausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, weil sich die Anschriften der Landsleute geändert hatten. Alle Bezieher werden deshalb erneut dringend gebeten, Adressen- und sonstige Personenstandsänderungen sofort dem Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenintensive Nachforschungen und Nachsendungen.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Drei verdienstvolle Kreistagsmitglieder geehrt – Im Rahmen der letzten Kreistagssitzung in Halle/Saale konnte Kreisvertreter Dieter Neukamm gleich drei verdienstvollen Kreistagsmitgliedern zum achtzigsten Geburtstag gratulieren und ihnen Geschenke überreichen. **Helmut Pohlmann** wurde in Waldau, Kreis Tilsit-Ragnit geboren, wo er bis zur Flucht 1944 die Schule besuchte. Die Flucht endete jedoch in der Gefangenschaft. Bis zur Ausweisung im Herbst 1948 arbeitete Helmut Pohlmann auf den Kolchosen Juckstein und Karlsberg/Ober-Eißeln. Die Familie kam nach Rendsburg/Schleswig-Holstein. Dort erlernte er das Kfz-Handwerk und studierte später in Kiel Maschinenbau. Seine beruflichen Stationen führten ihn nach Berlin, Frankfurt/Main und Dietzenbach. Im Ruhestand zog es ihn wieder nach Holstein, in Kropp kaufte er ein Haus. Dem Kreistag gehört Helmut Pohlmann seit 1992 an, er übernahm in diesem die Funktionen des Schriftführers und Geschäftsführers. Heute ist er Ehrenmitglied. Am 24. Mai.1998 wurde Helmut Pohlmann für seine Verdienste das „Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen in Silber“ verliehen. – **Ernst-Günter Fischer** wurde in Gudschen (Insterbergen), Kreis Tilsit-Ragnit geboren. Seine Einschulung erfolgte 1938 in Plauschinen (Plauen). Später zog die Familie nach Ragnit, wo er die Pestalozzi-Schule in der Landrat-Penner-Straße bis zur Flucht besuchte. Diese führte über Soltau im Kreis Neidenburg und Grimmen in Pommern nach Heide in Schleswig-Holstein. In Büsum wurde Ernst-Günter Fischer 1946 konfirmiert, nach dem Schulabschluss absolvierte er erfolgreich eine Gärtnerlehre. Anlässlich des Kreistreffens 2001 in Preetz wurde Ernst-Günter Fischer zum Vertreter des Kirchspiels Ragnit-Land gewählt. Diese Aufgabe füllt er bis heute mit großem Erfolg aus. Darüber hinaus führt er in seiner neuen Heimat Sparrieshoop regelmäßige Ostpreußentreffen durch, die bis auf die Sommerpause alle zwei Monate stattfinden. Dabei pflegt Ernst-Günter Fischer einen engen Kontakt zur örtlichen Presse. – **Walter Klink** wurde in Schillen Hochmooren (Ilauszen) geboren, wo seine Eltern einen großen Hof besaßen. In Schillen besuchte er die Schule bis zur Flucht 1944, die ihn nach Dänemark führte. Im ostfriesischen Jeverland erlernte er das Bäckerhandwerk und kam dann über den Bundesgrenzschutz zur Bundeswehr. Diese verließ er 1992 als Stabsfeldwebel. Große Verdienste hat sich Walter Klink um die Heimatstube in Preetz erworben. Durch seine Archivarbeit sind die vielen Sammlungsstücke wesentlich besser nutzbar. In einem von ihm angelegten Findbuch sind sie alle registriert. Durch seine unermüdliche Arbeit konnte das Haus Erzberger (Haus der Begegnung) in Schillen bis heute erhalten bleiben. Walter Klink begleitet jedes Jahr Hilfstransporte, hat aber auch selbst Hand angelegt und die dortigen Bewohner ganz persönlich betreut. Für Kinder hat er Kinderfeste veranstaltet und für das Krankenhaus in Schillen spendete er ein Röntgengerät. Neben seiner Tätigkeit als Kirchspielvertreter für Schillen unterstützt er Tagungen mit seinen EDV-Kenntnissen. Walter Klink ist ein Mensch, der jedem hilft, der Hilfe braucht.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Stadtvertretung – Bei der Stadtvertretersitzung wurde als Nachfolgekandidat für die Stadtvertretung Günter Dornbusch vorgeschlagen. Günter Dornbusch ist 1936 in Tilsit geboren, wurde in die Schule Stadtheide eingeschult und mußte 1944 mit Mutter und vier Geschwistern seine Heimat verlassen. Nach langer Irrfahrt bis nach Böhmen gelangte er nach Sachsen. Er erlernte den Beruf des Maschinenschlossers, legte später seine Meisterprüfung ab und war leitend in einem Betrieb des Schwermaschinenbaus tätig. Nach Eintritt in den Ruhestand wurde er aktiv in der landsmannschaftlichen Arbeit. Sein Einverständnis zur Mitarbeit in der Stadtvertretung liegt vor. Gemäß Vereinssatzung ist die vorgeschlagene Person in der *PAZ* unter Tilsit-Stadt zu veröffentlichen. Allen Mitgliedern ist es anheimgestellt, bis 15. Juli Gegenvorschläge zu machen. Gehen keine Gegenvorschläge ein, gilt der Kandidat als gewählt.

Ostpreußisches Landesmuseum

Sonderausstellung:

8. Juni bis 14. Oktober 2012 (Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 7. Juni, 19 Uhr: „Vertraute Ferne“. Kommunikation und Mobilität im Hanseraum. Die Ausstellung „Vertraute Ferne“ nimmt sich der auch heute noch faszinierenden historischen Hanse an. Neueste Forschungserkenntnisse aufgreifend will sie entsprechend neue Maßstäbe setzen. Der für mittelalterliche Verhältnisse geografisch ungeheuer weite, kulturell ungewöhnlich homogene Hanseraum erschließt sich dank wertvoller Leihgaben aus sieben Ländern: Belgien, Deutschland, Estland, Lettland, die Niederlande, Polen und Russland – eine einzigartige Zusammenstellung von teils noch nie gezeigten Exponaten, die auch die Schätze aus dem Lüneburger Archiv und Rathaus präsentiert. In sechs Themenbereichen wird beleuchtet, wie die mittelalterlichen Hansekaufleute über weite Entfernungen kommunizierten und ihre umfassenden Netzwerke knüpften. Mobil waren aber nicht nur die Kaufleute, sondern auch Handwerker, Pilger und angehende Gelehrte.

Archäologische Funde geben einen Einblick in den hansischen Alltag und spiegeln die Handelsströme, Tradition und Innovation der damaligen handwerklichen Produktion wider. Auch die überwältigenden Schätze hansischen Wohlstands werden zu sehen sein.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599-50, info@ostpreussisches-landesmuseum.de

Königsberger Hafenimpressionen

Fotos zeugen vom einstigen Leben der Pregelmetropole als Handelsumschlagplatz



Im Königsberger Hafen: Die 1873 auf der Reiherstieg-Werft in Hamburg gebaute „Pionier". Rechts im Bild ragt der Turm des Schlosses über die Dächer. Ursprünglich für die Hamburger Firma J.C. Godeffroy & Sohn gebaut, kam das Schiff bereits im April 1874 nach Königsberg, wo es unter der Flagge von R. Kleyenstüber fuhr. Während des Ersten Weltkrieges wurde die „Pionier" zeitweise von der Kaiserlichen Marine als Hilfsschiff genutzt. Im Jahre 1940 erfolgte ein Eignerwechsel zu Sartori & Berger nach Hamburg, 1946 zu Rich. A. Hohmuth und Anfang 1953 zu G. Jäkering. Nur wenige Wochen später wurde das Schiff vor der holländischen Küste im Sturm so schwer beschädigt, dass es zum Abbruch an eine Duisburger Verschrottungsfirma verkauft wurde Bild: Jansen/Archiv Fuchs

Zwei Pfingstbräuche

Birken zum Festtag hatten in Ostpreußen eine andere Bedeutung als in Westdeutschland

Sie waren in ihrer neuen Heimat in Westdeutschland angekommen. Die Mutter und Hanna, vier Jahre nach Kriegsende aus Ostpreußen. Der Vater kam ein halbes Jahr früher aus französischer Gefangenschaft. Zu Pfingsten waren sie nach Jahren der Trennung endlich wieder vereint.

Was ihnen zum neuen Heim werden sollte, war ein barackenähnliches Häuschen, ein Behelfsheim. Es stand frei zwischen Feldern und Wiesen ein Stück vom Dorf entfernt, zu dem es gehörte. Und das Leben, das jetzt hier zusammen mit dem Vater begann, erfüllte Hanna Tag und Nacht mit nahezu euphorischer Freude. Bald nachdem sich die Familie in ihrer „Villa", wie sie das Behelfsheim nannten, eingerichtet hatte, nahte das Pfingstfest. Und darauf freute sich Hanna so, als ob an diesen Feiertragen etwas ganz besonderes zu erwarten sei. Schon Tage vorher fragte sie, ob die Eingangstür auch mit Birken geschmückt werden würde, wie es in der Heimat zu Pfingsten üblich gewesen war. Die Mutter meinte jedoch, dass es vielleicht richtiger sei, darauf zu verzichten. Man sollte sich nicht „abzeichnen", wie sie es nannte.

Wenn ein Strauß Birkengrün auf den Stubentisch gestellt würde, wäre das genug, sagte sie. Der Vater aber entgegnete: „Wir haben es zu Hause so gehalten, also werden wir es auch hier so halten. An unserer Eingangstür wird es zu Pfingsten frisches Birkengrün geben!" Über die Entscheidung freute sich Hanna nahezu kindlich. Uns als sie sich am Abend vor dem Fest nach dem gemeinsam mit der Mutter vollbrachten Wischen und Scheuern in den Räumen und dem Fegen und Harken um die kleine Behausung herum müde zu Bett legte, gingen ihre Gedanken zurück zu dem alten Hof in der Heimat, wo es in den guten Zeiten am Tag vor einem Fest ganz ähnlich zugegangen war. Und zu Pfingsten hatte dort nicht nur Birkengrün an Haus- und Stalltüren geprangt, es hatte auch in den Stuben üppig aus allen Aussparungen der Deckenbalken geragt.

Am Pfingstmorgen dann, als Hanna erwachte, beschäftigte sie allerdings die Frage, ob an der jetzigen Haustür Birkengrün war. Eilig erhob sie sich, um nachzusehen. Fröhlich betrat sie die Küche, wo der Vater dabei war, sich zu rasieren, und die Mutter gerade den Kaffee aufgoss. Der Morgengruß und das gegenseitige Frohe-Pfingsten-Wünschen klangen von allen stimmungsfroh. Dann aber kam es Hanna so vor, als ob Vater und Mutter etwas merkwürdig dreinblickten. So, als gäbe es da Unausgesprochenes, das sie beschäftigte. Und ehe Hanna sich in den kleinen waschküchenähnlichen Nebenraum begab, um sich zu waschen und zu kämmen, fragte sie: „Ist etwas mit euch?" „Mit uns nicht, aber vor unserer „Villa" hat sich etwas ereignet, was wir uns nicht erklären können!" antwortete der Vater. „Geht es um Birken an unserer Tür?" fragte Hanna gespannt. Die Eltern sahen sich stumm an. „Nun sagt schon, was los ist! Ich kann doch so, im Nachthemd, nicht nach draußen!" „Na denn guck mal durchs Fenster!", schlug die Mutter vor.

> Hanna freute sich, dass die Familie nun dazugehörte

Neugierig steckte Hanna den Kopf hinter die knapp fensterrahmengroße kaum geraffte Gardine, und was sie draußen sah, verstand sie nicht. Ein Stückchen von dem Gebäude entfernt, in dem sie wohnten, war ein hoher, mastartiger Stamm in die Erde eingebracht worden, an dessen oberem Ende ein Busch frischer junger Birkenzweige prangte. „Was ist das für ein Baum? Wer hat den bei uns aufgestellt? Du Vater?" fragte Hanna verwundert. „Ich habe mir die Mühe nicht gemacht. Mutter und ich sind so ahnungslos und überrascht wie du. Wir würden ebenfalls gern wissen, wer uns damit beehrt hat!" antwortete der Vater. Hanna schaute sich den Mastbaum lange an, ehe sie sich zu ihrer Morgentoilette begab.

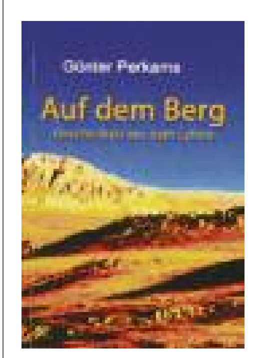
Beim Frühstück lieferte der Überraschungsbaum, wie der Vater das, was da draußen stand, nannte, den hauptsächlichsten Gesprächsstoff. Von den um die zwei Meter hohen Birkenästen, die er aus dem Wald geholt und rechts und links des Eingangs aufgestellt hatte, war kaum die Rede. Die Mutter und Hanna brachen auch bald auf. Sie hatten beschlossen, in die Kirche zu gehen, und beeilten sich, auf den Weg zu kommen.

Das nächste Gotteshaus befand sich in dem Dorf hinter dem kleinen Wald, in dessen Nähe sie wohnten. Und als sie in jenen Ort gelangten, stellten sie verwundert fest, dass auch hier vor manchen Häusern solche Baumgebilde errichtet waren, wie bei ihnen. „Wir werden nicht lang rätseln und uns gleich erkundigen, was diese kahlstämmigen Gewächse zu bedeuten haben!", schlug die Mutter vor. Und so hielten sie es auch. Noch ehe sie den Kirchplatz erreicht hatten, wussten sie es. Man hatte ihnen erklärt, dass es ein alter Brauch der Gegend sei, dass die Burschen des Dorfes den Mädchen, die sie verehrten, in der Nacht vom Pfingstsonnabend zum Pfingstsonntag Maibäume vor ihren Fenstern errichteten. Also standen sie überall dort, wo ein verehrtes junges Mädchen wohnte.

Als Hanna das vernahm, blieb ihr fast der Atem weg. Und als die Mutter im Weitergehen mit einem seltsam auf sie gerichteten Blick sagte: „Nun, sein mal einer an!" da war sie ganz verworren. Ihr fünfzehnjähriges Gemüt war so aufgewühlt, dass sie in der Kirche kaum der Predigt folgen konnte. Immer von neuem beschäftigte sie, was in der vorausgegangenen Nacht vor der Tür geschehen war, hinter der sie wohnte. Ihr blieb ziemlich unverständlich, wie es dazu kam, dass sie mit einem solchen Maibaum bedacht worden war. Sie kannte doch noch kaum jemand im Dorf, von den jungen Burschen eigentlich niemand. Das machte alles so unerklärlich. Außerdem war sie gespannt, wie der Vater das bewerten würde. Aber der sagte, als man ihm nach der Rückkehr aus der Kirche erklärte, was es mit dem Baum auf sich habe, nur: „Da sind vor unserer Tür also zwei Pfingstbräuche verschiedener Gegenden zusammengeraten!" Doch die Mutter widersprach. „Das ist nicht richtig!", sagte sie. „Wir haben im Nachbardorf auch Birkengrün an Haustüren und Stalltoren gesehen!" „Na, dann sind die Birken vor unserer Eingangstür ja keineswegs etwas, das befremdlich wirken könnte!", äußerte der Vater darauf zufrieden. „Irgendwie erleichtert mich das!", bekannte die Mutter. „Und dass bei uns ein Maibaum hingestellt wurde, beweist sogar, dass man uns als dazugehörig angesehen hat!", sagte Hanna erfreut. „Jedenfalls hat es die männliche Dorfjugend so gehalten!" bemerkte der Vater. „Und die Jugend ist die Zukunft!", sagte die Mutter, voll und ganz von ihren Worten überzeugt. Hanna ging jetzt zu der hölzernen Bank, die neben der birkengeschmückten Haustür stand, ließ sich darauf nieder, blickte zu dem Maibaum hinauf und gab sich lange eigenen Gedanken hin. *Hannelore Patzelt-Hennig*

Kriegsopfer

Leben unter litauischer Herrschaft



Der 1938 geborene Spätheimkehrer Günter Perkams wuchs in seinem Heimatort Eglienen im Memelland auf, das nach dem Krieg der Litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen worden war. Nach seiner Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland 1958 lernte er wieder die deutsche Sprache, legte das Abitur ab und nahm ein Jurastudium auf. Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Justitiar und freiberuflicher Anwalt begann er, Gedichte zu schreiben, und gründete einen eigenen Verlag. Sein erster Erzählband trägt den Titel „Auf dem Berg. Geschichten aus dem Leben". Ungewöhnlich ist die Zusammenstellung der sechs Erzählungen, mit denen sich der Autor und Ich-Erzähler inhaltlich und zeitlich zwischen der jüngeren Gegenwart und der Nachkriegszeit hin und her bewegt. In „Mast- und Schotbruch" beschreibt er den Versuch der Reparatur eines in Seenot geratenen Katamarans, der nachts manövrierunfähig auf der Ostsee treibt. Der Erzähler und Beobachter verzichtet hier wie auch in der Titelgeschichte leider darauf, sich selbst und seine Segel- und Wandergesellen vorzustellen. „Liebe auf den Kolchosfeldern" handelt von der 1948 erfolgten Zwangskollektivierung und der gemeinschaftlichen Arbeit der deutschen und litauischen Landbevölkerung auf den Kolchosen.

In den beiden zentralen Erzählungen – eigentlich sind es eher Berichte – schildert der Autor den Überlebenskampf seiner eigenen, vaterlosen Familie in den Nachkriegsjahren. Wie ihre Vorfahren gehörten seine Eltern zur einfachen Landbevölkerung. Zu spät ging die zehnköpfige Familie im Herbst 1944 auf die Flucht. Sie wurden von der Roten Armee überrollt und mussten umkehren. Haus und Scheune waren unterdessen ausgeplündert und verwüstet worden. Für sie und die gesamte deutsche Restbevölkerung gab es Deutschland nicht mehr. Litauer wurden in das Memelgebiet umgesiedelt, und Russisch wurde Landessprache neben Litauisch. „Wir (Deutschen) waren die Verlierer und Opfer des Krieges ... Die litauischen Neusiedler nutzten jede Gelegenheit, um ihre Vormachtstellung zu betonen und die Deutschen als Faschisten und Hitleristen zu diffamieren. Eine neue Art der Kriminalität der Plünderung und des Diebstahls durchzog unser Land. Die Litauer konnten sich viel erlauben und sich dabei sicher fühlen, denn hinter ihnen stand die mächtige sowjetische Administration." So wurden nicht wenige Deutsche aus ihren Häusern vertrieben. Für die protestantischen Deutschen war die lutherische Kirche wichtig für den Zusammenhalt, denn nur in der Kirche war man unter sich.

> Tod des Vaters traumatisierte den Siebenjährigen

Die letzte Erzählung steuert auf ein verstörendes Ereignis hin, die Ermordung des eigenen Vaters bei einem nächtlichen Überfall durch marodierende russische Soldaten in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai 1945. Der Todesschütze feuerte im Dunkeln auf eine über die Wiesen flüchtende Person. Es war Günter Perkams Vater, der Hilfe holen wollte. Das Ereignis hat den damals Siebenjährigen vermutlich schwer traumatisiert. Heute aber meint er, dass der Tod seines Vaters die restliche Familie womöglich gerettet hat. Ob der Mord aufgeklärt wurde, weiß er nicht, doch die sowjetischen Behörden verschafften ihnen anschließend Zuwendungen, wodurch sie sich Pferd und Kuh anschaffen konnten. Auch von den später erfolgten Deportationen der „Sowjetfeinde" in den asiatischen Teil der Sowjetunion, von denen nicht wenige Memelländer und Litauendeutsche betroffen waren, blieben sie verschont.

Man sollte die Mängel der Texte, etwa bezüglich Aufbau und Ausdruck, nicht überbewerten. Schriftliche Lebenserinnerungen und Dichtungen von Laienschriftstellern sind mit professioneller Literatur nicht zu vergleichen. Als Dokumentationen und Lebensäußerungen sind sie grundsätzlich wertvoll. *Dagmar Jestrzemski*

Günter Perkams: „Auf dem Berg. Geschichten aus dem Leben", Verlag Günter Perkams 2011, broschiert, 183 Seiten, 9,80 Euro.

»*Papa war da*«

Unfallopfer Lilly lebt in eigener Welt

Ein kleines Haus am Stadtrand. Vor den Fenstern blühen Geranien, Bäume beugen sich mit ihren dichten Kronen beschützend über das rote Dach. Hier wohnt Lilly mit ihrer Mutter. Alle Leute, die sie kennen, lieben sie. Vielleicht, weil sie so zierlich ist. Und schöne, große Augen hat, die wie zwei blaue Seen unter hellen Bögen leuchten. Blonde Haare fließen um ihr Gesicht. Wenn es warm ist, sitzt Lilly am Fenster und spielt Flöte. Töne wie das Zirpen von Meisen perlen aus dem schmalen Instrument; zart und leise und hell wie eine feine kleine Glocke. Keine geregelte Melodie ist das, aber ein Suchen und Finden, ein Schrei nach Liebe.

Vor zwei Jahren war die Familie noch zusammen. Bis Albert Singer sein Auto zu Schrott fuhr. Im Wagen saßen die Kinder der Singers, Andreas, der Sohn, und Lilly, die sechzehnjährige Tochter. Vater und Sohn waren sofort tot, Mutter und Tochter überlebten. Seitdem ist das Mädchen ein wenig wirr im Kopf.

Elsa, die Mutter, war monatelang nicht ansprechbar, doch dann rappelte sie sich auf und versuchte ihr Leben und das der Tochter zu meistern. Den halben Tag sitzt sie im Kaufhaus an der Kasse; am Nachmittag geht sie putzen. Lilly erledigt leichte Arbeiten im Haus. Danach setzt sie sich mit der Flöte ans Fenster. Manchmal blicken die vorübergehenden Leute zu ihr hinauf und lächeln ihr zu. Lilly merkt es nicht; sie ist in ihre Träume versunken. – Heute sitzt sie wieder am Fenster und spielt Flöte. Ein Mann kommt herein, setzt sich hin und hört ihr zu. Plötzlich steht er auf, streicht ihr über das blonde Haar und küsst sie auf die Wange. „Papa?" ruft Lilly. Der Mann eilt hinaus. Lilly hat nun ein Geheimnis. Jetzt weiß sie, ihr Vater wird sie immer beschützen. „Gott ist mit den Schwachen", sagt die Nachbarin zur Mutter und Lilly lacht: „Der Papa hat mich besucht." *Gabriele Lins*

Vorzüglich erhaltene Versteinerung begeistert Fachwelt

Bürgermeister-Müller-Museum in Solnhofen zeigt einzigartige Funde – Stellung der Sammlung in der Paläontologie weiter gestärkt

Solnhofen im reizvoll gelegenen Altmühltal ist nun die Heimat des mit Spitznamen genannten „Paintener Eichhörnchens". Die 150 Millionen Jahre alte Versteinerung begeistert wegen seiner vorzüglichen Erhaltung die Fachwelt.

„Die Erhaltung des Fundes ist atemberaubend. Vor allem im Makrobereich ist die Weichteilerhaltung sensationell gut. Dieser Neufund schmälert die Bedeutung des in Eichstätt ausgestellten Juravenator in keiner Weise, sondern ermöglicht weitere, sehr wichtige neue Erkenntnisse", so die Aussage von Helmut Tischlinger, der zusammen mit anderen Dinosaurierforschern an der Dokumentation des bisher besterhaltenen in Deutschland gefundenen Dinosauriers beteiligt war. Tischlinger hat ein Verfahren entwickelt, mit dem mit Hilfe von ultraviolettem Licht phosphatisch erhaltene ehemalige Weichteile wie Beschuppung und Haare sichtbar gemacht werden können.

„Dieser Raubsaurier ist zu etwa 98 Prozent vollständig und repräsentiert somit sicherlich den vollständigsten je in Europa gefundenen Dinosaurier und einen der vollständigsten Theropoden weltweit", erklärte Dr. Oliver Rauhut, Konservator an der Bayerischen Staatssammlung für Paläontologie und Geologie. Unter seiner Leitung erstellte ein internationales Team eine erste Dokumentation über den Sensationsfund. Der noch namenlose Raubdinosaurier setzt sich damit an die europäische Spitze und reiht sich neben so legendäre „Ur-Europäer" wie die Jura-Dinosaurier Compsognathus und Juravenator.

Theropoden, also Raubsaurier, gehören weltweit zu den seltensten Dinosaurierfunden. Ein großer Teil der bekannten Arten ist nur in unvollständigen oder in fragmentarischen Resten bekannt. Bei dem Neufund ist auch die Tatsache, dass es sich um ein etwa 70 Zentimeter großes Jungtier handelt, wissenschaftlich hoch interessant. Am erstaunlichsten ist die Erhaltung einer starken Behaarung in verschiedenen Bereichen des Tieres. Haar- bzw. Filamentstrukturen bei Dinosauriern stehen schon seit Jahren im Fokus vieler Untersuchungen, da sich aus ihnen wohl die beim Archaeopteryx überlieferten Federn entwickelt haben.

Das Tier wurde in einem Steinbruch bei Kelheim in Bayern von einem Team professioneller Fossilienausgräber entdeckt. Das Gebiet zählt geologisch zum östlichen Solnhofener Archipel. Dort befand sich vor rund 150 Millionen Jahren eine lagunenartige Insellandschaft, wobei die Versteinerungen in Meeresbereichen entstanden, wo die Körper der Tiere mit Sedimenten überdeckt wurden.

Nach aufwändiger Bergung durch die Spezialisten und nachfolgender, viele Hundert Stunden langer, mehrstufiger Präparation im Labor gelang es, das freiliegende und schon der Witterung ausgesetzte Stück fast vollständig zu erhalten. Die Besitzer erkannten seinen hohen wissenschaftlichen und kulturellen Wert und meldeten den Fund als deutsches Kulturgut an. Damit darf der Dinosaurier das Land nicht mehr verlassen und wird der Wissenschaft in Deutschland und der Öffentlichkeit dauerhaft erhalten bleiben.



Ultraviolettes Licht macht Schuppen und Haare sichtbar: Versteinerung des „Paintener Eichhörnchens"

Bild: Helmut Tischlinger

Im Bürgermeister-Müller-Museum ergänzt das Exponat die dort vorhandene Ausstellung mit den beiden Exemplaren des Archaeopteryx. Damit wird die weltweit führende Stellung des Solnhofener Museums in der Paläontologie weiter gestärkt. Museumsleiter Martin Röper freute sich: „Aus meiner Sicht wurde bei dem Fund alles richtig gemacht. Der Besitzer hat sich selbst darum bemüht, dass das Fundstück den Status des nationalen Kulturgutes erhält."

Seit Anfang April bis November wird das „Eichhörnchen" im Rahmen der neuen Ausstellung „Fossillagerstätte Brunn – Geburt des Solnhofen-Archipels" in Solnhofen gezeigt. Der damalige Bürgermeister Friedrich Müller entdeckte 1987 das sechste Exemplar des Urvogels. Im Museum sind zwei originale Versteinerungen des Archaeopteryx –des Urvogels – vorhanden. Der erste von ihnen wurde 1861 gefunden. Ein Jahr zuvor ging der Fund einer einzelnen Feder voraus. Diese „alte Feder" gab dem Urvogel auch den wissenschaftlichen Namen. Durch den Archaeopteryx konnte die Existenz vogelartiger Dinosaurier zur Jurazeit belegt werden.

Das nach modernsten Gesichtspunkten gestaltete und als regionales Schwerpunktmuseum anerkannte Museum zeigt in reicher Auswahl versteinerte Tiere und Pflanzen aus der Jurazeit. In den Vitrinen findet der Besucher ausschließlich Originale aus der Gruppe der Saurier beziehungsweise Reptilien (Homoeosaurus, Pleurosaurus und Flugsaurier), eine Vielzahl von Krebsen, Kopffüßlern (Tintenfische, Ammoniten und Belemniten) und Stachelhäutern. Besonders reichhaltig vertreten ist die Welt der Fische. Gezeigt werden Kugelzahnfische, Seekatzen, Haifische, Schnabelfische und Knochenfische. Im Eingangsbereich der Ausstellung werden den Besuchern die Erdformationen erklärt; mit Grafiken werden sie zur Jurazeit hingeführt.

Originale von Sauriern, Reptilien und Fischen

Im oberen Stockwerk ist ein Modellsteinbruch mit den auch heute noch gebräuchlichen Arbeitsgeräten der Steinbrecher nachgebildet.

Die Erfindung der Lithografie (Steindruck) durch Alois Senefelder um das Jahr 1798 brachte Solnhofen einen gewaltigen Aufschwung. Denn nur der feinkörnige Solnhofener Stein kann für Druckzwecke verwendet werden. Eine Ausstellung von Lithografien sowie eine zeitgenössische Druckmaschine zeugen von den großartigen Möglichkeiten des Steindrucks im künstlerischen Bereich und ergänzen den Museumsbereich. Zudem finden jeden Mittwoch Betriebs- und Steinbruchführungen mit Fossiliensuche statt. *Manfred E. Fritsche*

Museum in Solnhofen, Bahnhofstraße 8, 91807 Solnhofen, Telefon (09145) 8320-20, Telefax (09145) 8320-50, E-Mail: info@solnhofen.de und über die Internetseite der Gemeinde http://www.solnhofen.de

schmale Meeresbucht (skand.) · nicht gewiss; gefahrvoll · Triumphbogen · gutschreiben · Bruder des Moses · Double für gefährliche Szenen · Bundesstaat der USA · kegelförmiges Indianerzelt · franz. Kurort an der Riviera · Ziehharmonika · ohne Inhalt · Teil des Armes · student. Organisation (Abk.) · mit großer Flamme brennen · frühere Königin der Niederlande · Sprudel für alkoholische Getränke · besondere Vereinbarung · Bartabnahme · mit festem Griff fassen u. festhalten · Ziel beim Golfspiel · Organ des Harnsystems · ärztliches Instrument · Pflanzenzüchterin · ungenutztes Gebiet · Fluss zur Seine · Wasservogel · Musik: Übungsstück (franz.) · törichter Mensch · Hauptstadt von Kanada · Gegenschlag beim Boxen · Stadt u. Provinz in Norditalien · chem. Element, Seltenerdmetall · Nachkomme · Fanatiker; Sonderling (engl.) · altrömische Monatstage · gelbbraune Malerfarbe · hornähnlicher Stoff (Insekten) · Vorstellungskraft · polnische Stadt a. d. Weichsel (dt. Name) · Aufgang aus Stufen · ganz besonderer Besucher · Längsrinne, Rille · an jener Stelle · Zuckerrübensaft · dt. Physiker (Wilhelm Conrad) · blühende Wasserpflanze · Altersruhegeld · die Kreiszahl · Dynastie im alten Peru · Bereich, Gebietsteil · schnell, blitzartig · kleines Cembalo · Feingebäck · Fragewort: Warum? · Hafen des antiken Rom · Viereck · chinesischer Palasthund · vorzeitige Beendigung · Bücherbord · Tierhand, Tierfuß · Luft einziehen und ausstoßen · Insel in der Ostsee · Garten Eden · defekt; entzwei (ugs.) · ital. Barockmaler (Guido) · Empfehlung · Probe, Stichprobe · Strudelwirkung · Weinstock · kleiner Sportrennwagen · kippen, schräg halten · Gebetsschlusswort · krautige Pflanze, Nelkengewächs · Schmuckstein · Auslese der Besten · Verordnung, Erlass · indianisches Stammeszeichen · schneller Autofahrer · Lehrer, Berater · Roman von Émile Zola · ein Glücksspiel · Schulabschlussprüfung (Kzw.) · Himmelsrichtung · Gesangsstück · Sultanat am Arabischen Meer · Metallbolzen · Abkürzung für Summa · rotbraunes Edelholz · Eigentum, Habe · aus einer weichen Masse formen · Gesichtsfarbe · anfänglich · Stern im Sternbild Walfisch

PAZ12_21

So ist's richtig:

F S A S T A H A
JULIANA TONIC KLAUSEL
SONDE RASUR PACKEN T O
RS GAERTNERIN OEDLAND
UDINE CO TG NARR O IE
C SOHN MOEWE D OCKER
CHITIN FANTASIE THORN
SEEROSE RN U DORT NE
RR RENTE EHRENGAST R
RAPID IN WIESO
PEKINESE KARREE
P K PFOTE U KN
PARADIES KAPUTT
REBE N TEST SOG
BG RENI MIERE
GRANAT AA E D N
ROULETTE MENTOR
KC I LIED OMAN
MAHAGONI NIET SA
R BESITZ KNETEN
TEINT ERST MIRA

Diagonalrätsel: 1. Taktik, 2. Gurgel, 3. Burgen, 4. Spende, 5. klonen, 6. Norden – Turnen, Kegeln

Kreiskette: 1. Pauker, 2. Palast, 3. Saluki, 4. Kumpel, 5. Rupert – Kuala Lumpur

Sudoku:

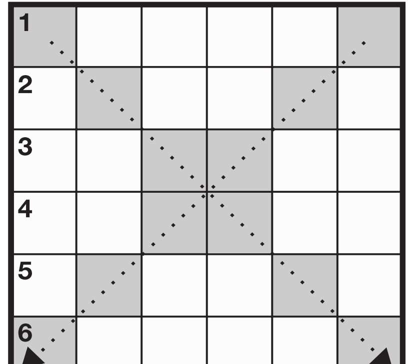
2	1	4	5	9	8	7	3	6
5	8	3	2	6	7	9	4	1
6	9	7	4	3	1	2	8	5
9	7	5	1	2	3	4	6	8
8	4	6	7	5	9	1	2	3
1	3	2	6	8	4	5	9	7
4	5	9	8	1	6	3	7	2
7	2	8	3	4	5	6	1	9
3	6	1	9	7	2	8	5	4

Sudoku

2								6
		3	2		7	9		
6	9						8	5
9			1		3			8
	4		7		9		2	
1			6		4			7
4	5						7	2
		8	3		5	6		
3								4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



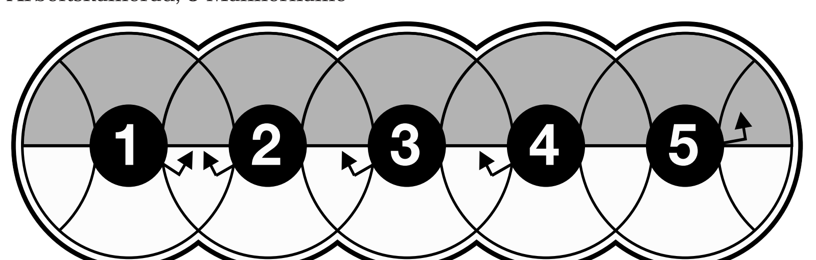
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Sportarten.

1 kluge Berechnung
2 Kehle
3 Festungen im Mittelalter
4 Gabe, Schenkung
5 Lebewesen genetisch kopieren
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte die Hauptstadt von Malaysia.

1 scherzhaft: Lehrer, **2** Prachtgebäude, **3** persischer Windhund, **4** Bergmann; Arbeitskamerad, **5** Männername



Brücke für Generationen

Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen informiert Schulen



Vorbereitung einer Goldapfahrt: Stader Schüler beim Infoabend Bild: privat

Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade hat sich nach seinem Umzug in neue und größere Räumlichkeiten, Neukonzeption und vielbeachteter Wiedereröffnung zur Brücke zwischen den Generationen entwickelt.

Nachdem die Stader Gymnasien bereits zur Neueröffnung des Patenschaftsmuseums im September 2011 Interesse gezeigt hatten, kam bereits im Februar 2012 der erste Unterricht in den Räumen des Patenschaftsmuseums zustande.

Auf Initiative von Lehrer Martin Bensen in Zusammenarbeit mit Beate C. Fiedler und unter Mitwirkung von Gertrud Braumann als Zeitzeugin erlebten Lehrer und Schüler des Stader Gymnasiums Athenäum eine Geschichtsstunde „zum Anfassen“. Gut vorbereitete Schüler verfolgten mit großem Interesse die Lesung von Frau Fiedler aus dem Notizbuch der heute 90jährigen Gertrud Braumann über ihre Erlebnisse während der Flucht aus dem Kreis Goldap im Winter 1944/45 und die Berichte der Zeitzeugin. Am nachhaltigsten wirkten auf die Schüler die persönlichen Ausführungen von Gertrud Braumann, die den Jugendlichen mit unglaublichem Mut und Einfühlungsvermögen die Ängste und Nöte dieser Tage vermittelte. Dies brachten sie auch im Nachhinein bei ihrem Lehrer deutlich zum Ausdruck.

Reges Interesse zeigten die Schüler für die „Zeit nach der Flucht“, das Museum, die Patenschaft, die Partnerschaft von Stadt und Kreis Stade und vor allem an den mitmenschlichen Beziehungen der alten und der neuen Goldaper.

Nur einige Wochen später meldeten sich die Stader Realschulen „Camper Höhe“ und „Am Hohenwedel“ zu einem Infoabend für eine Schüleraustauschfahrt nach Goldap an. Zwölf Schüler mit Eltern und den begleitenden Lehrern fanden sich am 17. April in den Räumlichkeiten des Patenschaftsmuseums ein, um sich auf diese Reise vorzubereiten. Die projektleitende Lehrerin Ruth Berkowski hatte die Schüler vorweg mit Infomaterial versorgt und gab im Gespräch besonders auch an die Eltern Tipps und einige Details zur Fahrt, zum Aufenthalt in den polnischen Gastfamilien und zum Schulbesuch in Goldap weiter. Für die Stader Schulen ist es die zweite Fahrt nach Goldap, im nächsten Jahr werden die Goldaper Schüler wieder in Stade zu Gast sein.

Schüler zeigten großes Interesse an Zeit nach der Flucht

Ein anschließender Rundgang durch die Ausstellung des Patenschaftsmuseums war mehr für die Eltern und Lehrer von Interesse, die Schüler waren mit all ihren Fragen zum Thema „Goldapfahrt“ und den Erwartungen auf diese nicht alltägliche Schulwoche vollkommen ausgelastet.

Für Annelies und Gerhard Trucewitz, den Leitern des Patenschaftsmuseums, war dieser Abend eine willkommene Gelegenheit, Schülern und Eltern die deutsche Geschichte wie auch die polnische Nachkriegsgeschichte des Kreises Goldap mittels eines Vortrages mit Powerpoint-Präsentation näherzubringen. Historische Fotos erzählten Geschichte(n), die Bilder von der heutigen Stadt Goldap und die traumhaft schöne Natur der Umgebung weckten bei Schülern und Lehrern Vorfreude auf die bevorstehende Reise. Zudem konnte das Ehepaar Trucewitz den Anwesenden viele Eindrücke aus ihrem reichen Erfahrungsschatz von zahlreichen Reisen nach Goldap und Umgebung vermitteln.

Ruth Berkowski kündigte einen Besuch mit den Goldaper Schülern und Lehrern sowie den gastgebenden Stader Familien im nächsten Jahr an. Martin Bensen vom Gymnasium Athenäum hat bei seinen Kollegen über die Veranstaltungen berichtet und damit Anregungen für weitere gemeinsame Projekte gegeben.

EB

„Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in Stade“, Harsefelder Straße 44 A, 21680 Stade, Telefon (04141) 7977537 oder (04142) 3552. Öffnungszeiten: jeden Mittwoch von 13 Uhr bis 16.30 Uhr. Terminvereinbarungen außerhalb der Öffnungszeiten sind bei rechtzeitiger Anmeldung jederzeit möglich

Verspätete Hochzeitstorte

Ihr heimlicher Wunsch erfüllte sich erst an ihrem 80. Geburtstag

Und nun – auf dein Wohl, Mama!“ Manfred hob sein Glas, die anderen Gäste folgten seinem Beispiel, und gemeinsam prosteten sie nun dem Geburtstagskind zu.

Lächelnd blickte Elisabeth in die fröhlich gestimmte Runde. Es war ihr Tag, und sie genoss ihn in vollen Zügen. Schon zur Frühstückszeit hatte ihre Nachbarin auf der Matte gestanden, um zu gratulieren, und auch danach war keine Ruhe eingekehrt. Mitglieder der Kirchengemeinde, der Pastor selbst sowie gute Freunde vom Seniorentreff hatten im Laufe des Vormittages vorbeigeschaut, um Blumen und das eine oder andere Präsent zu überreichen.

Die eigentliche Feier fand jedoch nicht in Elisabeths schlichter Zweizimmerwohnung, sondern im Hotelrestaurant statt.

„An deinem Achtzigsten sollst du keinen Finger rühren, nur genießen!“ hatte Manfred, ihr Ältester, verkündet. „Lass es kosten, was es wolle – du hast soviel für uns getan, jetzt können wir uns endlich mal revanchieren.“

Und so saß Elisabeth denn nun glücklich im Kreise ihrer Lieben und ließ es sich gutgehen. Das Essen schmeckte hervorragend, und Sekt und Wein sorgten für heitere Beschwingtheit, lösten die Zunge und bewirkten, dass Elisabeth und ihre jüngeren Geschwister zumindest verbal immer tiefer ins Reich ihrer Kindheit tauchten.

Auf dem Lande aufgewachsen, schwelgten sie in Erinnerungen, die die jüngere Generation so nicht mehr teilen konnte. Barfuß zur Schule laufen, im Dorfweiher planschen und Pflaumen aus dem Pfarrgarten stibitzen – ihren Kindern und Enkeln mochte dies alles ziemlich hinterwäldlerisch erscheinen. Für Elisabeth und ihre Geschwister waren es Herrlichkeiten gewesen.

„Wisst ihr noch“, schmunzelt Alfred und zwirbelt sich vor Vergnügen den weißen Schnurrbart, „Nachbars Sultan, diese Bestie von einem Hofhund? Wenn er vor der Hütte lag, dann war keine Gefahr in Verzug, dann war er an der Kette. Wenn nicht – dann: rennet, rettet, flüchtet.“

Gedanken an die Kindheit erfüllten die älteren Gäste

„Oh ja, das war was!“, lächelt Elisabeth. „Die Briefträger in unserer Gegend tun mir heute noch Leid. Was die ausstehen mussten!“ Die anderen nickten, und ein jeder von ihnen hielt in diesen Minuten seine ganz private Rückschau.

Die Kindheit, das heimatliche Dorf, existierten nur noch in der Erinnerung. Und doch weiß Elisabeth, dass sie nur ein wenig den Kopf in den Nacken zu legen braucht, um das vermeintlich Verlorene wieder zurückzuholen. Nachdenklich nippt sie an ihrem Rotwein. Oft, sehr oft, ist ihr Blick in den vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen. Gerade in schweren Zeiten, wenn Ängste und Sorgen sie schier erdrücken wollten, hatten die Bilder der Vergangenheit ihr Herz gewärmt und sie um vieles ruhiger und zuversichtlicher gestimmt.

„Großmama“, der Enkelsohn reißt Elisabeth aus ihren Träumen, „möchtest du nicht die Torte anschneiden?“ Die Torte? Elisabeth staunt nicht schlecht, als Markus sie an einen Tisch führt, auf dem eine mehrstöckige Geburtstagstorte prangt.

Wehmut und Dankbarkeit erfüllen ihr Herz. Hier steht sie ja – die Hochzeitstorte, von der sie damals vergeblich geträumt hatte. Das Geld war knapp gewesen, zu mehr als einer schlichten Feier im engsten Familienkreis hatte es nicht gereicht. Doch nun, zu ihrem Achtzigsten, hat sie sie doch noch bekommen: die mit Marzipanrosen und Cremetürmchen verzierte Hochzeitstorte!

Von freundlichem Applaus begleitet, taucht Elisabeth das Messer in den rosa-weißen Traum ...

Spät am Abend, als sie müde, aber hochbeglückt in ihrer kleinen Wohnung noch einmal auf den Balkon tritt, geht ihr Blick hoch zum nächtlichen Himmel. „Danke“, hört sie sich flüstern. „Danke für alles ...“

Renate Dopatka

Kunstmuseum in Ferch plant kulturellen Austausch mit Litauen – Das Museum der Havelländischen Malerkolonie in Ferch bei Potsdam zeigt bis Juli Gemälde und Grafiken mit kurländischen Motiven, die in der Malerkolonie des kleinen Fischerdorfes Nidden entstanden sind. Ein Großteil der Exponate stammt aus der Sammlung des Hamburger Unternehmers Bernd Schimpke.

Schon vor 100 Jahren waren deutsche Künstler ins nördliche Ostpreußen gereist, um die Umgebung der Kurischen Nehrung auf Leinwand festzuhalten. Bis 1945 zog es viele von ihnen nach Nidden. Richard Birnstengel, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, Gerhard Eisenblätter und viele andere wurden bekannt. Darunter Maler wie Hans-Otto Gehrcke oder Theo von Brockhusen, die auch am Schwielowsee gewirkt haben. Seit vier Jahren stellt ein Verein Werke von Künstlern, die am Schwielowsee kreativ waren, aus. Alle Vereinsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, die Gemeinde stellt die Räumlichkeiten in dem restaurierten Bauernhäuschen in der Dorfstraße zur Verfügung.

Bei einem Besuch der litauischen Botschaftsmitarbeiterin Gabriele Zaidyte zeigte dieses großes Interesse an einer Zusammenarbeit und am kulturellen Austausch. Litauen, das seit 2004 EU-Mitglied ist, sei deutscher Kunst gegenüber sehr aufgeschlossen, betonte sie. Das regelmäßig in Nidden stattfindende „Thomas Mann Festival“ locke jährlich mehr Besucher an, darunter sowohl Litauer als auch Deutsche. Thomas Mann besaß in den 30er Jahren in Nidden ein Ferienhaus, das heute das „Thomas-Mann-Kulturzentrum“ beherbergt. Der Kunstsammler Bernd Schimpke ist bereit, seine Bilder in den Räumen der litauischen Botschaft auszustellen.

PAZ

Jugend ohne Gott

Nirgends auf der Welt wird so wenig an Gott geglaubt wie in Mitteldeutschland – Gründe in der Geschichte

In der Tschechischen Republik und in den östlichen Bundesländern ist der Atheismus weit verbreitet. Genauer gesagt, glauben nirgends auf der Welt so wenige Menschen an Gott wie in Mitteldeutschland. Das hat eine neue US-Langzeitstudie herausgefunden hat. Berlin ist demnach ein Epizentrum der Gottlosigkeit, was für das allgemeine Wertegefüge hierzulande nicht ohne Konsequenzen bleibt.

Erstaunlicherweise ist in den fünf neuen Ländern und dem Ostteil Berlins der Atheismus auch in der Altersgruppe von jungen Menschen unter 28 Jahren, die nach der „Wende“ 1989/90 bereits in der vereinten Bundesrepublik groß geworden sind, weit verbreitet. 71,6 Prozent von ihnen geben an, dass sie noch nie an die Existenz Gottes geglaubt haben. Damit ist der Unglaube fast genauso hoch wie in der Altersgruppe der 38- bis 47-Jährigen (72,6 Prozent).

In puncto Gottesferne bewegen sich also Jugendliche und Eltern, die noch die atheistische DDR-Erziehung genossen haben, etwa auf gleichem Niveau wie die jungen Leute. Offenbar waren also die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirche in den letzten 20 Jahren relativ erfolglos. Nur in der Altersgruppe zwischen 28 und 37 Jahren ist tatsächlich etwas weniger Atheismus festzustellen. Hier haben 63,8 Prozent noch nie an Gott geglaubt. Als Erfolg können die christlichen Kirchen oder andere Religionsgemeinschaften diese etwas günstigere Zahl aber wohl auch nicht verbuchen. Denn wahrscheinlich ist der Rückgang durch diejenigen bedingt, die aus beruflichen Gründen vom Westen in den Osten gewechselt sind, ihren Glauben sozusagen mitgebracht haben.

Die vorgenannten Zahlen stammen aus dem internationalen Forschungsprojekt „Beliefs about God across Time and Countries“ (Glaube an Gott über Zeiträume und Länder) von der Universität Chicago. Die an der Langzeitstudie beteiligten Soziologen wollten herausfinden, wie sich der Gottesglaube in verschiedenen Ländern im Laufe größerer Zeiträume verändert. Daher erfragten sie in den Jahren 1991, 1998 und 2008 das Ausmaß an Religiosität in christlich geprägten Ländern auf der ganzen Welt.

Für Deutschland wurden die Ergebnisse nach Ost und West aufgeschlüsselt. „Ich glaube nicht an Gott“, sagten in Mitteldeutschland 52,1 Prozent aller Befragten, während in Westdeutschland dies nur 10,3 Prozent, in Russland 6,8, in den USA drei und auf den Philippinen 0,7 Prozent erklärten. Der niedrige Wert in Russland erstaunt vor allem deswegen, weil hier über mehr als 70 Jahre eine kommunistische Diktatur herrschte. Ähnlich wie die nationalsozialistische und sozialistische Herrschaft auf dem Gebiet Mitteldeutschlands versuchte sie den Menschen den Glauben an Gott auszutreiben. Doch nach der Wende 1990/91 ließen sich in Russland die Menschen wieder in Massen taufen. Während der Atheismus im Gebiet der ehemaligen DDR seitdem um 3,4 Prozent stieg, sank er in Russland in den letzten 20 Jahren um 11,7 Punkte. Wie selbstverständlich besuchen auch der Präsident und Ministerpräsident Russlands regelmäßig die Gottesdienste in den orthodoxen Kirchen des Landes, was man von Politikern in den neuen Bundesländern nur in Ausnahmefällen hört.

Was sind die Ursachen und Konsequenzen dieser relativ eindeutigen Ergebnisse? Lebt es sich ohne Gott tatsächlich leichter? Bleibt Gottlosigkeit ohne Konsequenzen für ein Land? Gerne wird die große Distanz zu Gott auf die allgemeine Modernisierung geschoben, so auch die Autoren der Studie. Das scheint nur auf den ersten Blick einleuchtend, weil jüngere Leute in der Regel etwas weniger als ältere an Gott glauben. Ein Gegenbeispiel bildet Israel, wo deutlich mehr jüngere als ältere Menschen an Gott glauben. Israel ist eines der modernsten Länder der Welt mit der höchsten Zahl von patentierten Erfindungen pro Kopf. Nach Meinung der Studienautoren liegt das auch daran, dass Juden und Moslems in starker Konkurrenz zueinander leben, was bekanntlich „das Geschäft“ belebe. Eine solche Konkurrenz gibt es in mitteldeutschen Gebieten nicht. Dort leben kaum Moslems und auch die evangelische und katholische Konfession haben sich schiedlich, friedlich „ökumenisch“ arrangiert.

Ein wesentlicher Grund für den größeren Atheismus scheint jedoch in der Geschichte begründet zu sein. Slawische Gebiete östlich der Elbe galten bereits im Hochmittelalter als eher kirchenfern. Seit der Einführung der Reformation und dem Aufblühen der Aufklärung verstärkte sich dieser Trend, so auch in den vom Königreich Preußen beherrschten Gebieten. Im Gegensatz zu den katholisch oder orthodox geprägten Ländern konnten sich Säkularisierung und Kommunismus hier besonders ausbreiten.

Dramatisch zeigen sich die Auswirkungen besonders in den Kerngebieten der Reformation in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der evangelischen „Landeskirche Mitteldeutschland“ mit der Lutherstadt Wittenberg gehören nur noch 19,5 Prozent der Bevölkerung an. Warum immer weniger Menschen mit dem von den christlichen Kirchen verkündeten persönlichen Gott etwas anfangen können, begründet der Erfurter Theologieprofessor Eberhard Tiefensee mit der „Areligiösität“. Gemeint ist damit die Einstellung, dass es den Menschen völlig egal zu sein scheint, ob es Gott nun gibt oder nicht. Sie lassen den Höchsten links liegen und hoffen sozusagen ungestraft davonzukommen.

Ob das tatsächlich der Fall zu sein scheint, ist schon im irdischen Leben zweifelhaft. Galten früher bekennende Katholiken oder Protestanten zuweilen als eher rückständig, so scheint das heute anders zu sein. Die Religion gilt unter Kulturwissenschaftlern als der zentralste Motor für die Wertebildung, für Tugenden wie Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Fairness und ehrenamtliches Engagement. Allerdings komme es dabei wesentlich darauf an, zu welcher Religion man gehört, an welchen Gott der Mensch glaubt.

Dass man mit Gott erfolgreicher auch im Alltag sein kann als ohne Gott, das zeigen Initiativen, die es auch auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt. So entstanden in den letzten 15 Jahren bei der evangelischen „Berliner Stadtmission“ neue Gemeinden für junge Menschen. Bei der „Jungen Kirche Berlin“ treffen sich vor allen Dingen Gymnasiasten, Studenten und junge Akademiker, die Freude am Glauben haben. Auch die in Erfurt angesiedelten katholischen Angebote der „Feier zur Lebenswende für Ungetaufte“, das „Nächtliche Weihnachtslob“ auf dem Domplatz oder der „Gottesdienst für Verliebte“ erfreuen sich immer größeren Zulaufs.

Hinrich E. Bues



Foto: pa

Die Präsidentin des Evangelischen Kirchentages 2011, Katrin Göring-Eckhardt, und der evangelische Landesbischof von Sachsen, Joachim Bohl, beim Plakatieren: Versäumnisse über Versäumnisse

Frauenquote total

Eine dänische lesbische Sozialistin will »Gleichstellung« auf dem stillen Örtchen und beim Eingesperrtwerden

Männer sind unter den Gefangenen in dänischen Gefängnissen übermäßig stark vertreten. Das sollte geändert werden“, sagt die dänische Politikerin Iben Wiene Rathje (31). Die Sozialistin ist Mitglied des Kopenhagener Stadtparlaments und weiß sich durchzusetzen. Ihr ernst gemeinter Vorschlag gegen das Missverhältnis der Geschlechter hinter Gittern ist eine Frauenquote für Gefängnisse.

„Etwas ist faul im Staate Dänemark“, ahnte bereits Marcellus in William Shakespeares Drama „Hamlet“. Politischen Änderungsbedarf sieht auch die sozialistische Politikerin Rathje: „Schluss mit den schönen Schulmädchen“, fordert sie jetzt. Frauen sollten demnach endlich ausbrechen, lautet die Botschaft der einflussreichen Politikerin. „Die Überrepräsentation von männlichen Gefangenen in dänischen Gefängnissen ist ein Spiegelbild der stereotypen Geschlechterrollen, die Frauen in einem starren Muster unterwürfiger Einhaltung des Gesetzes halten“, wetterte Rathje jüngst anlässlich des Internationalen Frauentages. Kürzlich konnte sie einen Etappensieg in ihrem Kampf für völlige Gleichstellung verbuchen: Urinieren im Stehen ist demnächst in Dänemarks Metropole auch für Frauen kein Problem. Das Stadtparlament beschloss auf Rathjes Antrag, sogenannte „Missoirs“ aufzustellen, öffentliche Erleichterungshilfen für Frauen.



Ermuntert Frauen zu Straftaten: Iben Wiene Rathje

Der Ausschuss für Umwelt und Technik der Dänenmetropole hat nun die dankbare Aufgabe, die Vorgabe praktisch und hygienisch umzusetzen. Zuvor hatte Rathje durchgeboxt, öffentliche Toiletten kostenlos zu machen. Sie glaubt, durch die „Missoirs“ Kopenhagen als Marke im Tourismus hervorheben zu können: „Das wird ein progressives Branding für Kopenhagen bewirken.“

Die lesbische Politikerin, die zwei Kinder mit einem schwulen Paar hat, arbeitet indes längst an weiteren Projekten. Schon 2011 setzte sie sich in einer Anfrage an die Stadtverwaltung dafür ein, Schülern im Sexualkundeunterricht „Einblicke in das Leben von Homosexuellen und Transgender-Personen“ zu vermitteln und daher Lehrern vorher Unterricht in „Homosexualkunde“ zu erteilen. Die Stadt informierte Rathje indes, Lehrer könnten zu so einem Unterricht nicht verpflichtet werden. Nun hat sie die Strafanstalten im Visier: Eine Quote würde helfen, mehr Frauen hinter Gitter zu bringen: „Es deutet nichts darauf hin, dass Frauen mehr Schaden im Gefängnis nehmen als Männer. Und warum sollten sie auch? Befreite Frauen sind genauso stark und zäh wie Männer“, erläutert Rathje ihr Anliegen.

Sie geht noch einen Schritt weiter: „Wir müssen Frauen ermutigen, Verbrechen zu begehen und sich nicht zu fürchten, entdeckt zu werden.“ Geht es nach ihr, soll in den nächsten zwei Jahren die Zahl der weiblichen Gefangenen durch Quotenregelungen erhöht werden. Um aber zur Quelle der „falschen Rollenbilder“ zu gelangen, leistet sie nun Aufklärung an Schulen. Die Aktivistin beklagt dort: „Leider denken heute viele Frauen, dass sie ihre Weiblichkeit verlieren, wenn sie Straftaten begehen.“ Weibliche Drogen- und Wirtschaftskriminelle bezeichnet Rathje daher als „Pioniere“. Eine „gläserne Decke“ verhindere allerdings, dass Mädchen und Frauen mit den ganz schweren Jungs gleichziehen. Es ist eben noch einiges faul im Staate Dänemark.

SV



Soll für einen positiven Klang der Stadt Kopenhagen bei Touristen sorgen: Ein „Missoir“, in dem sich Frauen stehend erleichtern können – und ohne Sichtschutz

Bild: Archiv

Reklame für Deutschland

Trotz der aktuellen politischen Spannungen zwischen Deutschland und der Ukraine wegen der ukrainischen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko hat Mitte Mai in Kiew eine schon lange geplante deutsch-ukrainische Kultur-Kooperation begonnen. Das „DeutschlandMobil 2012“ ist ein gemeinsames Projekt der Deutschen Botschaft, des Goethe-Instituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) sowie des Rates der Deutschen der Ukraine (Vertreter der deutschen Minderheit). Unterstützt wird es vom Kulturministerium der Ukraine. Als Sponsoren beteiligen sich die Firmen Mercedes-Benz, MTS und Agromat, die das Fahrzeug, die technische Ausstattung (Laptops, elektrische Geräte, Tische, Stühle und Stellwände) und die Telekommunikationsverbindungen zur Verfügung stellen.

Den Startschuss für das DeutschlandMobil gab der deutsche Botschafter Hans-Jürgen Heimsoeth am 14. Mai in Kiew. Zum Auftakt der dreiwöchigen Tour durch 17 ukrainische Städte präsentierte sich das „DeutschlandMobil“ mit einem Programm aus Sprachanimation, Leseecke und Internetcafé vor der Deutschen Botschaft.



Foto: privat

Das Deutschlandmobil in Kiew mit Sprachbotschaftern

Der Kulturreferent der Deutschen Botschaft, Harald Herrmann, erklärte das Ziel des „DeutschlandMobils“: „Wir möchten ein breites Publikum in der Ukraine über Kultur und Bildung in Deutschland informieren und zum Erlernen der deutschen Sprache animieren.“ Dafür ist eine kleine Bibliothek mit deutschsprachiger Literatur in dem Fahrzeug eingerichtet. Das „DeutschlandMobil“ wird von der ukrainischen Journalistin Anastasia und dem deutschen Studenten Felix betreut. Die beiden „Sprachbotschafter“ bieten den Besuchern neben Quiz- und Sprachspielen auch die Möglichkeit, an fünf Computerplätzen selbst im Internet zu surfen.

Die mobile Kultureinrichtung wird in 17 Städten der Ukraine für jeweils einen Tag an einem zentralen Ort Station machen, unter anderem in Lemberg, Tschernowitz, Odessa, Donezk und Charkiw. Anastasia und Felix packen dann Tische und Sonnenschirme und viele schwarze, rote und gelbe Sitzhocker aus dem Wagen aus und laden Passanten zum Verweilen ein. Felix, der seit über einem Jahr in der Ukraine lebt, weiß aus Erfahrung: „Viele junge Menschen in der Ukraine lernen Deutsch, weil sie westlich orientiert sind. Sie möchten auch eine stärkere Ausrichtung ihres Landes zur Europäischen Union.“ Die Begleiterin Anastasia resümiert nach den ersten beiden Stationstagen in Shytomyr und Luzk, dass jeweils rund 1000 Passanten zum Fahrzeug kamen und ihr Interesse an Deutschland und der deutschen Sprache bekundeten.

Am 3. Juni endet die Tour in Kiew mit einer Abschlusspräsentation auf dem „Deutschen Tag“ im Europäischen Dorf – eine knappe Woche vor Beginn der Fußball-Europameisterschaft.

Siegfried Schmidtke



Verzweifelter Endkampf

Rote Armee erobert Berlin

Es gibt etliche Veröffentlichungen über dieses letzte Kapitel des Zweiten Weltkrieges. Was das jetzige Buch „Der Kampf um Berlin 1945“ auszeichnet, ist die Vielzahl von Augenzeugenberichten, welche die dramatischen Wochen bis zur Kapitulation der Wehrmacht widerspiegeln. Militärische Befehlshaber wie einfache Soldaten beider Seiten, in Berlin noch tätige Auslandsjournalisten bis hin zu Zivilisten in der Ruinenstadt kommen in dieser wirklich tief beeindruckenden Publikation gleichermaßen zu Wort. Ergänzt werden deren Schilderung durch Aufrufe, Befehle und Dokumente. Manches bisher Unbekannte ergeben die neuesten Forschungsergebnisse russischer Historiker.

Die Schlacht um Berlin begann am 16. April, als 40 000 Geschütze auf die deutschen Truppen an der Oder-Front feuerten. Nach mehrtägigen, verbissenen Kämpfen mussten die Seelower Höhen geräumt werden – der Weg in die Reichshauptstadt war damit frei! Fünf Tage später wurde sie erstmals von sowjetischer Artillerie beschossen, am 24. April war Berlin völlig eingekesselt. Sowjet-General Tschuikow gab bald zu, seine Soldaten müssten für jeden Häuserblock, jeden Straßenzug schwere Verluste hinnehmen. Aussagen hoher Wehrmachtsoffiziere belegen, dass Hitler und seine Umgebung in einem starken Zerrbild der Wirklichkeit lebten: Sie operierten mit Divisionen, die kaum noch einsatzfähig waren.

Auch die verzweifelte Hoffnung auf einen Entsatz Berlins durch die 9. Armee blieb eine Illusion. Am 29. April standen die Russen noch 500 Meter vor der Reichskanzlei. Der Leser erlebt in aller Ausführlichkeit die letzten Stunden Hitlers.

Erstmals erfährt man, Stalin selber wäre von unbekannter Seite aus dem Führerbunker über den Freitod informiert worden, doch leider bleibt Näheres ungeklärt. Unbekannt geblieben ist ebenfalls ein illegaler (?) deutscher Sender, der als erster über das Ende berichtete. In der Innenstadt ging der verzweifelte Widerstand mit unverminderter Härte weiter, wenngleich er während der letzten April-Tage zusehends eingeengter und schwächer wurde. Mehrere Ausbruchsversuche scheiterten im massiven Feuer der Sowjets; lediglich einer Gruppe gelang es, sich bis nach Schleswig-Holstein durchzuschlagen.

> Russland gab Zahlen erstmals frei

Das Buch veröffentlicht erstmals die inzwischen von Moskau freigegebenen, indes umstrittenen Zahlen über die Menschen und das Material, die beide Seiten einsetzten. Die Verluste auf deutscher Seite, seien es Soldaten, Volkssturmmänner, Hitler-Jungen oder auch Zivilisten, wagt aber auch der Verfasser nicht zu schätzen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Peter Gosztony, „Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten“**, Motor-Verlag, Stuttgart, 2012, broschiert, 420 Seiten, 19,95 Euro*



Hoffnungslos verrannt

Wunderbares Gleichnis über das Nicht-Aufhören-Können

Bei dem dritten Roman von Stefan aus dem Siepen verfällt der Leser sofort der darin beschriebenen negativen menschlichen Eigenschaft des Nicht-Aufhören-Könnens. Haushalt, Einkauf, ja sogar der eigene Hunger geraten in Vergessenheit, denn man will erst das Buch zu Ende lesen, obwohl man ahnt, dass „Das Seil“, so der Titel, nicht ein Ende liefert, das einen zufriedenstellt.

Dabei beginnt doch alles so beschaulich. Kurz vor der Ernte macht der Bauer Bernhardt einen Spaziergang entlang seiner Felder und freut sich über den zu erwartenden Ertrag. Stolz geht er heim, in sein Haus, das in einem vom Wald umschlossenen Dorf liegt, und betrachtet glücklich seine in der Wiege liegende Tochter Elisabeth. Doch trotz allem Glück treibt ihn etwas am nächsten Tag zusammen mit zwei anderen Männern aus dem Dorf: ein Seil.

Dieses hatte er bei seinem Abendspaziergang entdeckt und gesehen, dass es in den Wald führte. Doch da der erste Versuch, das andere Ende des Seils zu finden, von einem Angriff eines Keilers unterbrochen wird, wird der verletzte Nachbar heimgebracht und am nächsten Tag machen sich fast alle männlichen Dorfbewohner auf den Weg, um das Ende des Seiles zu finden. Von Neugier besessen ziehen sie immer weiter und lassen Frau, Kinder, Vieh und Felder allein zurück.

> Männer verlieren Haus und Hof, weil sie Umkehr verweigern

Das Gleichnis des Autors auf das Nicht-Aufhören-Können wird hier am Beispiel eines Dorfes gezeichnet. Wann die Geschichte spielt, ist unklar, aber darum geht es auch nicht. Stefan aus dem Siepen, der nach seinem Jura-Studium im Diplomatischen Dienst der Bundesrepublik auch im Ausland tätig war und der nun im Planungsstab des Auswärtigen Amtes arbeitet und mit Frau und seinen vier Kindern in Potsdam lebt, hätte auch zahlreiche andere Szenerien entwerfen können, um im Grunde dieselbe Geschichte zu erzählen. Obwohl sich abzeichnet, dass das Ende des Seils nicht so schnell zu finden sein wird, treibt das Unbegreifliche die meisten Männer ihrem neuen Anführer hinterher, der in dem Seil seine Chance gesehen hat, die „Macht“ zu ergreifen. Die Vernunft, hier in Person von Bauer Bernhardt, wird missachtet und endet tragisch. Das Einsehen, dass man sich „verrannt“ hat, erfolgt erst, nachdem im Grunde alles verloren und viel Blut geflossen ist.

Wenn dann das Ende des Buches erreicht ist, legt man dieses nachdenklich zur Seite. Erstens, weil man als Leser der gleichen Obsession wie die Männer anheimfiel und zweitens, weil einem lauter Beispiele aus der Realität einfallen, bei dem das Nicht-Aufhören-Können ins Unheil fühlt. So dachte die Verfasserin dieser Zeilen beim Lesen an das immer weitere Auflegen immer größerer Euro-Rettungsschirme ... *R. Bellano*

***Stefan aus dem Siepen: „Das Seil“**, dtv premium, München 2012, kartoniert, 176 Seiten, 14,90 Euro*



Nicht Unglück, sondern Attentat?

Autor glaubt, dass Untergang der »Titanic« Teil eines Wirtschaftskrieges war

Gerhard Wisnewski legte pünktlich zum 100. Jahrestag des Untergangs der „Titanic“ sein neues Buch „Das Titanic Attentat“ vor. Es beschäftigt sich mit den Umständen des Verlustes des berühmten Luxusliners. Der renommierte Enthüllungsjournalist trug zahlreiche Fakten zusammen, die den Verlust der „Titanic“ in einem anderen Licht erscheinen lassen als der rührselige Kinofilm, dessen Neuauflage gerade in den Kinos angelaufen ist. Dankenswerterweise erlaubt sich der Autor am Beginn einen Hinweis auf die größte zivile Schiffskatastrophe, die Versenkung der „Wilhelm Gustlof“. Das ist wichtig, weil einige „Qualitätsblätter“ dieser Tage im Zusammenhang mit der „Titanic“ von der „größten Katastrophe aller Zeiten“ schrieben.

Gewiss, man muss nicht alle Auffassungen Wisnewskis teilen, aber der seltsame Tod der superreichen John Jacob Astor, Benjamin Guggenheim und Isidor Straus – allesamt in Konkurrenz zum damaligen Eigentümer der betreibenden Linie J. P. Morgan – ist schon seltsam. Warum verließ die gesamte Mannschaft der Heizer kurz vor dem Auslaufen das Schiff? Warum die vielen Stornierungen bereits gebuchter Passagen? Gerüchte über einen Austausch der „Titanic“ gegen das zuvor schwer havarierte Schwesterschiff „Olympic“ sind ja so neu nicht. Angeblich soll bei einem Tauchgang zum Wrack der „Titanic“ unter zwei herabgefallenen Namenslettern in der Mitte des Namens statt „A“ und „N“ nun „M“ und „P“ zu sehen gewesen sein. Seltsamerweise fand sich beim Tauchgang auch kein Leck am Rumpf, das auf das Zusammenstoßen mit dem Eisberg hinweisen könnte. Sank die „Titanic“ oder besser die „Olympic“ in Folge einer Kesselsexplosion oder gar eines Bunkerbrandes? Warum wurde der Eisberg trotz erstklassiger Sicht nicht rechtzeitig vom Ausguck gesichtet und warum schenkte der Kapitän den zahllosen Eiswarnungen keine Aufmerksamkeit?

Typisch für ein Komplott wäre auch das Verschwinden von Zeugen, die zuvor andere als die heute gängigen Aussagen gemacht haben. Letztlich geht es eben auch bei der „Titanic“ um große Weltpolitik. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Großbritanniens Welt- und Seeherrschaft eben nicht nur von Deutschland (weit weniger) bedroht als eben auch von den USA und die „White Star Line“ war zuvor in US-Hände (J.P. Morgan) geraten. Wisnewskis These, die Versenkung der „Titanic“ alias „Olympic“ wäre ein Teil eines Wirtschaftskrieges gewesen, ist zumindest interessant. *Hans Lody*

***Gerhard Wisnewski: „Das Titanic Attentat“**, Knauer, München 2012, broschiert, 414 Seiten, 12,99 Euro*



Hunde als Familie

Liedermacherin findet in russischem Dorf zu sich

Durch die Arbeit der Pferdeflüsterer ist bekannt, dass es im Umgang mit hoch entwickelten Tieren wie Pferden einer bestimmten Art von Körpersprache bedarf. Mit Hunden verhält es sich nicht anders, was die Tierpsychologin und Buchautorin Maike Maja Nowak durch eigene Erfahrung herausfand. Nach einer Ausbildung zur Tierpsychologin gründete sie vor einigen Jahren in Berlin ihr Dog-Institut. In ihrem neuen Buch mit dem Titel „Wanja und die wilden Hunde“ erzählt sie von ihrem Leben in einem russischen Dorf mit dem Rüden Wanja und einem Rudel von halbwilden Hunden, die noch auf ursprüngliche Art miteinander kommunizierten. Für die 1961 in Leipzig geborene und in der DDR sehr erfolgreiche Liedermacherin und Komponistin ergab sich daraus Jahre später eine völlig neue Richtung in ihrem Leben.

Maja Nowak hat ihre scharfen Beobachtungen in eine feinsinnige Schilderung eingebracht, weshalb man ihr Buch in mancherlei Hinsicht mit Gewinn liest. Mit ihrer „Entdeckung“ der russischen Dichterin Marina Zwetajewa (1892–1942) nahm alles im Jahr 1990 seinen Anfang. Damals fand die Autorin mit ihren Liedern immer weniger Anklang, und sie benötigte dringend neue künstlerische Inspirationen. In Zwetajewas hochemotionaler Poesie spiegelte sich ihre eigene Seele wider. Auf einmal verstand sie, warum die Russen damals noch großartige Gedichte als „Brot für die Seele“ betrachteten. Umgekehrt schätzte das russische Publikum ihre Vertonungen von Zwetajewas Versen. Maja Nowak wohnte schon eine Zeitlang in Moskau, als sie widerstrebend dem Drängen ihrer Freundin Vera nachgab, die sie unbedingt in das abgelegene Dorf Lipowka mitnehmen wollte, wo Vera als Waisenkind aufgewachsen war. Mittlerweile lebten dort nur noch 86 Bauern, allesamt Babuschkas (Großmütter) und Djeduschkas (Großväter). Nach Auflösung der Kolchosen waren ihre jüngeren Verwandten fortgezogen. Um zu dem einige hundert Kilometer von Moskau entfernten Dorf zu gelangen, mussten die beiden jungen Frauen zuletzt stundenlang querfeldein zu Fuß gehen. Wenig später begann ihre Freundschaft mit dem wild lebenden, angeblich bissigen Hund Wanja, der sich ihr aus freien Stücken anschloss. Er sollte der Leithund eines Rudels werden, das sich nach und nach in und um Majas neues Heim einfand. Wie aus dem alten Russland muten ihre Geschichten vom einfachen Leben der Menschen in Lipowka an. Während die Bauern Maja mit Lebensmitteln versorgten, half sie im Gegenzug einigen alten Bäuerinnen in Haus und Garten. Als deutsches Stadtkind in einer tiefen Lebenskrise verspürte sie allmählich ein ihr eher unbekanntes Gefühl: „Es heißt Vertrauen. Die Zuneigung und Freundschaft, die mir die Dorfbewohner als Fremde zukommen lassen, die Bodenständigkeit der Menschen, die sich ihres Lebenssinnes völlig bewusst sind und die mir ein Gefühl davon vermitteln, ‚richtig zu sein‘, all das trägt dazu bei, dass ich sehr vorsichtig versuche, erneut Vertrauen zu wagen.“

> Wildes Hunderudel gab ihr neue Kraft

Vom Tod Wanjas, den ein betrunkener Dorfbewohner erschoss, erfuhr sie 1998 in Deutschland während einer Tournee. Es war nicht ihr erster schmerzlicher Abschied von all den Wesen, die ihr ein neues Leben gaben. Sie kehrte nicht mehr nach Lipowka zurück. Mit einer kleinen Hundekunde endet diese bewegende und auch lehrreiche Lektüre. *Dagmar Jestrzemski*

***Maike Maja Nowak: „Wanja und die wilden Hunde“**, Mosaik Verlag, München 2012, geb., 332 Seiten, 17,99 Euro*



Mehr Tragik als Glück

Facettenreiches Porträt über Hannelore Kohl

Obwohl sie in schlechter gesundheitlicher Verfassung war, legte Hannelore Kohl großen Wert darauf, am 31. August 1994 an der Seite ihres Mannes zu sein. An diesem Tag fand der Festakt zur Verabschiedung der Westgruppe der russischen Streitkräfte statt. Dass Helmut Kohl es geschafft hatte, den Abzug der seit 1945 in Deutschland präsenten Besatzungstruppen zu erwirken, betrachtete die Kanzlergattin als eine seiner größten politischen Leistungen.

Verständlich wird dies vor dem Hintergrund ihrer Geschichte, welche der Journalist Heribert Schwan in „Die Frau an seiner Seite. Leben und Leiden der Hannelore Kohl“ einfühlsam erzählt. Ein engagiertes und zugleich tragisches Leben ist es gewesen. Mit großem Einsatz unterstütze sie als loyale Ehefrau die Karriere Helmut Kohls, der schließlich 16 Jahre Regierungschef war und als Kanzler der Wiedervereinigung in die Geschichte eingegangen ist. Daneben steht ihr Bemühen um Menschen mit Hirnverletzungen. Ausführlich hebt Schwan die unermüdliche Arbeit Hannelore Kohls beim Sammeln von Spenden hervor, das Ganze mündete in einer nach ihr benannten Stiftung.

Nach der Lektüre dieser Biografie ist man jedoch geneigt, vor allem das tragische Element im Leben dieser äußerlich immer so beherrschten Frau zu sehen. Die Kindheit verbrachte die 1933 geborene Hannelore in Leipzig, ihr Vater war Direktor eines Rüstungsbetriebes. In den unmittelbaren Nachkriegswirren ist sie von sowjetischen Soldaten vergewaltigt worden – eine Erfahrung, über die sie kaum sprach und die sie wohl nie verarbeitet hat. Den Fakt an sich hat sie gegenüber Heribert Schwan, mit dem sie ein enges Vertrauensverhältnis verband, ausdrücklich bestätigt. Nach dem Krieg floh Hannelores Familie in die Pfalz, gesellschaftlich war es ein tiefer Absturz. Ein Dolmetscherstudium musste sie nach dem Tod ihres Vaters abbrechen.

> Depression statt Lichtallergie?

Helmut Kohl, bereits damals ein aufstrebender Jungpolitiker, gab ihr in dieser schweren Zeit Rückhalt. Seinen steilen Aufstieg begleite sie von Anfang an, in Wahlkämpfen engagierte sie sich stark. Schwan schildert aber auch ihre Einsamkeit. Unter Verunglimpfungen ihres Mannes durch die Presse litt sie mehr als dieser selbst.

1993 nahm Hannelore Kohl Penicillin ein, obwohl bekannt war, dass sie darauf allergisch reagierte. Ein lebensbedrohlicher Zustand war die Folge. Schwan deutet an, dass es sich um einen ersten Suizidversuch gehandelt haben könnte. Fest steht, dass sie seitdem immer stärkeren gesundheitlichen Einschränkungen unterworfen war. Schwan vertritt die These, dass bei Hannelore Kohl nicht wirklich eine Lichtallergie vorlag. Vielmehr habe es sich um eine Depression gehandelt. Die Ursache sei auch im unverarbeiteten Trauma ihrer Jugendzeit zu suchen. Ein solches seelisches Problem habe sie sich allerdings nicht eingestehen wollen. An erster Stelle für die Gründe ihres Selbstmordes im Juli 2001 nennt Schwan, neben den gesundheitlichen Belastungen, die Anfeindungen und die Ächtung im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre.

Trotz deutlicher Sympathie für Hannelore Kohl bemüht sich Heribert Schwan um eine Würdigung im besten Sinne: kenntnisreich, kritisch und ohne Eifer, auf diejenigen einzuschlagen, die ihr das Leben nicht immer leicht gemacht haben. Das macht das Buch lesenswert. *Erik Lommatzsch*

***Heribert Schwan: „Die Frau an seiner Seite. Leben und Leiden der Hannelore Kohl“**, Heyne, München 2011, geb., 320 Seiten, 19,99 Euro*

MELDUNGEN

Mordaufruf gegen Pro-Mitglieder

Karlsruhe – Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen den Islamisten Yassin Chouka wegen Aufrufs zum Mord gegen die Angehörigen von ProNRW. Chouka hat in einem Video seine Anhänger aufgefordert: „Ihr sollt die Mitglieder von ProNRW alle töten!“ Auch Journalisten sollten wegen der Berichterstattung über die Gewaltexzesse von Salafisten gegen Polizei und ProNRW-Mitglieder (die *PAZ* berichtete) getötet werden. Chouka hat einen deutschen Pass, er lebt in Pakistan. *H.H.*

Zahlung am St. Nimmerleinstag

Madrid – Ratenzahlungen über 7058 Jahre sieht ein Sanierungsplan vor, den eine spanische Kommune der Regierung in Madrid vorgelegt hat. Laut dem Madrider Staatssekretär für öffentliche Verwaltungen, Antonio Beteta, soll es sich bei dem extremen Beispiel für die Verschuldung spanischer Gemeinden um das Dorf Pioz handeln, das bei der Zentralregierung mit 16 Millionen Euro verschuldet ist. *N.H.*

ZUR PERSON

Merkels treuer Vasall

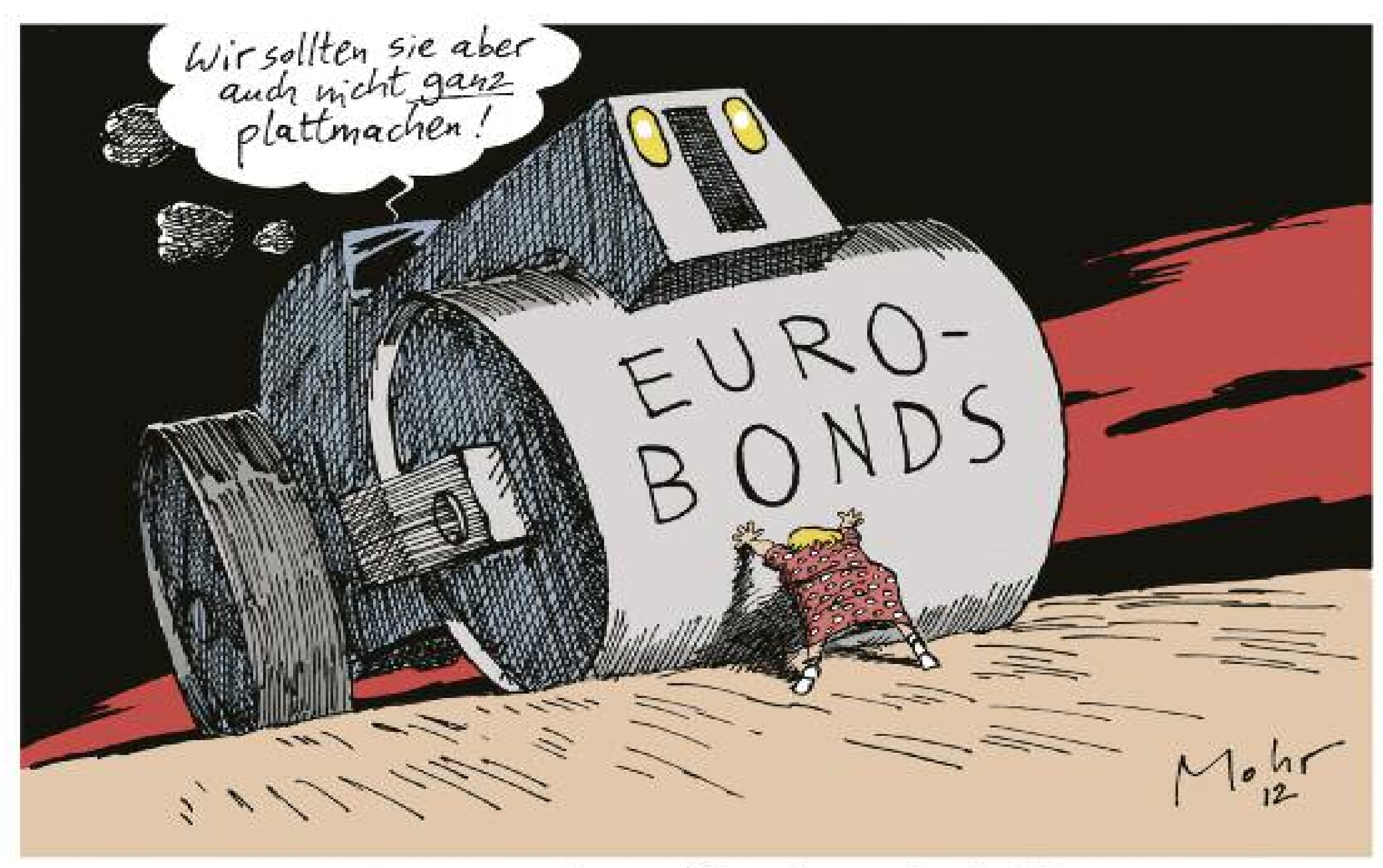
Mit dem freundlichen Wunsch nach einer „glücklichen Hand“ drückte Bundespräsident Joachim Gauck dem neuen obersten Umweltschützer **Peter Altmaier** die Ernennungsurkunde in die selbige. Der 53-Jährige ist seit Dienstag als siebter Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Chef über 800 Mitarbeiter der nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986 geschaffenen Behörde.

Als bisheriger Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion war er der verlängerte Arm der Kanzlerin, der seine Leute auf Linie zu halten hatte. Seiner Herrin treu ergeben – etablierte Medien bezeichnen ihn als Sprachrohr Merkels –, obliegt es ihm nun, die 180-Grad-„Energiewende“ mit dem Verzicht auf die Kernkraft zu organisieren.

Dass der 1958 im Saarland geborene Katholik damit Parteipositionen zu verkaufen hat, die so gar nichts mehr mit denen gemein haben, welche die CDU vertrat, als er 1976 ihr Mitglied wurde – was soll's. Der Volljurist gehört ohnehin dem grünen Flügel der Union an und ist sich, obwohl Feinschmecker und Weinkenner, auch für etwas so Gewöhnliches wie die Pizza-Connection nicht zu schade. Da war es leicht, zum Adepten der Kanzlerin zu werden, die ihn gleich nach ihrer Wahl 2005 zum Parlamentarischen Staatssekretär erhob.



Kernige Auffassungen waren noch nie Altmaiers Sache, der nunmehr seit gut 17 Jahren dem Bundestag angehört – als beurlaubter EU-Beamter: Zwischen 1990 und 1994 diente er der EU-Kommission. Der sprachgewandte Polyglott gilt vielmehr als jemand, der nach innen merkelkritische Stimmen erstickt und den CDU-Wählern nach außen ein konservatives X für ein linksliberales U vormacht. Dabei hatte er noch immer eine glückliche Hand. *CR*



Zeichnung: Mohr

Strafe muss sein

Wie uns Horst Seehofer enttäuschte, worüber die Griechen jubeln würden, und was Thilo Sarrazin zum Verräter macht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wir sind ja fast geplatzt vor Erregung, als wir das hörten: Horst Seehofer hat im Fernsehen einen „Wutanfall“ hingelegt, nach Ende des eigentlichen Interviews soll der CSU-Chef so richtig vom Leder gezogen haben. Hat der bayerische Berserker mit blutunterlaufenen Augen zum rasenden Rundumschlag angesetzt? Alle fertiggemacht, vor den entsetzten Blicken des Moderators?

In dieser feurigen Erwartung spielten wir die Aufzeichnung des „Skandals“ ab – und sanken in tiefe Enttäuschung. Kein Blut nirgends, nicht mal ein knalliger Spruch. Bloß Geplauder. Der große Franz Josef Strauß sprach so, wenn er wirklich ganz entspannt und ausgeglichen war. Schon bei der geringsten Aufregung ging die brillant-grimmige CSU-Ikone ganz anders ab. Und wenn er mit seiner roten Hassliebe Herbert Wehner die Keulen kreuzte, war Deutschland begeistert. Da konnten sich die alten Römer ihre Gladiatoren an den Lorbeerkranz stecken, wir hatten Herbert und Franz Josef, darüber ging nichts.

Seinerzeit beherrschten Raubeine den Bundestag, die nach Schnaps und Tabak rochen und keiner verbalen Keilerei aus dem Wege gingen, allerdings auch nichts dabei fanden, nach gehabtem Geraufe gemeinsam einen heben zu gehen. Heute werden wir von Mate-Tee nippenden Erzieherinnen (beiderlei Geschlechts) beherrscht, die beim geringsten Widerwort den Empörungs-Infarkt erleiden und nach der Höchststrafe kreischen. Um das volkspädagogische Personal an die Decke zu bringen, reicht es schon, ein Wort oder einen Namen fallenzulassen, ganz ohne Zusammenhang. Man muss nur „Sarrazin“ sagen, und das Getöse bricht los.

Dabei gehen die Erzieherinnen bei der Erziehung gar nicht so ungeschickt vor: Wohl noch nie in der deutschen Geschichte wurde so viel von „Vielfalt“, von „Toleranz“ und „Dialogbereitschaft“ salbadert wie in den vergangenen 20 Jahren. Just in der Zeit also, als die Gouvernanten das Zepter übernahmen und seither der Meinungsfreiheit Schritt für Schritt die Luft abschnürten.

Die Epoche hat einen ganz eigenen Politikertypus hervorgebracht, dem der neue Umweltminister Peter Altmaier perfekt entspricht. Altmaier ist die Handpuppe der Kanzlerin, eine Gestalt also, die nur so tut, als wenn sie selber etwas sagt. In Wahrheit bewegt er nur die Lippen, um die Worte seiner Herrin wie seine eigenen aussehen zu lassen. Und die Herrin wiederum lässt selten mehr als verquollene Phrasen raus.

Was aus Vertretern vom Kaliber Altmaier wird, wenn sie sich plötzlich einbilden, selber etwas sagen zu können, hat sein Ministervorgänger leidvoll erfahren. Der wollte endlich auch mal eine Entscheidung treffen, konnte sich aber nicht entscheiden, welche. Das hatte er nicht gelernt. Und nun ist er weg, ganz weg.

> Nur Deutsche lassen sich zweimal auf die gleiche Weise reinlegen. Jetzt wissen wir, warum

Zumindest muss man von Röttgen nicht befürchten, dass er nun, von allen Fesseln befreit, Klartext redet. Anders als dieser entsetzliche Sarrazin. Der kommt zwar immer ungelegen, derzeit aber stört er ganz besonders. Die Merkel-Rösler-Regierung ist nämlich (heftig getrieben von der Opposition) gerade dabei, den Weg für „Euro-Bonds“ freizumachen. Nochmal zur Erinnerung: Euro-Bonds sind gemeinsame Schulden, für die alle Euro-Länder auch gemeinsam geradestehen müssen. Das heißt: Wenn Griechenland, Portugal, Spanien oder sonstwer pleitegehen, können die Gläubiger dieser Länder ihre Forderungen bei den Deutschen einklagen, die dann zahlen müssen.

Für ein Land wie Hellas wäre das der Sechser im Lotto. Schon jetzt will der griechische Linksradikale Alexis Tsipras ganz offen Deutschland mit dem Bankrott seines Landes erpressen: Entweder ihr bezahlt uns weiter, oder wir lassen den ganzen Euro-Schuppen hochgehen, so die Botschaft an seine „deutschen Freunde“.

Bislang klingt die Drohung noch etwas hohl. Wenn er aber erst mal direkt Kredite (und nicht über Rettungsschirme und so weiter) auf deutsche Rechnung aufnehmen kann, dann könnte uns Freund Tsipras tatsächlich in den Ruin treiben.

Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble wissen, dass die Deutschen das ahnen, daher tun sie so, als wollten sie das verhindern. Aber nun ist ja endlich ein goldener Weg gefunden, auf dem die Fuhre Mist ungehindert nach Berlin geschmuggelt werden kann: Mit dem „Fiskalpakt“ werden Griechen und Co. zu „strenger Haushaltsdisziplin“ verdonnert, das sei Voraussetzung für die „Euro-Bonds“, die man der Kosmetik halber nunmehr lieber „Projekt-Bonds“ nennt.

Sollte die deutsche Regierung sich darauf einlassen, wird das Gejohle am Mittelmeer bis Berlin zu hören sein: Was für Idioten, diese Teutonen! Am Anfang hatte man uns die D-Mark entwunden mit dem Versprechen, dass kein Euro-Staat je für die Schulden eines anderen aufkommen müsse. Das war das „Geschäft“. Eingehalten wurde bekanntlich nur der erste Teil, die Deutschen gaben ihre D-Mark ab. Der zweite Teil ist tot und begraben.

Nun müsste man meinen, dass sich die Deutschen so verhalten wie jeder, der einmal übel reingelegt wurde: Der traut den Betrügern nie mehr über den Weg.

Aber weit gefehlt – mit den „Euro-Bonds“ marschieren die Germanen frohgemut in die zweite Falle, obwohl die schon von Ferne betrachtet genauso aussieht wie die erste. Jeder Ochse handelt intelligenter und meidet die Stelle, wo er das letzte Mal vom Stromdraht einen gewischt bekommen hat.

Es sei denn, man lässt ihm gar keine Wahl und zerrt ihn am Nasenring dorthin. Thilo Sarrazin behauptet, den Nasenring gefunden zu haben: die NS-Geschichte. Ärgerlicherweise hat er den Fund nicht für sich behalten, vielmehr zeigt er ihn jetzt überall herum. Ärgerlich deshalb, weil er damit eine ganze Reihe schöner Legenden als Märchen entlarvt. Die erste Legende lautete, dass kein Land so sehr vom Euro profitiere wie Deutschland. Das traut sich nicht einmal mehr die Kanzlerin zu sagen. Zu groß die Furcht der „mächtigsten Frau der Welt“ vor dem bitteren Gelächter ihrer Deutschen, denen man diesen Quatsch nun wirklich nicht mehr andrehen kann.

Daher hat sie sich eine Etage höher verlegt und hängt die gesamte Existenz der EU, ja Europas an den Fortbestand des Euro. Statt „profitieren“ heißt es also Schweiß und Tränen für die große Sache.

Sarrazin enthüllt, dass auch das bloße Ablenkung ist. In Wahrheit geht es laut ihm darum, die Deutschen zu bestrafen und schließlich finanziell und politisch unterzupflügen im europäischen Einheitsacker. Da wissen wir jetzt wenigstens Bescheid, keiner braucht uns mehr mit falschen Versprechen zu kommen, wir Deutsche hätten etwas von dem Unterfangen. Darum geht es nicht und ging es nie, glaubt man Sarrazin.

Die Frage ist allerdings, ob die Deutschen so einsichtig sind, ihre eigene Bestrafung weiter so energisch voranzutreiben. Finanzminister Schäuble ist dazu jedenfalls entschlossen. Er gibt den deutschen Sparern jetzt schon nur noch null Prozent für zweijährige Staatsanleihen und träumt von Inflation, die mindestens drei Prozent erreicht. So kann man die Leute – still und leise – auch enteignen. Gleichzeitig hält er die Deutschen trotz der dicksten Steuereinnahmen seit Kaiser Otto dem Großen eisern kurz und denkt nicht an Erleichterungen für die Steuerzahler. Er will das Geld schließlich für die selbstausgestellten Strafzettel für die deutsche Schuld abzweigen.

Sarrazins Kapitalverbrechen: Er hat getan, was in Euro-Fragen von Beginn an strengstens verboten war: Er hat für Durchblick gesorgt. Er hat es dem Volk ermöglicht, die Zusammenhänge zu sehen. Das ist purer Populismus. Sarrazin ist kein seriöser Gesprächspartner mehr, nein, er ist ein Verräter an der politischen Klasse.

MEINUNGEN

***Norbert Härig**, Autor des Buches „So funktioniert die Wirtschaft“, erklärt im „Handelsblatt“ vom 14. Mai, wem der Euro-Rettungsfonds **ESM Vorteile** bringt:*

„Der ESM bringt somit den Banken große Vorteile, den internationalen Finanzinstitutionen IWF und EZB, die in vieler Hinsicht Vertreter der Bankeninteressen sind, einen massiven Machtzuwachs und den Steuerzahlern die Aussicht, Kreditgarantien in fast unbegrenzter Höhe zu übernehmen, ohne über deren Verwendung abstimmen zu dürfen.“

***Hildegard Hamm-Brücher**, 2002 aus Protest gegen die Duldung von Jürgen Möllemann aus der **FDP** ausgetreten, hofft in der „Financial Times Deutschland“ vom 15. Mai, dass ihre ehemalige Partei **am Ende** sei:*

„Ich habe jedenfalls die allergrößten Zweifel, dass es tatsächlich noch einer eigenständigen liberalen Partei bedarf. Früher hatten die Parteien eine Art Ideologie, sie wurden gewählt, weil sie bestimmte Grundüberzeugungen vor sich hertrugen. Aber Liberalität ist heute eben nicht mehr das Gütesiegel nur einer Partei. Alle, zumindest im demokratischen Spektrum, sind jetzt mehr oder weniger liberal. Und wenn alle irgendwie liberal sind, dann sind die Nur-Liberalen in der Defensive.“

*Alle liberal? Bei den wütenden Protesten **gegen** Thilo **Sarrazin** (siehe Foto Seite 1) sieht **Ronald Gläser** in der „Jungen Freiheit“ ganz andere Kräfte wirken:*

„Die Demonstranten, die Sarrazin mal wieder mit nackter Gewalt gedroht haben und ihre Stichwortgeber in Politik und Medien, die Sarrazins Auftritt zensiert sehen wollten, haben sich selbst diskreditiert. Wer Sarrazin mundtot machen will, verrät den europäischen Gedanken mehr als dieser selbst es je könnte.“

Wachstumspakt?

Zauberwörter, fromm erfunden
in erlauchten Retter-Runden,
gibt es mittlerweil' zuhauf,
und zurzeit fällt unter diesen
Heilsparolen und Devisen
„Wachstumspakt“ besonders auf.

Nun, gesundes Wachstumstreben
steuert im realen Leben
ein Hormon, das treibt und drängt,
produziert von einer Drüse
mit dem Namen Hypophyse –
heißt so, weil sie „drunterhängt“.

Doch am Hirn! – Nur leider halten
jene, die den Nepp verwalten,
uns für hirnlos und beknackt,
wenn sie ungehemmt schalmeien,
dass sehr wohl verträglich seien
Sparprogramm und Wachstumspakt:

Hieße ja, auf Pump zu sparen
mit fatalen Folgejahren
bloß für bisschen Glückshormon!
Hieße, Flut mit Sturm zu glätten
und das Boot zugrund zu retten
wie in andren Fällen schon!

Jedenfalls, an krausen Thesen
kann Europa nie genesen,
und es wäre sicherlich
alles letztenends im Eimer
dank der Wolkenkuckucksheimer –
drum ein klarer Trennungsstrich!

Schluss mit Fässern, bodenlosen.
Schluss mit all den Schuldneurosen,
mit dem lahmen Pipapo –
und in irrealen Welten
mögen sie uns ruhig schelten,
tun sie nämlich sowieso ...

Pannonicus